Wer regiert zukünftig Bayern? S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 41 – 12. Oktober 2018 UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Blick in den Abgrund: Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) steht vor einem historischen Wahlgang Bild: ddp Images

Aus, vorbei

Wahlforscher zu Bayern: Am Sonntag verschwindet die letzte große Volkspartei

Bayern schreibt Geschichte: Das Ende der CSU als „Staatspartei" scheint unabwendbar zu sein. Wie konnte es dazu kommen?

So, wie es aussieht, tritt an diesem Sonntag die letzte große Volkspartei der bundesrepublikanischen Geschichte von der Bühne ab. Der CSU werden von allen Umfrage-Instituten Resultate vorhergesagt, die drastisch unterhalb von 40 Prozent liegen.

Dieses Desaster vor Augen, beginnt schon vor Schließung der Wahllokale das Schwarze-Peter-Spiel: Wer ist schuld? Ministerpräsident Markus Söder, CSU-Chef Horst Seehofer oder Kanzlerin Angela Merkel? Unbestreitbar ist: Die Asyl- und Grenzpolitik der CDU-Chefin hat entscheidend dazu beigetragen, dass die AfD auf Augenhöhe mit Grünen und SPD gelangen konnte und nun auch in Bayern reüssiert. Gebremst wird der Aufstieg der Alternative im Freistaat nur noch durch die landestypische Besonderheit der Freien Wähler (FW), die seit 2008 im Landtag sitzen.

Bizarr ist, dass Merkel im unionsinternen Gerangel von den Schäden, die ihre Politik der CSU und damit der Union zugefügt hat, sogar noch profitiert. Eine krachende Niederlage für die CSU stärkt die Position der CDU-Chefin im Streit mit der bayerischen Schwester. Damit wird aber auch eine hervorstechende Absonderlichkeit des merkelschen Systems zum Machterhalt sichtbar: Sie saugt Honig aus dem Niedergang der Union, statt wegen ihres Anteils an der Verantwortung für den Abstieg die Strafe der Parteibasis fürchten zu müssen.

> Bundesweite Ausdehnung wurde 2015 vertan

So konnte Merkel alle Versuche der CSU, namentlich Seehofers, die wichtige konservative Wählerschaft zu binden, in geradezu aufreizender Weise vereiteln, ohne dafür einen politischen Preis zahlen zu müssen. Sie hat die CSU ohne ein einziges wirksames Zugeständnis in der Asylfrage am langen Arme verhungern lassen.

Der Fehler der CSU lag darin, sich auf verbalen Protest zu beschränken, statt einmal eine Drohung wahrzumachen und dadurch eigenes Profil zu gewinnen. So erst verkamen die Christsozialen zur Geisel der Kanzlerin.

Sofern kein Wunder geschieht, ist die CSU als einzige deutsche Regionalpartei von nationaler Bedeutung ab Sonntag Geschichte. Und die Option einer bundesweiten Ausdehnung als Ausweg aus dem Bedeutungsverlust ist vertan.

2015 war über eine solche Ausdehnung noch offen diskutiert worden, um Merkel publikumswirksam herauszufordern. Ganz gleich, wie ernst diese Gedankenspiele gemeint waren, sicher ist: Sie wurden ein letztes Mal aufgeführt, denn in der Zwischenzeit ist der Seehofer-Söder-Partei jener stabile Vertrauenskredit bei konservativen Wählern zerronnen, der vor drei Jahren eine solche Ausbreitung – vielleicht – noch getragen hätte.

Dafür werden die Christsozialen die Erfahrung machen, dass viele Bayern ihr den Rücken kehren, die bislang aus beruflichen oder geschäftlichen Gründen zur „ewigen Staatspartei" hielten. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Unerklärlich?

Lange vorbei sind die Zeiten, in denen sich kritische Bürger nicht öffentlich artikulieren konnten – außer sie schrieben Leserbriefe, die dann nicht gedruckt wurden. Dank der neuen Medien hat man heute nicht nur Zugang zu ungefilterten Informationen, sondern jedermann kann sich – noch – weitgehend unzensiert einer breiten Öffentlichkeit mitteilen. Allerdings hat die Möglichkeit, dies auch anonym zu tun, auch einen Nachteil: Der Ton im politischen und gesellschaftlichen Diskurs hat sich verschärft. Das führt gelegentlich zu nicht hinnehmbaren Entgleisungen.

Im Rahmen des Hamburger Theaterfestivals haben namhafte Schauspieler aus sogenannten Hass-Mails an Ursula von der Leyen, Heiko Maas, Cem Özdemir und den Altenaer Bürgermeister Andreas Hollstein vorgelesen. Initiator des Bühnenspektakels war der linksliberale Journalist Giovanni di Lorenzo. Das passt, steht der der Wahlfälschung überführte „Zeit"-Chefredakteur doch seit Jahren auch auf der Honorarliste des Staatsfernsehsenders NDR und ist den Politikern somit verpflichtet. Während von der Leyen und Özdemir bei der anschließenden Podiumsdiskussion sozioökonomische Ursachen für die Verbalattacken ausmachten, war Maas der Meinung, die Tatsache, dass „manchen Bürger seine tägliche Erwerbsarbeit nicht mehr ernährt", den Hass nicht hinreichend erklären könne.

Was ihn aber erklären kann, ließen die Diskutanten unerwähnt: ihr eigenes Verhalten. Wer schlecht regiert, ungeniert gegen geltendes Recht verstößt, die Wahrheit verdreht und sogar dreist lügt und wer dann noch politische Gegner als Pack, Lumpen, Mischpoke, Nazis und Arschlöcher tituliert, darf sich nicht wundern, wenn sich die verbale Eskalationsschraube immer schneller dreht.

EU-Staaten tief in der Kreide

Mitgliedsländer haben 12,8 Billionen Euro Schulden

Die öffentliche Gesamtverschuldung aller EU-Mitgliedstaaten betrug zum 31. März 2018 rund 12,8 Billionen Euro. Die öffentliche Gesamtverschuldung der Staaten mit Euro-Währung beläuft sich auf rund zehn Milliarden Euro. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Abfrage der FDP-Fraktion hervor.

Demnach haben die Banken im Euroraum gegenüber den öffentlichen Haushalten des Euroraums Forderungen in Höhe von 2,5 Billionen Euro, was nach Angaben der Regierung acht Prozent der Bilanzsumme dieser Banken entspricht. Weit über dem EU-Durchschnitt liegen die Forderungen der Banken gegenüber öffentlichen Haushalten in Italien mit rund 448 Milliarden Euro, was 17,4 Prozent der Bilanzsumme der italienischen Banken entspricht. In Deutschland betragen die Forderungen der Banken 450 Milliarden Euro (5,8 Prozent der Bilanzsumme). Die FDP-Fraktion hatte in ihrer Vorbemerkung zur Kleinen Anfrage auf die Privilegierung von Staatsanleihen hingewiesen: Anders als die meisten Wertpapiere müssten Staatsanleihen von Banken nicht mit Eigenkapital hinterlegt werden.

Nach Ansicht der Bundesregierung habe die Staatsschuldenkrise deutlich gezeigt, dass Forderungen gegenüber Staaten „nicht risikolos" seien. Das größte Risiko aus der engen Verbindung zwischen Staaten und Banken bestehe in der Gefahr sich selbst verstärkender Rückkoppelungseffekte in Krisenphasen, welche die Widerstandsfähigkeit des Finanzsystems und die makroökonomische Entwicklung insgesamt belasten würden. Diese Rückkoppelungseffekte könnten insbesondere dann entstehen, wenn sich die Bonität eines Staates verschlechtert oder Banken Verluste in ihren Staatsanleihe-Portfolios realisieren müssen. Dies habe bereits im Zuge der europäischen Staatsschuldenkrise zu einer Beeinträchtigung der Finanzstabilität geführt, so die Regierung, die sich für eine Entprivilegierung von Forderungen gegenüber Staaten ausspricht. *J.H.*

Islamisches Gegenprogramm

Tag der offenen Moschee ist Frontalangriff auf den Nationalfeiertag

Die Islamverbände veranstalten seit 20 Jahren am Tag der Deutschen Einheit mit dem „Tag der offenen Moschee" ein islamisches Gegenprogramm. Dies ist ein Frontalangriff auf den höchsten deutschen Nationalfeiertag und verrät die Geringschätzung deutscher Staatssymbolik durch die Islamverbände. Jetzt fordern dazu noch mehrere Immigrantenverbände, statt des Tages der Deutschen Einheit einen „Tag der deutschen Vielfalt" zu feiern. Die Einheitsfeiern am 3. Oktober erscheinen ihnen zu „deutsch-deutsch" und „weiß". Die Einwanderungsgesellschaft brauche einen symbolischen Akt – als Anerkennung der gesellschaftlichen Vielfalt in Deutschland. Die deutsche Einheit werde üblicherweise „aus einer rein weißen Sicht" betrachtet. „Deutschdeutsche Ostdeutsche wiedervereint mit deutschdeutschen Westdeutschen", heißt es in dem Papier weiter. Unterzeichnet haben den Appell unter anderem die Türkische Gemeinde in Deutschland, der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat, die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland, der Verband Deutsch-Syrischer Hilfsvereine und die Iranische Gemeinde.

Widerstand gegen diesen Vorschlag kommt jedoch nicht so sehr von der „deutschdeutschen" Seite, sondern von Seiten anderer Immigranteneinrichtungen. So findet es die Gründerin der liberalen Ibn-Rushd-Goethe-Moschee in Berlin, Seyran Ates, falsch, am Tag der Deutschen Einheit stets auch den Tag der offenen Moschee zu feiern, den es seit 1997 gibt. Die Berliner Imamin wirft den Islamverbänden vor, islamische Parallelwelten fern der Ideale der Bundesrepublik in den Moscheen zu züchten.

Die islamische Gastfreundschaft zum Einheitsfest erscheint immer mehr Beobachtern angesichts stetig steigender muslimischer Messerattacken gegen Nichtmuslime als geheuchelt. Mit der Veranstaltung von Tagen der offenen Moscheen am deutschen Nationalfeiertag würden die Islamverbände signalisieren, dass ihnen ihre Religion wichtiger sei als Integration, so die Kritiker. *B.B.*

(siehe Kommentar Seite 8)

MELDUNGEN

BASF strebt nach Asien

Ludwigshafen – Die BASF, größtes Chemieunternehmen der Welt, hat im Rahmen ihrer globalen Expansion eine Absichtserklärung für ihre bisher umfassendste Auslandsinvestition unterschrieben. Neben die bereits bestehende zentrale chinesische Produktionsanlage der BASF in der früheren Landeshauptstadt Nanking soll künftig eine noch größere bei Zhanjiang in der chinesischen Südprovinz Guangdong treten, für die Investitionen in Höhe von rund 10 Milliarden Euro veranschlagt werden. Die Summe dürfte annähernd doppelt so hoch wie die gesamten bisherigen Investitionen des Konzernriesen in China ausfallen und macht die Ludwigshafener zum größten ausländischen Investor der dortigen Chemieindustrie. Tatsächlich bildet die neue Anlage den drittgrößten Standort von BASF weltweit – gleich nach Ludwigshafen und Antwerpen. Der Konzern plant, im Jahre 2026 mit der Produktion in Guangdong zu beginnen und das Werk anschließend bis zum Jahr 2030 fertigstellen zu können. Die Deutschen sind dabei die ersten bekannten Nutznießer einer Reform der chinesischen Regierung, die es ausländischen Unternehmen erlaubt, nicht wie bisher ausschließlich als Partner eines Joint Ventures gemeinsam mit ihren faktischen chinesischen Wettbewerbern aktiv werden zu müssen, sondern eine solche Anlage vollständig in eigener Regie betreiben zu können. Unterzeichnet wurde das auch als außenpolitische Aussage zu verstehende Abkommen ohne Vorankündigung im Rahmen deutsch-chinesischer Regierungskonsultationen genau drei Tage nach dem Beginn der jüngsten Eskalation im chinesisch-US-amerikanischen Handelsstreit. *T.W.W.*

Weiter West-Ost-Gefälle

Berlin – Auch fast 30 Jahre nach dem Fall der Mauer hinkt der Osten der Bundesrepublik dem Westen in wesentlichen Bereichen weiter hinterher. Das geht aus dem Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit 2018 hervor. Beim Lohnniveau und der Wirtschaftskraft liegt das Beitrittsgebiet weiterhin gegenüber den alten Bundesländern. Die Gründe dafür lägen dem Bericht zufolge in der Kleinteiligkeit der mitteldeutschen Wirtschaft und im Mangel an Konzernzentralen großer Unternehmen. So sei kein einziges mitteldeutsches Unternehmen im Börsenleitindex DAX-30 notiert, heißt es. Da viele Firmen dort Eigentümern aus dem Westen oder dem Ausland gehörten, seien sie in ihren Entwicklungsmöglichkeiten beschränkt. Geringere Forschungs- und Innovationsaktivitäten, weniger internationale Ausrichtung, niedrigere Produktivität und fehlende Spitzengehälter im Osten wirkten sich ebenfalls aus. Gleichwohl sei Deutschland auf gutem Weg, strukturelle Unterschiede einzuebnen. „Die Angleichung der Lebensverhältnisse ist insgesamt weit vorangeschritten“, heißt es in dem Bericht. In der Rückschau bestätige sich, dass die Mittel aus dem Solidarpakt gut angelegt worden seien. Seit 2009 würden Unternehmen und Einkommen in Mitteldeutschland kontinuierlich wachsen. Die Arbeitslosigkeit sei signifikant gesunken, das Niveau der Löhne liege bei 82 Prozent des Westniveaus. *J.H.*

»Unser Land isch unsri Sach«

Regionalisten fordern eine Wiederherstellung Elsass-Lothringens als Gebietskörperschaft

Regionalisten im Elsass und in Mosel-Lothringen fordern, dass beide Gebiete wieder, wie zu Zeiten des Reichslandes Elsass-Lothringen, die vor 100 Jahren zu Ende ging, eine einzige Gebietskörperschaft werden.

Nachdem die französische Regierung Anfang August die Staatssekretärin Jacqueline Gourault zur Sonderbeauftragten für Territorialreformvorhaben ernannt und ins Elsass entsandt hat, ist wieder Bewegung in die Territorialreform im Osten Frankreichs geraten. Die Partei der Mosel-Lothringer fordert jetzt mit Unterstützung der elsässischen Regionalisten von „Unser Land“ erstmals eine Region aus den beiden elsässischen Departements Bas-Rhin und Haut-Rhin sowie dem Department Moselle in den Grenzen des bis 1918 bestehenden deutschen Reichslandes Elsass-Lothringen zu bilden.

Als erster hatte der sozialistische Parlamentspräsident des Departments Meurthe-et-Moselle, Mathieu Klein, in einem Interview mit „La Semaine“ eine Fusion der beiden lothringischen Moseldepartementes angeregt. Allerdings stellte er die Existenz der seit 2016 bestehenden neuen Großregion Grand Est, welche die ehemaligen Regionen Elsass, Lothringen und Champagne-Ardenne umfasst, nicht in Frage. Diese noch unter der Präsidentschaft von François Hollande gegen den Willen der Bürger und ohne jedwede Einbeziehung letzterer gegründete künstliche Megaregion stößt seit ihrer Gründung parteiübergreifend auf immer mehr Kritik, vor allem im Elsass, das als Region von der politischen Landkarte verschwunden ist. Laut neuesten Umfragen fordern 83 Prozent der Bewohner des Elsass eine Wiedererrichtung der ehemaligen Region. Diese Kritik scheint nun auch auf das Departement Moselle mit der Hauptstadt Metz übergegriffen zu haben.

In Metz wurden am 23. August an 26 großen Plakatsäulen unter der zweisprachigen Überschrift: „Peuple de Moselle et d'Alsace, prends ton destin en main! – Unser Land isch unsri Sach“ fast identische Plakate wie im Elsass von der dortigen Regionalisten-Partei „Unser Land“ aufgehängt. Eine Mehrheit der Elsässer fordert eine eigene Gebietskörperschaft mit Sonderstatut außerhalb der Region Grand Est. Staatspräsident Emmanuel Macron will aber lediglich eine Zusammenlegung der beiden elsässischen Departementes innerhalb der Großregion Grand Est zugestehen. Sogar die Berichterstatter des Europarates hatten das Nichtvorhandensein einer Einbeziehung der betroffenen Körperschaften im Rahmen der Gebietsreform 2015 angeprangert und darin eine Verletzung des Artikels 5 der Europäischen Charta der lokalen Autonomie gesehen, die von Frankreich ratifiziert worden ist.



Spricht sich für mehr Autonomie für das Elsass aus: Die Vorsitzende der Regionalpartei „Unser Land“, Andrée Munchenbach

Bild: pa

Die Partei der Mosel-Lothringer unter dem Vorsitz des Saargemünders Philippe Mouraux, die mit „Unser Land“ bei den Regionalwahlen 2016 ein Wahlbündnis eingegangen war, will jetzt die Gunst der Stunde nutzen, um sich den Forderungen der Elsässer nach einer Abspaltung aus der Großregion Grand Est anzuschließen. Die mosel-lothringischen Interessen werden am besten außerhalb des ‚Grand Est‘ und in einer Region Elsass-Lothringen abgesichert sein, der es am Herzen liegen wird, unter anderem echte lokale partizipative Demokratie, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, paritätische Zweisprachigkeit beziehungsweise das Landesrecht des 21. Jahrhunderts zu fördern“, so die Partei der Mosel-Lothringer.

Auch die Vorsitzende von „Unser Land“, Andrée Munchenbach, begrüßt die Initiative der Mosel-Lothringer. Beide Gebiete seien durch eine lange gemeinsame Geschichte und eine gemeinsame Minderheitensprache miteinander verbunden. Außerdem seien beide Gebiete mit sehr vielen Grenzgängern in Deutschland, der Schweiz und Luxemburg sehr stark grenzüberschreitend ausgerichtet. In beiden Gebieten gälten die laizistischen französischen Gesetze, die eine Trennung von Kirche und Staat vorsehen, nicht. Auch den Fortbestand vieler lokaler gesetzliche Bestimmung aus der Zeit der deutschen Verwaltung von vor 1918 hätten sich die Vertreter der drei Departements nach 1918 vom französischen Staat zusichern lassen.

Klein, der sich bereits in der Vergangenheit manchen Forderungen der Regionalisten bezüglich eines besseren Deutschunterrichts und eines verstärkten überregionalen Austausches angeschlossen hatte, hat Gourault, die bereits vor einigen Monaten die schwierige korsische Autonomiefrage gelöst hatte, darauf hingewiesen, dass nicht nur die Elsässer mit der neuen Großregion Grand Est unzufrieden sind. Wenn die Elsässer ein eigenes Departement erhielten, so Klein, würden auch die Lothringer fordern, ihre vier Departements zu einem zusammenzulegen, dies aber innerhalb der Großregion. Damit hat Klein eine neue Debatte eröffnet, die auch, anders als im Falle Korsikas, einen europäischen Kontext hat, weil sie Departementes betrifft, die an drei andere europäische Länder angrenzen. Dies müsste Gourault bedenken.

Auch der von der französischen Regierung angeforderte Bericht des Regionalpräfekten Jean-Luc Marx hatte vor einigen Wochen auf die großen Defizite der neuen Großregion Grand Est hingewiesen und eine weitere Gebietsreform mit einer eigenen Gebietskörperschaft Elsass vorgeschlagen. Das Elsass existierte seit 2016 als politischer Begriff gar nicht mehr. Dass die Reformer um Hollande und seinem Premier Manuel Valls damit einen Fehler gemacht hatten, hat mittlerweile auch Macron eingesehen. Es dürfte allerdings für letzteren nicht einfach sein, bei allem Korrekturwillen die kaum miteinander vereinbaren Reformwünsche unter einen Hut zu bringen. In Korsika war dies einfacher, Korsika war immerhin eine eigene Region geblieben und auf Korsika hatten die Regionalisten die Regionalwahlen gewonnen, im Elsass erreichten sie etwa zehn Prozent.

Bodo Bost

Ukrainekonflikt spaltet die Orthodoxe Kirche

Autokephalie-Zusage Bartholomäus' I. an Kiew spitzt Konflikt zwischen Moskau und Konstantinopel zu

Der seit 2014 schwelende Ukrainekonflikt weitet sich auch auf die orthodoxe Kirche aus. Zum Eklat, der in der Absage des russischen Patriarchen Kirill an der jährlichen Bischofskonferenz mündete, zu der die Bischöfe der Patriarchate von Konstantinopel, Antiochien (Syrien), Russland, Serbien, Rumänien, Bulgarien und Georgien zusammentreffen, kam es, als das Oberhaupt der Orthodoxen Ökumene, Bartholomäus I. von Konstantinopel, Kiew die Autokephalie, also die Unabhängigkeit vom Moskauer Patriarchat, zusicherte. Zur Untermauerung dieses Versprechens wurden zwei Exarchen (Bischöfe außerhalb des angestammten Territoriums) mit der Vorbereitung der Autokephalie nach Kiew geschickt. Gegen diese Entscheidung, die weder mit dem Moskauer Patriarchen Kirill noch mit dem ukrainischen Metropolit Onufrij abgesprochen war, protestiert Moskau entschieden. Laut orthodoxem Kirchenrecht müssen Entscheidungen üblicherweise von allen Mitgliedern getroffen werden.

Kiew gilt nicht nur als Wiege des russischen Staates, sondern von der Kiewer Rus aus erfolgte 988 die Christianisierung Russlands, Weißrusslands und der Ukraine.

Der Streit um die Abspaltung der ukrainischen von der russischen Kirche hat bereits im Mittelalter seinen Ursprung. Unter dem Druck der Osmanen stehend, hatte der damalige Patriarch von Konstantinopel Moskau 1589 die Autokephalie verliehen. Der russische Metropolit erhielt den Status eines Patriarchen. Wie Bartholomäus I. im September erörterte, habe der russische Ungehorsam bereits im 13. Jahrhundert begonnen. Im Jahre 1654 soll Moskau unerlaubterweise einen Meropoliten für Kiew geweiht haben, obwohl Kiew sich stets im „Schoß Konstantinopels“ befunden habe. Deshalb sei es das Recht Konstantinopels, der Ukraine die Autokephalie zu verleihen.

Anders als im Westen ist die orthodoxe Kirche eng mit dem Staat verbunden. So wundert es nicht, dass sich die ukrainische Kirche nach dem Zerfall der Sowjetunion in drei orthodoxe Kirchen gespalten hat. Die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche – Kiewer Patriarchat – hat sich 1992 gebildet. Sie wird von den anderen orthodoxen Kirchen nicht anerkannt. Ihr derzeitiger Patriarch Filaret, geboren in ärmlichen Verhältnissen im Donbass, hat in der Russisch Orthodoxen Kirche (ROK) Karriere gemacht, und ihm werden frühere Verbindungen zum KGB nachgesagt. Heute unterstützt er Petro Poroschenko. Daneben gibt es die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche, die ebenfalls nicht anerkannt wird. Bisher war die offizielle Ukrainische orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats in der Ukraine am stärksten vertreten, doch das hat sich mit dem Euromajdan geändert. 2016 bekannten sich knapp 46 Prozent der Bevölkerung zum Kiewer Patriarchat und nur noch 13,3 Prozent zur Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats. Zu dieser Entwicklung sollen Kämpfer des Rechten Sektors beigetragen haben, welche die Kirchen gewaltsam unter ihre Kontrolle brachten. Bei der Auseinanderesetzung geht es nicht zuletzt um politschen Einfluss und die Kontrolle über Klöster und Pfarreien. Neben dem innenpolitischen hat der Kirchenstreit auch einen geopolitschen Aspekt. bei dem die USA und deren Versuch, die letzte Verbindung aufzubrechen, welche Russland und die Ukraine noch einen könnte, eine Rolle spielen.



Kiew am 28. Juli: Patriarch Filaret, Oberhaupt des nicht anerkannten Kiewer Patriarchats, und Präsident Petro Poroschenko feiern den 1030. Jahrestag der Kiewer Rus

Bild: Imago

Filaret besuchte im September das State Department und warb um Unterstützung. Kurz zuvor hatte Sam Brownback, US-Botschafter für internationale Religionsfreiheit, Kiew besucht und der Ukraine Unterstützung im Kampf um die Autokephalie zugesagt. Der ehemalige US-Botschafter in Kiew, Geoffrey Pyatt, heute in Athen eingesetzt, wurde dort aktiv. Nachdem er sich im April mit Vertretern griechischer Klöster getroffen hatte, begannen für die Geistlichen der ROK Probleme mit Griechenland.

Barhtolomäus I. gilt als „Erster unter Gleichen“ und ist als solcher für die Einheit der orthodoxen Kirche verantwortlich. Einerseits bietet die Verleihung der Autokephalie an die Ukraine die Chance, die ukrainischen Kirchen-Separatisten wieder zu einen, andererseits droht der Konflikt mit Moskau die Weltorthodoxie weiter zu spalten, innerhalb der die ROK eine Vormachtstellung anstrebt.

Manuela Rosenthal-Kappi

Wer regiert zukünftig Bayern?

Eine Fortsetzung der CSU-Alleinregierung scheint ausgeschlossen – Grüne zur Koalition bereit

Am Sonntag findet die mit Spannung erwartete Landtagswahl in Bayern statt. Letzte Umfragen sagen der bisher alleine regierenden CSU massive Verluste voraus. Da eine Fortsetzung der CSU-Alleinregierung unwahrscheinlich ist, stellt sich die Frage nach der zukünftigen Koalition.

Eine der letzten Umfragen vor der Wahl, die vom TV-Sender Sat1 in Auftrag gegeben wurde, bestätigte den Trend der vergangenen Wochen. Demnach wäre die CSU mit 35 Prozent weit von einer absoluten Mehrheit entfernt, die Grünen wären mit 16 Prozent zweitstärkste Kraft. Es folgen die SPD mit 13 Prozent, die AfD mit zwölf Prozent und die Freien Wähler mit zehn Prozent. Die FDP zöge mit gerade fünf Prozent in den Landtag ein, die Linke würde mit vier Prozent den erstmaligen Einzug knapp verpassen. Rechnerisch wäre demnach ein Dreier-Bündnis aus CSU, Freien Wähler und FDP möglich oder ein Bündnis von Christsozialen und Grünen. Sollten FDP und Linkspartei den Einzug ins Maximilianeum verpassen, könnte es auch für eine Koalition aus CSU und SPD reichen.

Die Stimmung ist aufgeheizt, die CSU zunehmend nervös. Die Aussage, dass es rechts von der CSU keine demokratisch legitimierte Partei geben dürfe, die der einstige Übervater Franz-Josef Strauß über Jahre predigte, scheint nicht mehr zu gelten. Die AfD erzielte schon bei der Bundestagswahl mit 12,6 Prozent ihr bestes Resultat in den „alten Bundesländern“ ausgerechnet im Freistaat. Seitdem gilt es als sicher, dass die Rechtspartei erstmals in den Landtag einziehen wird.

Ursprünglich hatte die AfD den zweiten Platz als Ziel ausgegeben und auf ein Ergebnis von 15 plus x gehofft. Dass daraus möglicherweise nichts werden wird, liegt an der starken Konkurrenz durch die Freien Wähler um den populären Frontmann Hubert Aiwanger. Entsprechend schlecht ist die AfD auf die Freien Wähler zu sprechen. Von einer „Mogelpackung“ und einem „Wurmfortsatz der CSU“ ist da die Rede.

Zur Konkurrenz durch die Freien Wähler kommen bei der AfD strukturelle eigene Probleme des Landesverbandes im Freistaat. „Ausgerechnet vor den Landtagswahlen in Bayern, der nächsten und wichtigsten Etappe des AfD-Marschs durch die Institutionen“, zerlege sich die Partei vor aller Augen so, dass sie derzeit in Umfragen weit hinter den Grünen liege, schreibt die Wochenzeitung „Die Zeit“. Es sei nicht ausgeschlossen, dass die Partei mit einer gespaltenen Fraktion in den Landtag in München einziehe.

Hintergrund sind persönliche und programmatische Differenzen. Der Landesvorsitzenden Martin Sichert sitzt im Bundestag und hat eine Landtagskandidatur frühzeitig abgelehnt. Aus Angst vor einem wochenlangen Streit hat die Partei auf die Nominierung eines Spitzenkandidaten verzichtet und plakatiert lediglich die Listenführer in den Regierungsbezirken. Doch ausgerechnet im einwohnerstarken Oberbayern gibt es Ärger. Franz Bergmüller, auf Platz Eins der Bezirksliste, sieht sich einem Parteiausschlussverfahren ausgesetzt, weil er eine Doppelmitgliedschaft bei den Freien Wählern verschwiegen habe. Landeschef Sichert ist dennoch optimistisch: „Wir werden besser abschneiden als in den letzten Umfragen. Die Unzufriedenheit mit der CSU ist groß.“

Während die AfD nach einem mehrjährigen Siegeszug auch ein eher durchschnittliches Ergebnis verschmerzen dürfte, steht für die bisher allein regierende CSU viel auf dem Spiel. Nach dem Debakel bei der Bundestagswahl rettete sich Bayerns Regierungschef Horst Seehofer nach Berlin und macht dort als Innenminister nicht nur der Bundeskanzlerin Angela Merkel das Leben schwer, sondern auch seinem Nachfolger in Bayern und Intimfeind Markus Söder. Ein Absturz auf weit unter 40 Prozent könnte die Karriere beider Politiker stark beschädigen. Seehofers Sitz als CSU-Vorsitzender dürfte dann ebenso wackeln wie Söders als bayerischer Ministerpräsident. Außer Frage steht, dass dies der fast 70-jährige Seehofer einfacher verkraften dürfte als der erst 51-jährige Söder. Bei der Wahl 2013 hatte die CSU 47,7 Prozent der Stimmen erzielt, was für die absolute Mehrheit im Landtag reichte. Von diesen Werten ist sie meilenweit entfernt. Auch landsmannschaftliche Aspekte spielen in Bayern immer eine Rolle. Das Ansehen des Franken Söder ist weit von der Beliebtheitswelle entfernt, mit der Alfons Goppel, Franz Josef Strauß, Edmund Stoiber und früher auch mal Seehofer durch den Wahlkampf getragen wurden.



Landtagspräsidentin Barbara Stamm soll sich nach einem Bericht des „Spiegel“ sehr darüber geärgert haben, dass der CSU-Chef die jüngste Sitzung des Parteivorstands in München frühzeitig verlassen habe, um einen Termin in Berlin wahrzunehmen. Sie habe noch nie erlebt, dass es einem im Landtagswahlkampf so schwer gemacht werde wie jetzt, sagte Stamm dem Bericht zufolge.

Auch die in Bayern ohnehin schon traditionell schwache SPD hat ihre Probleme. Selbst mit dem beliebten und bekannten Münchner Oberbürgermeister Christian Ude als Spitzenkandidaten reichte es vor fünf Jahren gerade einmal für 20,6 Prozent. Nun steht die Fraktionsvorsitzende Natascha Kohnen in der ersten Reihe und muss darauf hoffen, dass es wenigstens ein zweistelliges Ergebnis wird.

Dass die Grünen zweitstärkste Kraft werden, gilt als ausgemacht. Ludwig Hartmann und Katharina Schulze bilden ein unverbrauchtes und dynamisches Spitzenduo. Auf den Oktoberfesten traten beide in Landestracht auf, auch die Grünen geben sich im Freistaat bürgerlich. „Eine unglaubliche Euphorie“, will Schulze während des Wahlkampfs verspürt haben und hält sich alle Optionen offen. „Wenn der Wähler einem Verantwortung überträgt, darf man sie nicht einfach ablehnen“, sagt sie zu einem möglichen Bündnis mit der CSU. *Peter Entinger*



Bild: Imago

Schließt eine Koaltion mit der CSU nicht aus: Die grüne Spitzenkandidatin Katharina Schulze

MELDUNGEN

Regierung will Rentenstabilität

Berlin – Um das Rentenniveau bei 48 Prozent stabil zu halten, will die Bundesregierung die Rentenanpassungsformel um eine Niveausicherungsklausel ergänzen. Diese soll dafür sorgen, dass die Renten bis 2025 so angepasst werden, dass mindestens ein Niveau von 48 Prozent erreicht wird. Um den Beitragssatz bei 20 Prozent zu halten, soll eine Beitragssatzgarantie eingeführt werden, indem bei Bedarf weitere Bundesmittel für die Rentenversicherung bereitzustellen sind. Zusätzlich verpflichtet sich der Bund für die Jahre 2022 bis 2025 zu Sonderzahlungen in Höhe von 500 Millionen Euro pro Jahr als Finanzierungssockel für die allgemeine Rentenversicherung. Weiterer Bestandteil des Gesetzes ist eine bessere Absicherung bei verminderter Erwerbsfähigkeit. *J.H.*

Neues Referat für Aussiedler

Nürnberg – Um dem besonderen Status der Spätaussiedler Rechnung zu tragen und diesen auch nach außen hin sichtbar zu machen, hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ein ausschließlich für die Integration dieser Zuwanderergruppe zuständiges Referat eingerichtet. Dort werden alle spätaussiedlerspezifischen Eingliederungsmaßnahmen gebündelt und insbesondere die Fragen der nachholenden Integration von Spätaussiedlern behandelt. Spätaussiedler sind in Anerkennung ihres besonderen Kriegsfolgenschicksals Deutsche gemäß Artikel 116 des Grundgesetzes. Mit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes im Jahr 2005 wurde die Eingliederung von Spätaussiedlern auf eine neue Grundlage gestellt. Seitdem steht das System der Integrationsmaßnahmen des Bundes den Spätaussiedlern und deren Familienmitgliedern zur Verfügung und wird durch das BAMF koordiniert und umgesetzt. *J.H.*

Elterngeld zeigt Wirkung

Zwischenbilanz des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft

In Kombination mit dem Ausbau der Betreuungsinfrastruktur hat das Elterngeld es für Mütter attraktiver gemacht, früh in den Arbeitsmarkt zurückzukehren. Die Partnermonate haben dazu geführt, dass zunehmend Väter in Elternzeit gehen. Dies geht aus einer aktuellen Studie des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) hervor. Im zweiten Lebensjahr des Kindes erhöhte sich die Erwerbsbeteiligung der Mütter im Jahr 2017 im Vergleich zu 2006 um zehn Prozentpunkte, im dritten Lebensjahr um 15 Punkte.

Mit dem erklärten Ziel, die Gleichstellung noch stärker zu fördern und für die Väter einen Anreiz zu schaffen, sich in größerem Maße an den familiären Aufgaben zu beteiligen, wurden mit dem Elterngeld die sogenannten Partnermonate eingeführt. Mit den Partnermonaten erhöht sich die maximale Bezugsdauer für Paarfamilien von zwölf auf 14 Monate, wenn beide Elternteile für mindestens zwei Monate in Elternzeit gehen und Elterngeld beziehen. „Allerdings ist anzumerken, dass die meisten Väter nur die Partnermonate nutzen“, merkt das Institut kritisch an, und das mit wachsender Tendenz: „So lag der Anteil der Väter mit einer Bezugsdauer von maximal zwei Monaten an allen männlichen Elterngeldbeziehern bei den im Jahr 2014 geborenen Kindern bei 79,4 Prozent und damit sogar deutlich höher als bei den 2009 geborenen Kindern mit 74,9 Prozent.“

Dass Männer in der Regel besser verdienen als Frauen, spiegelt sich auch im Elterngeld wider. So haben Väter, „wenn sie Elterngeld beziehen, im Schnitt viel höhere Leistungen erhalten als die Mütter“. Der durchschnittliche monatliche Anspruch für das sogenannte ElterngeldPlus im Bezugszeitraum betrug bei den Männern durchschnittlich 1181 Euro, bei den Frauen hingegen nur 798 Euro.

> Langfristige Folgen noch unabsehbar

Das System funktioniert folgendermaßen: Aus einem Elterngeldmonat werden zwei ElterngeldPlus-Monate. Entscheiden Mütter und Väter sich, zeitgleich mit ihrem Partner in Teilzeit zu gehen – für vier Monate lang parallel und zwischen 25 bis 30 Wochenstunden – erhalten sie mit dem Partnerschaftsbonus vier zusätzliche ElterngeldPlus-Monate.

Die IW-Studie zeigt allerdings auch, dass durch das Elterngeld die Erwerbstätigkeit der Mütter im ersten Lebensjahr des Kindes gesunken ist. Waren 2006 noch 22,5 Prozent aller Mütter im ersten Lebensjahr des Kindes berufstätig, waren es 2017 nur noch 9,2 Prozent.

„Mit dem Elterngeld sollte einerseits ein finanziell gut abgesicherter Schonraum für die Familien im ersten Lebensjahr des Kindes geschaffen und andererseits eine frühe Rückkehr der Mütter in den Arbeitsmarkt gefördert werden. Dass dies tatsächlich erfolgreich war, zeigt die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung von Müttern in den ersten Lebensjahren ihrer jüngsten Kinder“, lautet das positive Fazit des IW-Forschers Wido Geis-Thönem.

Ob das 2015 eingeführte ElterngeldPlus auch langfristig erfolgreich sein wird, lässt sich nach Aussage der IW-Forscher noch nicht abschließend klären. Das hänge auch davon ab, ob die für einen sehr frühen Einstieg häufig notwendigen Betreuungsplätze für Kinder unter einem Jahr zukünftig in ausreichender Zahl zur Verfügung stünden. *P.E.*

Zeitzeugen



Bild: Gymnasium Melle

Claudia Roth – Die Studienabbrecherin fungierte zwischen 2004 und 2013 als eine von zwei Parteivorsitzenden der Grünen. Dazu kommt eine weitere Amtszeit in den Jahren 2001 und 2002. In der gerade in den Spitzenämtern von hoher Fluktuation geprägten Partei ist das ein schwer einholbarer Spitzenwert. Seit 2013 ist die einstige Managerin der Band „Ton Steine Scherben“ stellvertretende Bundestagspräsidentin.

Frauke Petry – Die sächsische Unternehmerin führte die AfD in den Landtag. 2015 war sie maßgeblich an der Verdrängung der sich als wirtschaftsliberal verstehenden Kräfte um Bernd Lucke in der Partei beteiligt. 2017 zog die AfD mit 12,6 Prozent in den Bundestag ein, Petry war Bundessprecherin. Unmittelbar darauf verließ sie die AfD und gründete mit den „Blauen“ eine eigene Partei.



Bild: Sandro_Halank-120

Gregor Gysi – Obwohl nur reichlich drei Jahre Parteivorsitzender, zunächst seit Dezember 1989 der SED-PDS, dann der PDS, wirkte der eloquente Rechtsanwalt und Politiker über viele Jahre als Fraktionsvorsitzender, vor allem aber auch als gefragter und schlagfertiger Talkshowgast. In der Öffentlichkeit wirkte er als das „Gesicht“ der Partei, die seit 2007 unter dem Namen „Die Linke“ firmiert.

Andrea Nahles – Kurz vor der Übernahme des Fraktionsvorsitzes im September 2017 gab die Sozialdemokratin ihre Linie vor: „... und ab morgen kriegen sie in die Fresse!“ Dies zielte damals in Richtung CDU/CSU. Ihren Stil („Die SPD wird gebraucht. Bätschi, sage ich dazu nur.“) behielt sie bei. Inzwischen hat man mit der Union wieder eine Große Koalition geschlossen, Nahles ist mittlerweile auch SPD-Vorsitzende.



Bild: Bundesarchiv_Bild_146-1989-040-27

Gustav Stresemann – Der ehemalige Kanzler und Außenminister der Weimarer Republik war bis zu seinem Tod 1929 Vorsitzender der national- beziehungsweise rechtsliberalen Deutschen Volkspartei (DVP). Diese bis 1933 immer weiter an Wählerstimmen verlierende Partei hat vielen als „Stresemann-Partei“ gegolten und von der Popularität ihres langjährigen Vorsitzenden profitiert.

Rückkehr der fünften Richtung

Lange schien es, als wenn rechts der Union nichts mehr hochkommen könne

Nach zwei Jahrzehnten nahezu uneingeschränkter CDU/CSU-SPD-FDP-Dominanz erweiterte sich das Parteientableau plötzlich erst nach links und nun auch nach rechts.

Eine Zeitlang schien es, als ob sich im Parteiensystem der alten Bundesrepublik tatsächlich „Konzentrationstendenzen“ gezeigt und vor allem verstetigt hätten. Drei Parteien – die CDU und ihre bayerische „Schwester“ CSU, die als Union zusammengezählt werden, die SPD und die FDP – kristallisierten sich seit den 1950er Jahren vor allem auf Bundes-, aber auch weitgehend auf Landesebene als Wettbewerbssieger heraus, andere, etwa die Deutsche Partei oder die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung, wurden verdrängt. Zudem erfüllten die drei Parteien die theoretischen Anforderungen an ein Parteiensystem, von dem korrekterweise erst gesprochen werden kann, wenn alle Parteien untereinander koalitionsfähig sind.

Blickt man auf die fünf Richtungen (siehe unten), die seit Beginn des Entstehens der Parteien in Deutschland erkennbar waren, so knüpfte die SPD nach dem Zweiten Weltkrieg an ihre Tradition als Vertreter der Arbeiterschaft an. Die FDP vereinte die links- und die rechts- beziehungsweise nationalliberale Strömung. Eine Fortsetzung der Aufspaltung hätte wohl zur Marginalisierung beider Teile geführt. Lange waren die beiden Flügel in der Partei deutlich erkennbar. Sichtbar wurde dies beispielsweise, als ein großer Teil von sich eher links verortenden FDP-Mitgliedern nach dem Koalitionswechsel ihrer Partei unter Hans-Dietrich Genscher von der SPD zur Union im Herbst 1982 aus der Partei austrat oder gar zur Sozialdemokratie wechselte. Die CDU – und auch die CSU, allerdings mit spezifisch bayerischer Färbung – setzte einerseits die Zentrumstradition fort, wollte sich andererseits allerdings auch als christlich-überkonfessionell verstanden wissen und beanspruchte zugleich liberale und konservative Elemente. In ökonomischer Hinsicht trug sie das Banner der Sozialen Marktwirtschaft vor sich her und entsprach am ehesten dem Bild einer allumfassenden, aber auch immer schwerer zu konturierenden Volkspartei.

Zwei Jahrzehnte CDU/CSU-SPD-FDP-Dominanz

Lediglich eine relevante konservative Partei war nicht wieder entstanden. Die Union erhob zwar den Anspruch, diese Richtung mit abzudecken, wurde dem aber anfänglich nur durch einzelne Vertreter und mit der Zeit überhaupt nicht mehr gerecht. Auf konservativer Seite gab es lange – so auch der Politikwissenschaftler Werner Patzelt – eine „Repräsentationslücke“. Parteigründungen der vergangenen Jahrzehnte, die rechts der Union angesiedelt waren, überschritten entweder wirklich die Grenze zum Rechtsradikalismus oder wurden von den Vertretern der etablierten Parteien erfolgreich als „rechtsradikal“ diffamiert, wie etwa die Republikaner.

Nach zwei Jahrzehnten nahezu uneingeschränkter Unions-SPD-FDP-Dominanz erweiterte sich das Parteientableau plötzlich nach links. Die ursprünglich eher aus dem konservativen Spektrum hervorgegangenen Grünen standen politisch bald sehr weit auf der anderen Seite und zogen 1983 in den Bundestag ein. Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung waren dann fünf Parteien im Parlament vertreten. Hinzugekommen war die SED-Nachfolgepartei, heute nach mehreren Namenswechseln „Die Linke“.

Nachdem im gesamtdeutschen Bundestag über zweieinhalb Jahrzehnte drei linke und eine liberale Partei sowie eine Union, die ihren Platz in einer unbestimmbaren, im Zweifel sogar eher linken Mitte suchte, vertreten waren, ist nun seit 2017 mit der AfD ein Gegengewicht vorhanden. Die Konservativen haben in Form einer Partei erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges wieder eine Vertretung erhalten. *Erik Lommatzsch*

Prozess der Konzentration umgekehrt

Der Begriff „Partei“ ist auf das lateinische „pars“ (Teil) zurückzuführen. Zu Anfang vielfach negativ konnotiert, im Sinne von „Abspaltung“ vom Ganzen, erfolgte später ein Bedeutungswandel, einhergehend mit der Entwicklung parlamentarischer und demokratischer Systeme. Übereinstimmende Interessen und Anschauungen Einzelner werden in einer Partei gebündelt und mittels Wahl Abgeordnete bestimmt, die dann in den Volksvertretungen einerseits ihrer Richtung Einfluss verschaffen, andererseits im Sinne des Funktionierens des Gemeinwesens gezwungen sind, Kompromisse zu schließen.

Diese Gegebenheiten sah die Politikwissenschaft ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Schwinden begriffen. Die Zukunft gehöre der „Volkspartei“. Man behauptete, die Entwicklung laufe letztlich auf lediglich zwei große, inhaltlich kaum zu unterscheidende Parteien hinaus. Anfänglich war der Begriff „Volkspartei“ in den Selbstbezeichnungen bürgerlicher Organisationen

Viele glaubten an ein Zweiparteiensystem

geführt worden, um den auf die „Arbeiter*klasse*“ setzenden linken Parteien etwas entgegenzustellen und übergreifenden Anspruch zu betonen. Der moderne „Volkspartei“-Begriff ging davon aus, dass die Industriegesellschaft entideologisiert sei und die Idee verschiedener „Klassen“ überwunden. Wesentliche Themen würden nahezu alle Bürger tangieren, daher sei es keiner Partei möglich, ein wesentliches Themenfeld nicht zu vertreten, bei gleichzeitiger Verminderung der Varianz der Lösungsansätze.

Den Weg der immer weiteren Annäherung an die Ununterscheidbarkeit hatten die CDU und CSU, aber auch die SPD lange eingeschlagen. Sie bezeichneten sich mit Stolz als „Volkspartei“, vorzugsweise mit dem Zusatz „modern“. Mögen die Mitgliederzahlen sie noch als die beiden „großen“ Parteien auszeichnen – der Wähler zeigt seit einigen Jahren, dass die Idee der Entwicklung zweier gleichförmiger „Volksparteien“ als theoretisches Konstrukt ausgedient haben dürfte. *E.L.*



Mittlerweile können CDU/CSU, SPD und FDP nicht mehr alles unter sich ausmachen: Katja Kipping (Die Linke), Jörg Meuthen (AfD), Joachim Herrmann (CSU), Angela Merkel (CDU), die Moderatoren Rainald Becker (ARD) und Peter Frey (ZDF), Martin Schulz (SPD), Christian Lindner (FDP) und Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90 / Die Grünen) bei einer TV-Diskussion mit Spitzenkandidaten der vergangenen Bundestagswahl (von links)

Bild: action press

In den 1830ern ging's los

Bis Weimar bestimmten fünf Richtungen das Parteiensystem

Politisch-weltanschauliche Lagertrennung, zunächst die Polarisierung zwischen „fortschrittlichen“ Liberalen und Konservativen, die Grundspaltung zwischen „Links“ und „Rechts“ lässt sich bis ins späte 18. Jahrhundert zurückverfolgen. Ähnliche Elemente finden sich in nahezu allen Bestimmungen des Begriffs „Partei“. So etwa formulierte der Historiker Dieter Langewiesche, Parteien seien organisierte Gruppen, die „darauf zielen, die staatliche und öffentliche Willensbildung zu beeinflussen sowie ihre Repräsentanten in ein Parlament zu entsenden“.

Auch wenn sich die Organisationen erst nach und nach entwickelten, kann die Entstehung von Parteien in Deutschland bereits in die 1830er Jahre datiert werden. Sehr schnell etablierten sich fünf Richtungen: Das linksliberale Bürgertum, vor allem auf Freiheitsrechte und demokratische Mitwirkung setzend; das rechtsliberale Bürgertum, bei dem die materiellen Interessen, vor allem im Industriesektor, eine größere Rolle spielten; der politische Katholizismus, vor allem verbindend bezüglich der

Am ältesten sind die Liberalen, die sich vielfach aufspalteten

konfessionellen Minderheitenposition in Preußen und später im Reich; die stark agrarisch orientierten Konservativen sowie die Arbeiterbewegung als Interessenvertretung der Lohnabhängigen.

Die SPD, die den 1863 gegründeten „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ für sich als Vorläufer reklamiert, feiert sich gern als älteste deutsche Partei. Nimmt man die Anfänge des Parteienwesens zur Grundlage, so kommt jedoch den Liberalen, die sich vielfach aufspalteten, dieser Rang zu.

Bemerkenswert ist, dass die fünf Richtungen, ungeachtet der wechselnden Namen und vielfältigen Entwicklungen im Detail, bis zum Ende des Kaiserreichs stabil blieben und sich diese Entwicklung auch in der Weimarer Republik fortsetzte. Hier unterstützten die SPD, die linksliberale DDP und das Zentrum als Partei des Katholizismus uneingeschränkt die Verfassung, während die rechts- beziehungsweise nationalliberale DVP und die konservative DNVP Skepsis zeigten. Maßgeblich verantwortlich für den Untergang der Republik waren dann die radikalen Neuentwicklungen: die KPD und die NSDAP. *E.L.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Linksextreme bedrohen Polizisten

»Aus der Anonymität holen«: Beamte sollen offenbar am Privatwohnsitz angegriffen werden



Zentrum der linksextremen Szene: Haus in der Rigaer Straße in Berlin

Bild: Imago

Bei Demonstrationen sehen sich Berliner Polizisten immer wieder der Gewalt sogenannter Linksautonomer ausgesetzt. Inzwischen versucht das linksextreme Milieu sogar, Beamte ganz gezielt einzuschüchtern und eine Art von Paralleljustiz zu etablieren.

Jüngstes Beispiel für diese Entwicklung ist ein Aufruf einer als gewaltbereit geltenden Gruppe im Internet. Darin fordert die Gruppe ihre Anhänger dazu auf, Polizeibeamte „aus der Anonymität zu holen“. Anlass ist ein Polizeieinsatz Ende September in Berlin-Kreuzberg. Mehrere Polizisten hatten zunächst versucht, einen mutmaßlichen Fahrraddieb zu kontrollieren. Als der Sudanese mit dem Fuß gegen das Polizeifahrzeug trat und eine Tür aufriss, eskalierte der Einsatz. Während sich der Tatverdächtige einer Festnahme mit Tritten und Schlägen gegen die Polizeibeamten widersetzte, fand sich ein Gruppe von schätzungsweise 50 Personen zusammen.

Aus der Gruppe heraus wurden die Polizeibeamten als „Hurensöhne“ beschimpft und mit Glasflaschen, Steinen und Aschenbechern beworfen. Ein Beamter wurde dabei nach Polizeiangaben schwer, ein weiterer leicht verletzt. Gegen mehrere Personen wird inzwischen wegen schweren Landfriedensbruchs ermittelt. Gegen einen Polizeibeamten wurden zudem Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung im Amt eröffnet. Im Raum steht der Vorwurf, der Beamte habe den bereits am Boden liegenden Festgenommenen mehrfach getreten.

Während die Klärung der Vorwürfe noch im Gange ist, sehen sich einige der am Einsatz beteiligte Beamte Drohungen aus dem linksextremen Milieu ausgesetzt. Im Internet kursieren Fotos und Videoaufnahmen von vier Polizisten, die am Einsatz am Kottbusser Tor beteiligt waren. Die Beamten werden nicht nur als „rassistische Schläger“ bezeichnet, gedroht wird auch damit, die Polizisten „aus der Anonymität zu holen“.

Eine deutliche Unterstützung haben die Beamten von Burkard Dregger, dem Vorsitzenden und innenpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion Berlin, erhalten. „Die Polizisten haben richtig gehandelt. Sie haben eine rechtswidrige Widerstandshandlung beendet. Wer Polizisten angreift, muss lernen, dass er das nie wieder tun sollte, denn das Gewaltmonopol liegt beim Staat.“

Dregger bezeichnete die Veröffentlichung von persönlichen Daten der Polizeibeamten als „unverschämt“ und forderte, der Verbreitung der Daten müsse mit allen verfügbaren Mitteln begegnet werden. Zudem empfahl der CDU-Innenpolitiker eine professionelle Nahkampfausbildung von Polizeibeamten, um künftig Widerstandshandlungen noch schneller beenden zu können.

Tom Schreiber, der Innenexperte der Berliner SPD, meint dagegen, es müsse geklärt werden, ob bei der Festnahme „rechtlich sauber und verhältnismäßig gearbeitet wurde“. Allerdings wies auch Schreiber auf das aggressive und renitente Verhalten des Festgenommenen und das Verhalten umherstehender Personen hin. Schreiber sagte: „Es widert mich an, wenn Personen zielgerichtet Flaschen und Steine auf die Polizei bei einer Festnahme werfen.“

> Anwohner sollten sich linksextremem »Kiezgericht« stellen

Tatsächlich kommt es in Berlin immer öfter vor, dass sich aggressive Personengruppen zusammenschließen, wenn die Polizei Tatverdächtige festnehmen will. Allerdings nicht nur das. Auch der Versuch linksextremer Kreise, in Berlin eine Art von Paralleljustiz zu etablieren und Beamte gezielt einzuschüchtern, kommt immer öfter vor.

Bereits im vergangenen Jahr wurden auf einer linksextremen Internetseite „Fahndungsbilder von Polizist_innen“ veröffentlicht. Die offenbar systematisch bei Polizeieinsätzen gesammelten Aufnahmen Berliner Polizeibeamten waren mit der Aufforderung versehen: „Wir freuen uns auf Hinweise, wo sie wohnen oder privat anzutreffen sind.“ Ins Visier der anonymen Verfasser sind die Polizisten geraten, weil sie an der Räumung eines teilbesetzten Hauses an der Rigaer Straße im Stadtteil Friedrichshain beteiligt gewesen sein sollen. Zudem wurde die Veröffentlichung der Fotos als eine Reaktion auf die Fahndungen nach Beteiligten der schweren Krawalle rund um den G20-Gipfel in Hamburg dargestellt.

Berlins linksextremes Milieu hat es bei der Veröffentlichung der Fotos von Polizeibeamten nicht belassen. In diesem Jahr ist eine 15-köpfige Gruppe in die Senatsjustizverwaltung in Berlin-Schöneberg eingedrungen und hat dort den Vize-Leiter der Abteilung für Strafvollzug persönlich bedroht. In einem Bekennerschreiben bezeichnen die Linken die Aktion als „Denkhilfe“ für den Beamten. Auch der Hinweis, „die Anonymität einer Behördentätigkeit hat Grenzen“, fehlte nicht.

Vergangenen August wurde zudem bekannt, dass Anwohner in der Rigaer Straße von Linksautonomen aufgefordert wurden, sich einem „Kiezgericht“ in der Kneipe eines Besetzerhauses zu stellen. Die Aktion war offenbar als gezielter Einschüchterungsversuch gedacht, um Bürger davon abzuhalten die Polizei zu alarmieren, wenn sie Straftaten von Linksextremisten beobachten.

Norman Hanert

Anhörung im Bundestag

Von Vera Lengsfeld

Am Montag, dem 8. Oktober, war es so weit: Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages musste die Petition zum Stopp der illegalen Einwanderung („Erklärung 2018“, die *PAZ* berichtete mehrfach) in einer öffentlichen Anhörung behandeln. Das Interesse der Öffentlichkeit war groß. Mehr als 150 Interessenten hatten sich vor dem Paul-Löbe-Haus eingefunden. Es musste kurzfristig ein weiterer Raum zur Verfügung gestellt werden, damit alle, die nicht im Anhörungssaal dabei sein durften, die Sitzung auf der Leinwand verfolgen konnten.

Um es vorweg zu sagen: Es war eine absolute Bankrotterklärung der Politik.

Die Regeln waren streng: Die Petentin hatte fünf Minuten Zeit, ihr Anliegen zu erläutern. Ich schaffte es in wenig mehr als vier Minuten und konnte das Wort noch an Henryk M. Broder weiterreichen, den ich als Verstärkung hatte mitbringen dürfen. Dann stellten die Fraktionen Fragen an die Petenten oder die Bundesregierung in Gestalt des Parlamentarischen Staatssekretärs des Innenministeriums, Günter Krings.

Die Linke erklärte, dass sie „so etwas“ gar nicht diskutieren wolle, also keine Fragen stellen würde. Als die Linke noch SED hieß, hat sie ja auch nicht diskutiert. Sie hat es offensichtlich bis jetzt nicht gelernt. Die SPD boykottierte die Petenten, indem sie nur Fragen an die Bundesregierung hatte, was auch der AfD passierte, aber da war es wohl eher Unerfahrenheit.

Die Union begann mit einer längeren Ausführung, dass alles, was 2015 passiert war, rechtmäßig gewesen sei. Seitdem hätte die Politik jede Menge getan, um der Masseneinwanderung Herr zu werden. Wie wir eigentlich die Grenze schützen wollten, etwa durch eine neue Mauer?

Nein, wir mussten die Parlamentarier tatsächlich daran erinnern, dass die Bundespolizei vor dem September 2015 und vor dem Erlass des damaligen Innenministers Thomas de Maizière ordnungsgemäße Kontrollen durchgeführt hat und auch danach, wenn es politische Gipfeltreffen gab.

Zur Erinnerung: Die Anweisung de Maizières besagte, dass auch Immigranten ohne Papiere, die das Zauberwort „Asyl“ aussprechen konnten, ins Land gelassen werden müssen. Diese Anweisung wurde von Minister Seehofer, der sie immerhin als „Herrschaft des Unrechts“ bezeichnete, nie zurückgenommen. Der Tiefpunkt war aber die Abgeordnete Manuela Rottmann von den Grünen, die fragte, wieso wir mit „diesem Selbstbewusstsein“ unsere Petition präsentieren könnten. Was Demokratie ist, weiß sie offenbar nicht.

Zurück zur alten Fibel

Ministerin zieht Notbremse: »Schreiben nach Gehör« abgeschafft

Brandenburgs Bildungsministerin Britta Ernst (SPD) hat als Teil eines Fünf-Punkte-Plans eine Abkehr von der Idee des „Lesens durch Schreiben“ angekündigt. Bei der Lernmethode schreiben die Schulkinder zunächst Wörter nach Gehör, wobei Fehler nicht korrigiert werden.

Erst vor Kurzem ist das Ergebnis einer Studie der Universität Bonn bekanntgeworden. Dabei waren in Nordrhein-Westfalen bei 3000 Grundschulkindern die Erfolge von drei Lernmethoden verglichen worden. Nach der Methode „Lesen durch Schreiben“ unterrichtete Kinder machten am Ende der vierten Klasse im Schnitt 55 Prozent mehr Rechtschreibfehler als „Fibelkinder“. Die Studie ermittelte die höchste Fehlerquote bei Kindern, die nach dem Konzept „Rechtschreibwerkstatt“ gelernt hatten. Auch bei diesem Ansatz sind Fehler beim Schreiben zuerst erlaubt.

Bei der traditionellen Fibel-Methode lernen die Grundschüler dagegen zunächst schrittweise einzelne Buchstaben und Wörter kennen. Darauf aufbauend sollen sie dann befähigt werden, einfache Wörter und Sätze zu lesen und zu schreiben.

> Studie enthüllt das Scheitern der Reform-Methode

An Brandenburgs Schulen soll ab Sommer 2019 nur noch die Fibel-Methode angewendet werden. Als Teil ihres Fünf-Punkte-Plans zur Verbesserung der Lese- und Schreibkompetenzen kündigte Ernst zudem an, dass die Rechtschreibung künftig nicht nur im Deutschunterricht, sondern in allen Fächern korrigiert werden soll. Weiteres Ziel sei, dass die Schülern bis zur vierten Klasse ein Grundwortschatz von 700 Wörtern vermittelt werden soll.

Hintergrund der Bemühungen sind die Ergebnisse eines nationalen Vergleichs von 2016. Dabei hatten die märkischen Schüler nur mittelmäßig abgeschnitten. Bei der Lesekompetenz erreichten 12,5 Prozent der Grundschüler in Brandenburg nicht den erforderlichen Mindeststandard. Im Bundesvergleich der Rechtschreibung schafften sogar 23,2 Prozent der märkischen Schüler nicht den Mindeststandard.

In Berlin will Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) an „Schreiben nach Gehör“ festhalten. Das sei nur eine von mehreren Methoden zum Schrifterwerb, die an den Berliner Grundschulen ohnehin nicht in Reinform angewendet werde. Scheeres wies darauf hin, dass die Lehrer durchaus frühzeitig korrigierend eingreifen sollten, damit sich bei den Kindern keine falschen Schreibweisen verfestigen.

N.H.

Buschkowsky soll weg

SPD-AG will früheren Bezirksbürgermeister aus der Partei werfen

Die SPD-Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt im Berliner Bezirk Neukölln hat beschlossen, ein Parteiausschlussverfahren gegen den früheren Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky zu fordern. Äußerer Anlass war die Vorstellung des neuen Buches von Thilo Sarrazin, „Feindliche Übernahme“, durch Buschkowsky.

Timo Schramm, Vorsitzender der örtlichen Arbeitsgemeinschaft: „Buschkowskys Aussagen spalten und sind rassistisch geprägt. Heinz Buschkowsky äußert sich wiederholt in der Integrations- und Migrationsdebatte rechtspopulistisch ... Er stellt sich gegen die Werte der Sozialdemokratie und missbraucht seine Position als ehemaliger Bezirksbürgermeister zur Selbstdarstellung.“

Da der Antrag wohl im Kreisverband selbst keine Mehrheit finden dürfte, will Schramm sein Anliegen direkt auf Landesebene vorbringen. Aber auch dort ist man nicht begeistert. Hakan Demir, Vorsitzender der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt und Mitglied im SPD-Landesvorstand, hält nichts von Schramms Initiative. Auch Aziz Bozkurt, der Bundesvorsitzende der Arbeitgemeinschaft, fordert „andere Wege“, um mit Buschkowsky umzugehen. Fritz Felgentreu, Bundestagsabgeordneter aus Neukölln, findet den Ausschlussantrag „politisch falsch und juristisch aussichtslos“.

> Seine Aussagen »spalten« und seien rechtspopulistisch

Auch der SPD-Fraktionschef im Berliner Abgeordnetenhaus, Raed Saleh, kündigte Widerstand an. Buschkowsky sei kein Rassist und überhaupt nicht vergleichbar mit dem früheren Finanzsenator Thilo Sarrazin. Er wolle Immigranten integrieren und verfechte den Aufstiegsgedanken. Das sei zutiefst sozialdemokratisch. Die SPD brauche solche Leute in den eigenen Reihen, wenn sie Volkspartei bleiben wolle, soll Saleh nach Information von Parteikreisen geäußert haben.

Schramm zeigt sich indessen unbeeindruckt: „Wer soziale und strukturelle Probleme auf eine einzelne Religionszugehörigkeit zurückführt, legt den Grundstein für rechtsextremes Gedankengut.“ Buschkowsky hat selbst auch schon zwei Bestsellerbücher geschrieben und erklärte bei der Vorstellung des neuesten Sarrazin-Buches: Das „praktische Leben der Muslime“ in Deutschland sei von „Bildungsversagen, Arbeitslosigkeit, Transferbezug“, einem „völlig absurden Frauenbild“, sowie „starker Kriminalitätsneigung“ geprägt.

Frank Bücker

MELDUNGEN

Ex-Präsident verurteilt

Seoul – Der frühere südkoreanische Präsident Lee Myung Bak ist zu einer Haftstrafe von 15 Jahren verurteilt worden. Außerdem muss er eine Geldstrafe in Millionenhöhe zahlen. Das Gericht hielt ihn der Korruption, der Bestechlichkeit und des Machtmissbrauchs für schuldig. Unter anderem soll er umgerechnet mehr als 8,4 Millionen Euro Bestechungsgeld vom staatlichen Geheimdienst und von Unternehmen entgegengenommen haben. Der 76 Jahre alte konservative Politiker, der von 2008 bis 2013 Präsident war, streitet die Vorwürfe ab. Er bezeichnet das Verfahren als „politische Rache“ der jetzigen linksliberalen Regierung. *J.H.*

Allianz für Asylpolitik

Kopenhagen/Wien – Dänemarks Ausländer- und Integrationsministerin Inger Støjberg (Venstre) und der österreichische Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) haben ein gemeinsames Papier für ein europäisches Asylsystem vorgestellt. Der Sieben-Punkte-Plan hat zum Ziel, dass weniger Zuwanderer nach Europa gelangen und dass abgewiesene Asylbewerber in Abschiebezentren außerhalb der EU gebracht werden. Dadurch soll, so die Autoren, den Asylsuchern, die am dringendsten Hilfe benötigen, diese auch gewährleistet werden können. Zudem sollen in den Ländern, aus denen besonders viele Menschen nach Europa kommen, „derart gute Verhältnisse geschaffen werden, dass sie gar nicht erst auswandern“, so Støjberg bei der Vorstellung des Papiers. Damit wolle man „das Geschäftsmodell der Menschenschmuggler zerstören, damit Flüchtlinge nicht aus Ländern in der näheren Umgebung weiterreisen, und wir verhindern, dass Migranten eine gefährliche Reise antreten und dann in Europa Asylhopping betreiben“. *J.H.*

Urlaub in Gambia

Reise-Wahnsinn: Deutsche kommen als Touristen und Gambier in umgekehrter Richtung als Asylsucher

Der vor 30 Jahren aus Deutschland abgeschobene Asylsucher Adama Barrow ist seit 2017 demokratisch gewählter Staatspräsident Gambias. Obwohl er seitdem politische Freiheiten hergestellt hat, steigt die Zahl der Asylsucher aus Gambia in Deutschland an. Deutsche sollen dafür als Touristen die Wirtschaft des Pleitelandes wieder ankurbeln.

Beim Staatsbesuch von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Gambia im vergangenen Jahr erzählte dessen Präsident Adama Barrow dem Deutschlandfunk: „Ich kam nach Frankreich, fuhr mit dem Zug nach Straßburg und kam dann über die Grenze nach Deutschland, nach Baden-Baden. Schließlich beantragte ich in Karlsruhe Asyl. Nach zwei Jahren wurde ich 1988 aus Deutschland abgeschoben.“

Damals gab es den Staat Gambia gar nicht, es bildete zusammen mit dem Senegal die weitgehend diktatorisch regierte Föderation Senegambien, die erst 1989 wieder aufgelöst wurde.

Im Dezember 2016 gewann der nach seiner Abschiebung in Afrika zum Unternehmer aufgestiegene Barrow die Wahl gegen den seit über 22 Jahren autokratisch regierenden Präsident Yahya Jammeh. Dieser war noch durch einen Militärputsch an die Macht gekommen und war in seinen langen Amtsjahren durch Willkür, Aberglauben und Zauberei in Erscheinung getreten.

Jammeh zweifelte zunächst die Wahl an. Erst nachdem die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (Ecowas) Soldaten schickte, floh Jammeh nach Äquatorial-Guinea ins Exil. Mitgenommen hat er ein Privatvermögen und Teile der Staatskasse.

Die Euphorie über die neue Demokratie ist mittlerweile in Gambia erloschen. Barrow und seine Minister haben kaum Erfahrung in Politik und Verwaltung. Barrow entließ zwar die meisten politischen Gefangenen, das Land befindet sich aber noch immer in einer Übergangsphase. Deshalb gelten noch alle Gesetze aus der Jammeh-Zeit. Demnach ist in dem muslimischen Land beispielsweise Homosexualität noch immer illegal und kann mit bis zu lebenslänglicher Haft bestraft werden. Polygamie ist dagegen in der ehemaligen britischen Kolonie erlaubt, Barrow hat selbst zwei Frauen.

Weitere Reformen sind angekündigt. Innerhalb von zwei Jahren sollen die Verfassung und die Gesetze durch eine Experten-Kommission überarbeitet werden. Außerdem gibt es eine Kommission, die herauszufinden versucht, wo das Geld ist, das unter Jammeh verschwunden ist und weswegen Gambia jetzt pleite ist. Derweil sind die Truppen der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft noch im Land.

Zur Ankurbelung der Wirtschaft wird der Tourismus jetzt wieder gefördert. Gambia war, bevor es Pleite gegangen ist, schon eines der beliebtesten Reiseziele in Afrika. Sowohl Lidl als auch Norma bieten in ihren aktuellen Reiseprospekten acht- oder 15-tägige Flugreisen zum Schnäppchenpreis von knapp 1000 Euro nach Gambia an, auch über Weihnachten. Von Reisewarnungen oder traumatischer politischer Verfolgung oder gar Folter ist in den Prospekten nicht die Rede.

Norma erwähnt im Kleingedruckten allerdings, dass deutsche Reisende ein Rückflugticket und „genügend finanzielle Mittel für den Aufenthalt“ nachweisen müssen. Dies müssen Gambier nicht, die jetzt ihrem neuen Staatspräsidenten nacheifern und ins Asyl nach Deutschland aufbrechen.

Obwohl Gambia mit knapp zwei Millionen Einwohnern eines der kleinsten Länder Afrikas ist, steht es bei den Hauptherkunftsländern Afrikas unter den ersten Zehn. Gemessen an seiner Größe ist Gambia das afrikanische Land, aus dem die meisten Asylsucher nach Europa kamen. Für 2016 bestätigte das Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge (BamF) 5800 Asylanträge aus Gambia. Die Schutzquote lag bei 6,5 Prozent. Seit dem Regierungswechsel im letzten Jahr, sank die Quote auf 2,5 Prozent.

Gambia zählt trotz der Billigreiseangebote nicht zu den sicheren Herkunftsländern, da SPD und Linke dieses Gütezeichen ablehnen. Derzeit leben etwa 140 000 Gambier im Ausland. Deutschland ist neben Italien das Hauptaufnahmeland. Die meisten Gambier in Deutschland wurden nach Baden-Württemberg verteilt.

Zurzeit gibt es zwar kein Rücknahmeabkommen mit Gambia, aber die EU diskutiert mit Barrow über ein Rückkehrmodell für seine Landsleute. Die Überweisungen der Auslandsgambier machen allerdings 22 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Ein Großteil der Familien und der Staat selbst sind von diesen Überweisungen abhängig, das dürfte ein Rückführungsabkommen schwierig machen. Im ersten Amtsjahr von Barrow 2017 wurden bundesweit laut Bamf 2562 neue Asylanträge von Gambiern gestellt, der Rückgang war nicht so stark, wie der allgemeine Rückgang bei den Asylbewerbungen. Dem gegenüber wurden lediglich 153 ausreisepflichtige Gambier 2017 abgeschoben.

Offenbar wurden 1988 unter Helmut Kohl mehr abgelehnte Asylsucher aus Gambia abgeschoben als unter der Angela Merkel. 1988 herrschte in Senegambien eine Diktatur, in die eigentlich nicht hätte abgeschoben werden dürfen, heute herrscht dort eine Demokratie, in die kaum abgeschoben wird. *Bodo Bost*



Ausschau nach Touristen aus den Westen oder Blick in den Westen für die eigene Reise?: Strandaufenthalt in Gambia Bild: Imago

Wem gehört Lettland?

Nach Wahlen im baltischen Staat – Zersplitterte Parteienlandschaft

Die beiden Parteien der ethnischen Russen und des „lettischen Trump“ haben die Parlamentswahl in Lettland gewonnen, doch ob sie gemeinsam regieren werden, ist alles andere als sicher. Die Mitte-Rechts-Regierung in Lettland hat ihre Mehrheit verloren. Stärkste Kraft im Parlament wurde zum dritten Mal hintereinander die Partei Harmonie des russischstämmigen Bürgermeisters von Riga, Nils Uschakow, mit knapp 20 Prozent.

Ohne Harmonie wird die Bildung einer stabilen Regierung kaum möglich sein. Die Protestpartei KPVLV wurde mit gut 14 Prozent der Stimmen aus dem Stand zweitstärkste Kraft. Allerdings rechnen viele damit, dass die bisherigen drei Regierungsparteien, obwohl sie abgewählt wurden, noch eine oder zwei weiteren Parteien dazunehmen, um weiter koalieren zu können. Die neugegründete liberale und prowestliche Partei Entwicklung/FOR, die mit zwölf Prozent auf Platz vier landete, könnte eine davon sein. Sie wird von beiden Blöcken umworben.

Insgesamt ist das lettische Parlament nunmehr in sieben Fraktionen zersplittert, keine davon hat noch mehr als 20 Prozent. Die Partei von Ministerpräsident Maris Kucinskis, die Union der Grünen und Bauern, verlor fast die Hälfte ihrer Stimmen und kam auf zehn Prozent.

Sollte die Verliererkoalition weiter ihre Koalition fortsetzen und zusätzliche Partner finden, würde die Neue Konservative Partei (JKP) des ehemaligen Justizministers Janis Bordans mit 13,6 Prozent stärkste Kraft werden und das Amt des Premier ihm zufallen. Unter den Kandidaten der wertkonservativen und wirtschaftsliberalen JKP befinden sich zwei führende ehemalige Anti-Korruptions-Ermittler. Brüssel wäre sicher zufrieden.

> Lettischer Trump und der Putin-Verschnitt könnten bald regieren

Die Harmonie hatte höhere Sozialleistungen und die Überwindung der Spaltung des Landes in die lettisch- und russischstämmigen Bürger versprochen. Die KPVLV verdankt ihren Überraschungserfolg vor allem dem „lettischen Trump“, ihrem Vorsitzenden Artuss Kaimins. Der Schauspieler und Radiomoderator Kaimins gründete die KPVLV im Jahre 2016. KPVLV ist eine Abkürzung für: „Wem gehört der Staat Lettland?“ Kaimins hatte auf sich aufmerksam gemacht, als er mit einer Webkamera im Parlament umherlief und Szenen von den angeblich „unsäglichen Zuständen“ im hohen Haus nach draußen übertrug.

Etwa ein Viertel der 1,9 Millionen Letten hat russische Wurzeln. Eine Zusammenarbeit mit der KPVLV könnte der Harmonie nun den Weg in die Regierung ebnen. Im Gegensatz zu allen anderen Parteien hat der Spitzenkandidat der KPVLV, Aldis Gobzems, ein Regierungsbündnis mit Harmonie nicht ausgeschlossen. Laut Prognosen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens kommen Harmonie und die KPVLV auf 39 der 100 Sitze im Parlament, eine Mehrheit haben sie so noch nicht. Nur wenn die beiden einen weiteren Koalitionspartner finden, könnte ein ethnischer Russe der nächste Premier werden.

Allerdings sprach sich auch die Harmonie, wie alle anderen Parteien in diesem Wahlkampf nicht offen für den Austritt Lettlands aus EU, NATO oder Eurozone aus. Die Balten waren in den letzten Jahren die größten Nutznießer von EU-Mitteln, und die NATO-Verbündeten schickten auch etwa 1000 Soldaten ins Land, das über eine gemeinsame Grenze mit Russland verfügt. *B.B.*

USA mauern sich ein

Neue Mauer an Mexikos Grenze – Anstieg illegaler Grenzübertritte

Der Rio Grande markiert die größte Wohlstandsgrenze dieser Erde. Der Fluss bildet etwa ein Drittel der 3000 Kilometer langen Grenze zwischen dem armen Mexiko und den reichen USA. Jetzt hat der US-Kongress Gelder für den Bau einer 50 Kilometer langen Grenzmauer im Rio-Grande-Tal in Texas bewilligt, wo es zu den meisten illegalen Grenzübertritten kommt.

Zwischen den Orten Roma/USA und Ciudad Miguel Alemán/Mexiko soll ein Protostück dieser gigantischen Mauer entstehen, mit dem Präsident Donald Trump Geschichte schreiben will. Nicht nur in den Ortsnamen „Alemán“ kommt das Wort „Deutscher“ vor. Viele Menschen an dieser Grenze berufen sich auch auf Erfahrungen mit der innerdeutschen Grenzbefestigung, dass der Bau einer Mauer bleibende Schäden in der Natur und Tierwelt verursachen könnte. An einigen Stellen sollen Bäume und Büsche gerodet werden, um dort Straßen und Beleuchtungsanlagen zu errichten. Das könnte bedrohte Lebensräume für Tiere zerstören und Erosion beschleunigen. Im Gegensatz zu vielen anderen Teilstücken, die erst noch enteignet werden müssen, gehört das Land an dieser Stelle bereits der US-Regierung.

Der Beginn der konkreten Phase im Mauerbau hat die Flüchtlingszahlen bereits rasant ansteigen lassen. 12 800 Immigrantenfamilien wurden an der US-Südgrenze im August beim Versuch der illegalen Grenzüberwindung festgenommen 38 Prozent mehr als im Monat zuvor.

Auf 650 der 2000 Meilen zwischen San Diego und Brownsville steht bereits ein Grenzzaun, der jedoch eher symbolische Bedeutung hat: Viele Illegale überklettern ihn mühelos. Die Mauer soll zwischen 5,40 und 9,10 Meter Höhe variieren und abschnittsweise aus Zement oder anderen Materialien bestehen. In San Diego gab es bereits im letzten Jahr eine Ausstellung von Prototypen der zukünftigen Mauer.

> Grenze ausgerechnet zum »Deutschen« in Mexiko errichtet

Die Mexikaner wollen keine Mauer an ihrer Grenze zu den USA sehen. Deswegen bauen die Mexikaner jetzt die eigene Grenzbefestigung im Süden aus. Mehr Polizei und Grenzschutz, die immer härter durchgreifen, möchte der neue mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador an die Südgrenze nach Guatemala schicken. Gelingt es ihm, die auch in Mexiko skeptisch betrachteten Zuwanderungsbewegungen aus dem Süden spürbar zu beschränken, könnte der Mauerbau im Norden plötzlich an Bedeutung für Trump verlieren. Sowohl für den US-Präsidenten als auch für Obrador wäre das ein Ausweg.

Der verstärkte Grenzschutz hatte bereits 2015 unter Barack Obama begonnen. In diesem Jahr wurden an Mexikos Südgrenze bereits 55 000 Illegale aufgegriffen, fast das Doppelte der Zahl des gesamten letzten Jahres. Besonders dramatisch war der Anstieg der Festnahmen bei den Kindern unter zwölf Jahren, immer mehr Familien wollen den letzten Zug in die USA nicht verpassen. Obrador hatte nach seiner Wahl mit Trump telefoniert und durchblicken lassen, seine Regierung werde die Anstrengungen erhöhen, die Migration in den Griff zu bekommen. Dazu will Mexiko eine neue Grenzpolizei aufbauen.

Die Mauer, die Trump bauen will, richtet sich nicht vornehmlich gegen Mexikaner. Sie soll vielmehr Immigranten, die noch weiter aus dem Süden, vor allem aus dem bettelarmen Guatemala, El Salvador und Honduras, kommen, abhalten. *B.B.*

Druck auf Braunkohle nimmt zu

Drei Blöcke in den Kraftwerken Jänschwalde und Niederaußem vom Netz genommen

Trotz immensen Aufwandes wird Deutschland seine eingegangenen Verpflichtungen zur Reduktion der Kohlendioxid-Emission kaum einhalten können. Das drohende Scheitern könnte weitreichende Folgen haben.

Noch bevor die sogenannte Kohlekommission sich auf ein Datum zum Ausstieg aus der Kohleverstromung verständigt hat, gehen immer mehr Kapazitäten in Kohlekraftwerken vom Netz. Bereits Ende September ist in dem südbrandenburgischen, überwiegend mit Braunkohle aus der Niederlausitz befeuerten Wärmekraftwerk Jänschwalde einer der sechs Blöcke vom Netz gegangen.

Der stillgelegte Block war 1989 in Betrieb gegangen und war zwischen 1994 und 2014 mit neuester Turbinen- und Umwelttechnik ausgerüstet worden. Die Investitionen haben den Wirkungsgrad des Kraftwerks deutlich gesteigert und die Kohlendioxid-Emissionen gesenkt – trotzdem soll in Jänschwalde im kommenden Jahr ein weiterer Block vom Netz genommen werden. Bei dem Kraftwerksbetreiber, der Lausitz Energie Kraftwerke AG (LEAG), werden mit dieser Entwicklung etwa 600 Arbeitsplätze in den nächsten Jahren wegfallen.

In Nordrhein-Westfalen hat der Energieversorger RWE Ende September zwei Blöcke im Braunkohlekraftwerk Niederaußem im Rheinischen Revier abgeschaltet. Wie in der Lausitz bleiben die Blöcke bis zu ihrer endgültigen Stilllegung in vier Jahren in Sicherheitsbereitschaft. Die Betreiber solcher Reservekraftwerke werden laut Auskunft der Bundesregierung allein für die Jahre 2017 und 2018 voraussichtlich 234 Millionen Euro erhalten. Die Vergütung für die Bereithaltung als Reservekraftwerke ist in die Netzentgelte eingepreist, die von den Stromkunden bezahlt werden müssen.

Wie wichtig die herkömmlichen Kraftwerke noch immer sind, wurde erst wieder im vergangenen Sommer deutlich. Das monatelange Hochsommerwetter war häufig mit einer Flaute in den Windkraftanlagen verbunden. Um in solchen Lagen auch ohne Kraftwerke auskommen zu können, soll Energie aus Windparks und Solaranlagen künftig auf der Basis von Methan oder Wasserstoff gespeichert werden. Noch sind die herkömmlichen Reservekraftwerke wie etwa Jänschwalde für die Versorgungssicherheit aber unverzichtbar.

Den Abschaltungen in der Lausitz und im Rheinland sollen in den nächsten Jahren noch weitere folgen. Grundlage für diese Entwicklung ist eine Regelung im Energiewirtschaftsgesetz. Dieses sieht vor, bis 2020 durch die Trennung mehrerer Kohlekraftwerksblöcke vom Netz bis zu 12,5 Millionen Tonnen Kohlendioxid einzusparen. Trotz solcher Schritte zeichnet sich ab, dass die Bundesregierung ihre selbstgesteckten Ziele bei der Energie- und Klimapolitik nicht erreicht.

Erst vor Kurzem hat der Bundesrechnungshof vor einem Scheitern der sogenannten Energiewende gewarnt. Kay Scheller, der Präsident des Bundesrechnungshofes, sagte: „Der enorme Aufwand und die starke Belastung der Bürger und Wirtschaft stehen in krassem Missverhältnis zum bisher dürftigen Ertrag der Energiewende. Wenn die Energiewende gelingen soll, muss die Bundesregierung umsteuern.“ Scharfe Kritik übten die Rechnungsprüfer insbesondere am Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Die Energiewende ist aus Sicht des Rechnungshofs unzureichend koordiniert und mangelhaft gesteuert.

Zudem sind die finanziellen Belastungen der Wirtschaft sowie der öffentlichen und privaten Haushalte enorm. Nach den Berechnungen des Bundesrechnungshofs betragen die Belastungen allein im Jahr 2017 mindestens 34 Milliarden Euro. Diese hohen finanziellen Lasten stehen im Kontrast dazu, dass, so der Bundesrechnungshof, Deutschland fast alle Ziele der Energiewende bis zum Jahr 2020 verfehlen wird.

Mit dem Pariser Klimaabkommen und einem 2016 verabschiedeten „Klimaschutzplan 2050“ hat sich die Bundesregierung verpflichtet, die Emissionen sogenannter Treibhausgase im Vergleich zu 1990 drastisch zu reduzieren. Zusätzlich ist Deutschland im Rahmen der EU noch europarechtlich rechtlich bindende Verpflichtungen zur Reduktion von Kohlendioxid-Emissionen eingegangen, die nicht dem EU-Emissionshandelssystem unterliegen. Dies betrifft etwa den Verkehrssektor, den Gebäudebereich, die Landwirtschaft und die Abfallwirtschaft. Nach Berechnungen, die das Institut „Agora Energiewende“ vorgelegt hat, wird Deutschland allein in diesen Bereichen im Jahr 2020 das Ziel um voraussichtlich 93 Millionen Tonnen Kohlendioxid verfehlen.

Die bindenden Verpflichtungen im Rahmen der EU drohen für Deutschland in den kommenden Jahren eine teure Angelegenheit zu werden, da die Nichteinhaltung der sogenannten Klimaziele durch den Zukauf von Emissions-Zertifikaten ausgeglichen werden muss. Bislang waren diese Zertifikate in der EU reichlich vorhanden. Sollte sich das Angebot ab 2020 infolge schärferer Auflagen aber verknappen, könnten laut „Agora“ im nächsten Jahrzehnt auf Deutschland insgesamt Kosten von 30 bis 60 Milliarden Euro zukommen. In der Diskussion um den Ausstieg aus der Kohleverstromung könnten diese drohenden Milliardenkosten schon bald als Argument für eine beschleunigte Stilllegung aller Kraftwerke in der Lausitz oder im Rheinischen Revier dienen. *Norman Hanert*



Der Protest hatte zumindest teilweise Erfolg: Kühlturm des Grundlastkraftwerks in Bergheim-Niederaußem

Bild: Imago

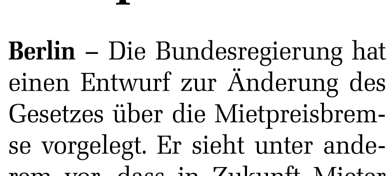
MELDUNGEN

Energieverbrauch steigt wieder

Wiesbaden – Die privaten Haushalte haben 2017 für Wohnen rund 1,5 Prozent mehr Energie verbraucht als 2016. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes nutzten sie 679 Milliarden Kilowattstunden für Raumwärme, Warmwasser, Beleuchtung oder Elektrogeräte. Während der Energieverbrauch privater Haushalte zwischen 2000 und 2014 deutlich zurückgegangen war, hat er seither wieder stetig zugenommen. Besonders stark erhöhte sich der Gasverbrauch um 5,7 Prozent auf 281 Milliarden Kilowattstunden. Die Nutzung von Mineralöl ist hingegen um 3,6 Prozent gesunken. Erstmals gab es auch bei den sogenannten Erneuerbaren Energien einen Rückgang um 1,3 Prozent. *J.H.*



Änderungen bei Mietpreisbremse



Berlin – Die Bundesregierung hat einen Entwurf zur Änderung des Gesetzes über die Mietpreisbremse vorgelegt. Er sieht unter anderem vor, dass in Zukunft Mieter bereits bei Begründung des Mietverhältnisses erfahren werden, ob der Vermieter sich auf eine Ausnahme berufen kann. Eine nach seiner Ansicht zu hohe Miete muss der Mieter dem Vermieter in Zukunft nur noch in einfacher Weise mitteilen („rügen“). *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.933.352.862.787 €
Vorwoche: 1.933.399.617.404 €

Verschuldung pro Kopf:
23.352 €
Vorwoche: 23.353 €

(Dienstag, 14. Oktober 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Müllmarkt in Bewegung

Remondis will DSD, Lidls Mutter ein eigenes duales System

Der deutsche Müllmarkt gerät in Bewegung. Ende September wurde bekannt, dass Deutschlands größter Abfallentsorger Remondis, das Duale System Deutschland (DSD) übernehmen will. Allerdings haben die Kartellbehörden bereits Bedenken angemeldet.

Duale Systeme sind nur in der Müllorganisation tätig – sie beauftragen Müllabfuhren, Sortieranlagen und Entsorger. In Deutschland existieren derzeit neun Systeme, welche die Abholung, Sortierung und Verwertung von Industrie- und Handelsabfällen, organisieren. Marktführer war bis vor Kurzem die Firma DSD, welche die Markenrechte am Recycling-Zeichen Grüner Punkt hält.

Nun will die Schwarz-Gruppe, Mutter des Discounters Lidl, die komplette Abfallkette selbst übernehmen. Etwa zehn Prozent des Handelsmülls stammt aus dem Unternehmen. Als erstes Handelsunternehmen hat die Gruppe nun ein eigenes duales System gegründet.

Bereits im Sommer hatte die Schwarz-Gruppe die Firma Tönsmeier übernommen, einen der bis dato größten Entsorger. Unter dem Namen „PreZero Dual GmbH“ greift die Lidl-Mutter nun den Grünen Punkt direkt an. „Das ist ein ganz neuer, großer Marktteilnehmer, der die ganze Branche gehörig unter Druck setzen wird“, schreibt das „Manager Magazin“ unter Berufung auf Insider-Kreise.

PreZero Dual dürfte seine Arbeit allerdings erst 2020 voll aufnehmen. Wie das „Handelsblatt“ berichtet, seien organisatorische Gründe dafür ausschlaggebend. Zudem laufe der Lidl-Vertrag mit dem Kölner Unternehmen Interseroh, das

Mehr Transparenz im Müllmarkt geplant

bisher die Entsorgung übernimmt, bis Ende 2019.

Wie wichtig der Schwarz-Gruppe der Einstieg in das Müll-Geschäft ist, zeigt sich daran, dass es offenbar Bestrebungen gab, mit Remondis um eine Übernahme des DSD zu konkurrieren. Das DSD wurde zuletzt von einer Gruppe von Finanzinvestoren gehalten, die sich zum Verkauf entschlossen hatten. Bei einer Veräußerung an die Lidl-Mutter hätte es aber offenbar erhebliche Einbußen gegeben, da deren Hauptkonkurrent für den Fall mit einer Kündigung der bestehenden Verträge gedroht haben soll.

Gegründet worden war der Grüne Punkt als Konsequenz der Verpackungsverordnung von 1991. Sie hatte bestimmt, dass jeder Gewerbebetrieb Verpackungen zurücknehmen muss, die er in Verkehr bringt. Zehn Jahre später hatte die EU-Kommission die monopolähnliche Stellung gerügt und damit den Wettbewerb auf dem deutschen Müllmarkt eröffnet. Seit 15 Jahren muss sich das DSD nun einem Konkurrenzkampf stellen. Der Marktanteil des einstigen Monopolisten ist infolgedessen auf schätzungsweise unter 40 Prozent zurückgegangen.

Der Müllmarkt war bisher schwierig zu durchblicken, weil es keine geregelten Übersichten über Marktanteile gab. Dies soll sich ab 2019 ändern. Wie der Nachrichtensender NTV berichtet, soll ab dann eine objektive Instanz umfassenden Einblick in Daten zur Müllmenge von Händlern, Industrie und zu dualen Systemen bekommen. Hierdurch solle verhindert werden, „dass schwarze Schafe unter den Systembetreibern schummeln und Kosten auf Konkurrenten abwälzen können.“ *Peter Entinger*

Strohfeuer nach der Dürre

Preise für Heu explodieren – Folgen auch für Normalverbraucher

Die Dürre in diesem Sommer hat Folgen. Da nicht nur Norddeutschland von dem Wetter und seinen Auswirkungen betroffen war, sondern auch Dänemark, Schweden und Teile Nordfrankreichs – exakt die Länder bei denen deutsche Landwirte in anderen Jahren mit Ernteschwierigkeiten einkaufen konnten – ist die Not groß.

Aus Schweden ist zu hören: „Wir zahlen jeden Preis für Heu“. Viele Landwirte fahren inzwischen nach Polen, um Heu und Stroh zu kaufen. Mit gutem Grund. Die Preise für Heu und Stroh explodieren in Deutschland, sofern Bestände vorhanden sind. Kostete der Rundballen Heu im letzten Jahr noch 35 Euro, werden heute bis zu 145 Euro dafür verlangt. In der Region Düsseldorf sind auch schon 160 Euro verlangt worden.

Bei derartigen Preissteigerungen wundert es nicht, dass Landwirte mit Rinderhaltung oder Milchvieh, die Heu, Silo und Stroh nicht von eigenen Flächen gewinnen, seit Wochen vermehrt Tiere zur Schlachtung geben, weil sie die hohen Futterpreise nicht zahlen können. Der Schlachtpreis fällt mit der Menge der Schlachttiere, teilweise um mehr als die Hälfte. Verbraucher, die davon träumen, dass aufgrund der Notlage der Landwirte die Fleischtheke zum Schlaraffenland wird, sitzen dem Irrglauben auf, dass der Fleischpreis etwas mit Angebot und Nachfrage zu tun habe.

„Fleisch wird vom Einzelhandel als Lockmittel eingesetzt“, erklärt Tim Koch von der Agrarmarkt Informations-GmbH (AMI), „der Fleischpreis, der an der Ladentheke verlangt wird, hat nichts mit dem tatsächlichen Preis zu tun. Es ist ein vollkommen unrealistischer Preis.“ Wenn in einigen Monaten kaum noch Rinder zum

Rundballen Heu ums Vierfache verteuert

Schlachter gebracht werden und erwartet wird, dass der Preis anzieht, werde diese Entwicklung nicht am Markt zu sehen sein.

Bleibt also alles beim Alten? Wohl kaum. Abgesehen davon, dass die Ernte bei Lebensmittelgetreide enorm knapp ausfällt und daher mit einer Preissteigerung bei Produkten wie Brot und Mehl zu rechnen ist, fällt auch die Gemüseernte geringer aus. Konservenhersteller Hengstenberg hat bereits Kurzarbeit angemeldet, weil die Kohlernte um rund die Hälfte reduziert ausfällt.

Bei Kartoffeln, Möhren, Sellerie und Rote Beete sieht es nicht besser aus, wie der Bundesverband der obst-, gemüse- und kartoffelverarbeitenden Industrie meldet. Aufgrund des zu erwartenden geringen Angebots sind Preissteigerungen von rund 30 Prozent für den Verbraucher zu erwarten.

Bei den Bio-Beständen fällt die Dürre dieses Sommers dagegen kaum ins Gewicht. „Es gibt Reserven aus den letzten zwei Jahren, daher ist der Preis für Bio-Futterweizen bei 340 bis 360 Euro pro Tonne recht stabil“, sagt Diana Schaack vom AMI. „Die langfristigen Verträge in der Bio-Landwirtschaft sorgen zudem dafür, dass die Preise stabiler sind als in der konventionellen Landwirtschaft.“

Außerdem steht die Hälfte der Bio-Kühe in Bayern, das von der Dürre kaum betroffen war. Futter- und Schlachtsituation sind daher bei den Bio-Kühen bei Weitem nicht so dramatisch wie in der konventionellen Rinder- und Milchviehhaltung. Daher ist es gut möglich, dass die Preise für herkömmliches Getreide und Milch im Laufe der nächsten Monate stark anziehen, während die Preise für Bio-Produkte stabil bleiben. Dann würden vielleicht auch mehr Menschen auf Bio-Produkte umsteigen. *Stephanie Sieckmann*

Provokation

Von Bodo Bost

Der 3. Oktober ist ein explizit staatlicher Feiertag ohne religiösen Bezug. Ein indirekter Bezug zum Christentum könnte noch insoweit erklärt werden, als die Kirchen in der DDR die „Wende“ im Jahre 1989, welche die Voraussetzung für die Wiedervereinigung 1990 war, in erheblichem Maß unterstützten. Ein Bezug zum Islam kann jedoch auch bei wildester Phantasie nicht hergestellt werden, da es Muslime in der DDR nicht gab. Den Islamverbänden geht es bei dem Tag der offenen Moscheen bestimmt nicht um Gastfreundschaft oder Transparenz, sondern darum, einen Machtanspruch gegenüber und gegen den deutschen Staat zu demonstrieren. Was würde wohl geschehen, wenn christlichen Kirchen am türkischen Nationalfeiertag in der Türkei einen „Tag der offenen Kirche“ durchführten? Eine solche Aktion wäre der letzte Tag einer Kirche in der Türkei. Anders als die Kirchen in den islamischen Staaten, welche die dortigen Gesetze einhalten, aber trotzdem unterdrückt und verfolgt werden, sind die DITIB und andere Islamorganisationen in Deutschland offen verfassungsfeindlich. Umso größer ist die Provokation, die vom sogenannten Tag der offenen Moschee am 3. Oktober ausgeht.

Luftnummer

Von Erik Lommatzsch

Mit großen Worten wurde nicht gespart: Eine seit Mitte September existente „Rechtsterrorgruppe“ mit dem alles erklärenden Namen „Revolution Chemnitz“ wollte am 3. Oktober den „Umsturz Deutschlands“ in Gang setzen. Angriffe auf „Ausländer und politisch Andersdenkende“ seien vorgesehen gewesen. Nun begegnete der Staat dieser „Terrorgruppe“ mit „ganzer Härte“. Großes Kino. Während das reichliche halbe Dutzend Verschwörer, ausgerüstet mit abgebrochenen Flaschen, Quarzhandschuhen und – einem – Luftgewehr noch via „Whatsappgruppe“ über die Beschaffung halbautomatischer Schusswaffen philosophierte, erfolgte der Zugriff. Rechtzeitig. Karlsruhe, Generalbundesanwalt und öffentlich-rechtliche Medienvertreter sind allzeit wachsam.

Hat da etwa jemand gelacht? Tragisch, aber „Tonangebende“ wurden auch früher schon nicht immer ganz ernst genommen. So überliefert der Publizist Friedrich Torberg, dass vor knapp 200 Jahren der österreichische Staatskanzler Metternich für das klamme Österreich eine große Summe von Bernhard von Eskeles zu borgen gedachte. Der reiche Bankier stimmte nach längeren Verhandlungen zu. Nun gedachte Metternich, diesem auch einen Gefallen zu tun. Er teilte ihm mit, der Sohn von Eskeles sei in politisch fragwürdiger Gesellschaft gesichtet worden. Er als Vater solle doch darauf hinwirken, dass das aufhöre. Daraufhin habe der Bankier gemeint, jetzt müsse er sich das mit dem Kredit doch noch einmal überlegen.

Das irritierte „Warum?“ des Staatskanzlers beantwortete er dahingehend, dass er einem Staat, der Angst vor seinem Söhnchen habe, ja schlecht sein Geld anvertrauen könne.

»So gehen Intrigen heute«

Von Michael Leh

Der Fall Hubertus Knabe schlägt weiter hohe Wellen. Am 25. September hatte der Stiftungsrat der Stasi-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen die Entlassung ihres profilierten Direktors mitgeteilt. Dies hat zu scharfen Protesten geführt. Vier Mitglieder des Stiftungsbeirats – Freya Klier, Heidi Bohley, Edda Schönherz und Barbara Zehnpfennig – forderten in einem offenen Brief an Kultursenator Klaus Lederer (Die Linke) die Wiedereinsetzung Knabes in sein Amt. Es habe vor dieser „schwerwiegenden Entscheidung keine Rücksprache mit dem Beirat“ gegeben. Wie man das Dienstverhältnis mit Knabe beendet habe, sei „entwürdigend und von der Sachlage her keinesfalls gerechtfertigt“.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und frühere DDR-Bürgerrechtler Arnold Vaatz verlangte in einem Brief an Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) genaue Angaben zu den Vorwürfen gegen Knabe. Nicht dieser selbst, sondern sein Stellvertreter war sexuell motivierter Belästigungen von Mitarbeiterinnen beschuldigt worden. Lederer erklärte – auch am 27. September im Berliner Abgeordnetenhaus –, der Stiftungsrat habe „kein Vertrauen, dass Dr. Knabe den dringend notwendigen Kulturwandel in der Stiftung einleiten“ werde. Bereits von Knabe getroffene Maßnahmen wie die Benennung einer Antidiskriminierungsbeauftragten ließ er unerwähnt.

In einer „Spiegel“-Kolumne („Wie man sich eines Feindes entledigt“) schrieb Jan Fleischhauer, kaum jemand sei bei der Linkspartei so verhasst wie Knabe: „Jetzt wurde er seines Amtes enthoben – mit freundlicher Hilfe aus dem Kanzleramt. So gehen Intrigen heute.“ Und: „Es würde mich nicht wundern, wenn in den nächsten Tagen neue Vorwürfe an die Öffentlichkeit gelangen würden. Diesmal gegen den Historiker selbst.“

Genau das geschah jetzt nach der öffentlichen Kritik an Lederer. So hieß es auf einmal am 8. Oktober im „Tagesspiegel“, der in mehreren Beiträgen gegen Knabe schoss und nachtrat, es habe sich „eine weitere Frau bei der Kulturverwaltung“ gemeldet „und berichtet von Belästigung – diesmal sogar auch durch Hubertus Knabe selbst“. Die Frau habe sich am 24. September an den Kultursenat gewandt. Das wäre somit einen Tag vor Knabes Entlassung erfolgt. Doch davon hatte Lederer auch in der Fragestunde des Parlaments keine Silbe gesagt. Vielmehr erklärte er, Vorwürfe wegen sexueller Belästigung richteten sich nur gegen Knabes Stellvertreter.

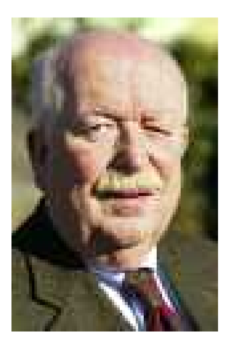
Knabe selbst kann sich gegen solche anonymen Beschuldigungen kaum wehren. Fast könnte man sich an die Stasi-Richtline Nr. 1/76 erinnert fühlen. Darin wird unter „bewährten Maßnahmen der Zersetzung“ genannt: Die „systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes, des Ansehens und des Prestiges auf der Grundlage miteinander verbundener wahrer, überprüfbarer und diskreditierender sowie unwahrer, glaubhafter, nicht widerlegbarer und damit ebenfalls diskreditierender Angaben“.



Laut Jan Fleischhauer wurde er mit Hilfe aus ihrem Kanzleramt seines Amts enthoben: Hubertus Knabe und Angela Merkel, zusammen mit Kulturstaatsministerin Monika Grütters (v.r.)

Bild: Leh

Gegenwind



Wie die Übermacht der Parteien zu brechen wäre

Von Florian Stumfall

Manchmal geschieht es, dass eine anonyme Wortschöpfung einen Vorgang, eine Befindlichkeit oder einen Zustand aufs Genaueste beschreibt. Beim im doppelten Sinn unschönen Wort „Parteienverdrossenheit“ trifft das zu. Dabei ist die Rede von einem allgemeinen, nicht näher zu beschreibenden Unwohlsein gegenüber jenen Einrichtungen, denen das Grundgesetz eine Mitwirkung bei der demokratischen Willensbildung zuschreibt.

Diese Parteienverdrossenheit unterscheidet sich von dem aus einer ähnlichen psychologischen Gemengelage entstandenen Wort Politikverdrossenheit, das unspezifischer und weniger griffig ist, und zwar nicht zuletzt deswegen, weil man „Politik“ nicht abschaffen kann, genauso wenig wie das Wetter. Man kann zufrieden sein damit oder unzufrieden, etwas anderes ist nicht möglich, und je nachdem gestaltet sich die Teilnahme des Bürgers an den allgemeinen Belangen.

Bei den Parteien ist das anders. Ihre Beschaffenheit, also die Art ihrer Einbindung in das staatliche Gefüge und die Zuteilung der Aufgaben, durch die diese Einbindung gerechtfertigt wird, ist zwar Bestandteil des Grundgesetzes, aber nicht in Stein gemeißelt. Das zeigt sich immer wieder durch Novellen zum Parteiengesetz, welches „das Nähere regelt“.

Nun verhält es sich damit aber derart, dass diese Ordnung, genau wie jedes andere menschengemachte System, im Laufe der Jahrzehnte degeneriert. Schon im lateinischen Sprichwort wird festgestellt, dass sich die Zeiten ändern, und wir uns mit ihnen, und, um das hinzuzufügen, demgemäß auch die Regeln und Gepflogenheiten, die das Zusammenleben gestalten.

Bei näherer Betrachtung allerdings wird offenbar, dass die juristischen Paragrafen nicht alles abdecken können, was zum Gelingen notwendig ist. Dem der Politik benachbarten Ordnungssystem der Wirtschaft, in unserm Falle die Soziale Marktwirtschaft, deren Überreste immer noch Erfolge hervorbringen, reicht ein entsprechender rechtlicher Rahmen, die Freiheit von Eigentum, des Schließens von Verträgen, des Handels und dergleichen nicht aus, um das Gelingen zu gewährleisten. Dazu ist auch der „redliche Kaufmann“ notwendig, zeitgemäß ausgedrückt, die Bereitschaft der an der Wirtschaft beteiligten Menschen, die Regeln zu achten und Verantwortung für das große Ganze zu tragen. Ungezügelter Eigennutz beschädigt letztlich die eigene Position.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Es fällt nicht schwer, dazu die Analogie in der Politik festzustellen. Im Laufe der Jahrzehnte hat sich hier eine Kaste gebildet, ein unentwirrbares Ineinander hauptberuflicher Akteure, die verbunden mit dem Großteil der Medien in einer parasitären Symbiose leben. Die Angehörigen der Kaste genießen zahlreiche Privilegien. Da sich im Allgemeinen jene für ein Mandat interessieren, für welche die Bezüge eines Abgeordneten eine finanzielle Verbesserung darstellen, ist das erste und wichtigste Trachten des Parlamentariers seine Wiederwahl. Die Chancen stehen im Allgemeinen auch recht gut, denn die Kaste sorgt für die Ihrigen. Scheitert beispielsweise der Generalsekretär einer Partei mit Pauken und Trompeten, so kann er immer noch Bundesminister für Arbeit werden.

Für einen Verbleib in der Kaste unterwirft sich der Politiker allen Kräften, die Einfluss auf seinen Werdegang haben: den Parteioberen, Verbandsfunktionären, Sponsoren und auch Journalisten. Er unterwirft sich vor allem und in erster Linie der Parteidisziplin. Dadurch verlagert sich das Stückchen Macht, das die Wähler eines Wahlkreises ihrem Abgeordneten überantwortet haben, auf die Partei beziehungsweise deren Fraktion. Hier sammelt sich eine Fülle von Macht an, die ein Eigenleben führt, weil sie im Grundgesetz nicht vorgesehen und daher verfassungsrechtlich auch nicht zu kontrollieren ist. Ungeachtet des Artikels 38 des Grundgesetzes, der das verbietet, herrscht fast ausschließlich Fraktionszwang bei den Abstimmungen. Wie gesagt – Rechtssysteme degenerieren.

Diese Konstellation zieht noch eine weitere Folge nach sich: Je mehr sich der parlamentarische Wettbewerb von den einzelnen Abgeordneten auf die Fraktionen verlagert, umso mehr tritt die Konkurrenz unter ihnen deregstalt in den Vordergrund, dass sie zum Selbstzweck wird. Die sachlichen Anliegen verkommen zum Instrument, indem sie abgeklopft und eingesetzt werden nach Tauglichkeit vor den Wählern. Das heißt, dass die Wähler durch ihre Stimmabgabe das Wohl der Partei zu fördern haben, nicht umgekehrt, die Partei das Wohl der Wähler. Der Streit der Ideen ist zum Gezänk der Parteien geworden.

Zugegeben, diese Darstellung mag da und dort als überzogen und ein wenig ungerecht empfunden werden, sicher zu Recht. Doch es empfiehlt sich dennoch, ein wenig an dem Oligopol der Parteien bei der Aufstellung von Abgeordneten zu rütteln. Denkbar nämlich wäre folgende zweite Möglichkeit: Ebenso wie den Parteien sollte es anderen Gruppen, auch solchen ohne Rechtsform, oder auch einzelnen Bürgern erlaubt sein, im Rathaus Vorschläge für Kandidaten zur Wahl zu unterbreiten. Dazu werden Listen ausgelegt, auf denen die Namen eingetragen werden. Die drei Bewerber mit den meisten Nennungen gelten als Kandidaten, seien sie nun von einer Partei, dem Bauernverband oder einer Gewerkschaft oder auch von ihrem Nachbarn benannt worden.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Damit wäre die Übermacht der Parteien gebrochen. Eine solche Neuerung ließe sich ohne Weiteres im Rahmen des geltenden Rechts einführen. Im Grundgesetz nämlich ist in Hinblick auf die Parteien von einer „Mitwirkung“ bei der politischen Willensbildung die Rede, keineswegs – wie es heute gehandhabt wird – von einer Geschäftsführung mit Ausschließlichkeitscharakter.

Folgerichtig wäre mit den Fraktionen und ihren Privilegien zu verfahren. Wäre beispielsweise in der Öffentlichkeit bekannt, welche öffentlichen Gelder in diesem Zusammenhang zur Verteilung gelangen, wäre es ein leichtes, Zustimmung für die finanzielle Austrocknung eines Regelwerks zu gewinnen, das nichts anderes ist als eine geheime Parteienfinanzierung. Schwer ist es auch, eine Erklärung dafür zu finden, warum eine Parlamentarierdelegation etwa nach Mexiko oder Japan fahren muss, um festzustellen, wie man es dort mit dem Abwasser oder den Klimaanlagen und Schulgebäuden hält.

Für die Parlamentarier ist der Alltag, jedenfalls für solche, die sich nicht durch Insubordination die Gunst ihres Fähnleinführers verscherzt haben und deshalb von der Liste derer gestrichen wurden, die einer Reise würdig sind. Für diejenigen Bürger aber, die durch Neugier und Sorge dahinterkommen, wo ihre Steuern bleiben, ist es Grund zum Ärgernis. Das schließliche Ergebnis: ein weiterer Grund für die Parteienverdrossenheit.

Die Parteien bilden keine Verbindung mehr vom Bürger zur Politik, sondern ein Hemmnis. Und nach den letzten Wahlen müssen sie vor den nächsten zittern und tragen selbst Schuld daran.

Florian Stumfall

Rock-Opas sind gut auf Achse

Gleich nach ihrer Gründung 1967 landete sie mit „A Whiter Shade of Pale“ einen ganz großen Hit. Es blieb bis heute der größte Erfolg der britischen Rockband Procol Harum. 50 Jahre später existiert die Band immer noch und singt ihr Erfolgsstück, von dem gleich nach der Veröffentlichung 2,5 Millionen Singles verkauft wurden. In den darauffolgenden Jahren wurden insgesamt sechs Millionen davon verkauft.

Jetzt im Herbst kommen die Rock-Veteranen von Procol Harum nach Deutschland sowie in die Schweiz und nach Österreich. Und die gute Nachricht: Die Konzerte sind noch nicht ausverkauft. Kurzentschlossene können noch zugreifen. Im Februar gab die Gruppe bereits in Norwegen drei Konzerte und im Juni zwei in Italien. Danach je eines in Frankreich und Großbritannien.

Procol Harum ist keine „normale“ Band, sondern hat mit dem Orgelspiel ein charakteristisches musikalisches Erscheinungsbild. Auch der Blues gibt der Gruppe ein besonderes psychedelisches Gepräge. Es ist kein typischer „Hard“-Rock, sondern sanfte, ja zärtliche Musik. So wie das Lied „A salty Dog“, mit dem die Band ein Jahr nach ihrem ersten Hit einen erneuten Ohrwurm herausbrachte.

Die meisten Mitglieder der Gruppe, deren lateinisch klingender Name auf einen Katzennamen zurückgehen soll, spielten bereits in den frühen 60er Jahren unter dem Namen "Paramounts" zusammen. Frontmann, Sänger und Pianist ist Garry Brooker, der als einziger schon damals bei Procol Harum aktiv war. Gründungsmitglied Barrie James „B. J.“ Wilson starb 1990.

> Procol Harum landete Erfolgshit mit »A Whiter Shade of Pale«

Nachdem die Band zehn Alben veröffentlicht hatte, löste sie sich 1977 auf. Brooker begann eine Solokarriere, aber an den Erfolg seiner alten Gruppe konnte er nicht anknüpfen. Die Fans schienen auch an dem alten Namen zu hängen.

1991 versammelte Brooker eine neue Band, die den alten Erfolgsnamen annahm. Seither gab es gelegentliche Personalwechsel. Erst seit der Jahrtausendwende fand Procol Harum ihre jetzige Formation. Brooker steht mittlerweile im 73. Lebensjahr, während seine Mitstreiter deutlich jünger sind. Er versucht in seinen Stücken Rock und Klassik zu vermischen. So fand die Gruppe eine treue Fangemeinde, aber zu den ganz Großen konnte sie nicht aufschließen. 1997 feierte die Band 30-jähriges Bestehen. Viele der alten Mitglieder haben sich jedoch von der Bühne verabschiedet.

Neben Studioaufnahmen tritt Procol Harum seit 1991 auch immer wieder live auf. In Deutschland startet die Tour in diesem Jahr am 12. Oktober in Winterberg. Es folgen Auftritte in Berlin (16. Oktober), Chemnitz (18. Oktober), Magdeburg (19. Oktober), Heilbronn (21. Oktober), Bonn (22. Oktober) und schließlich Hannover (23. Oktober). Anschließend bekommen die Fans in Dänemark und den Niederlanden Gelegenheit, ein Konzert ihrer Lieblinge zu besuchen. Den Abschluss der Tour bilden Auftritte in Russland und Polen. Brooker ist mit einer Schweizerin verheiratet und hat keine Kinder. Alkohol und Drogeneskapaden wie von anderen Rockgrößen der 60er Jahre sind nicht bekannt. *Frank Bücker*

Poet von der Leine

Dichterhoffnung aus Hannover – Der Expressionist Gerrit Engelke fiel vor 100 Jahren im Ersten Weltkrieg

Alfred Lichtenstein, August Stramm, Georg Trakl, Ernst Stadler, Reinhard Sorge, Hermann Löns, Walter Flex – die Liste der Dichter, die im Ersten Weltkrieg fielen, ist lang. Kurz vor Ende des Krieges erwischte es auch einen gewissen Gerrit Engelke.

Innerhalb Deutschlands hat Hannover den Ruf einer Kulturprovinz. Die literarisch bedeutsamen Impulse gingen eher von Städten wie Weimar, Jena, Berlin oder München aus. Dabei sollte man die Stadt an der Leine nicht unterschätzen. Hier wirkte der Philosoph Leibniz, der Verfasser des ersten psychologischen Romans „Anton Reiser“, Karl Philipp Moritz, stammte von hier, ebenso die Romantik-Brüder Friedrich und Karl Wilhelm Schlegel, Wilhelm Busch studierte in dieser Stadt, Kurt Schwitters verbreitete hier seinen Dadaismus, der Autor der „Lulu“-Dramen, Frank Wedekind, wurde hier geboren, und auch Gottfried Benn dichtete als Arzt in der Leine-Stadt.

Diese Liste wäre ohne Gerrit Engelke unvollständig. Dabei war der Zeichner und Autor zu Lebzeiten über seine Heimatstadt Hannover hinaus fast unbekannt. Obwohl er nur ein schmales literarisches Œuvre hinterlassen hat, zählt er damit inzwischen aber zum festen Bestandteil der deutschen Literaturgeschichte.

Als Engelke vor 100 Jahren an den Folgen einer Kriegsverwundung im 28. Lebensjahr verstarb, galt er als große Dichterhoffnung. Richard Dehmel, sein früher Förderer, urteilte über ihn: „Genial, größer als wir alle!“ Andere Zeitgenossen hielten Engelke für „das erste literarische Genie, das aus dem Proletariat hervorgegangen ist“. Die bürgerliche Literaturkritik etikettiert ihn lange Zeit als „Arbeiterdichter“. Das trifft zumindest auf sein „Lied der Kohlenhäuer“ zu: „Wir speisen sie Alle mit nährender Wärme: / Den pflügenden Lloyd im atlantischen Meer: / Die erdenumkreisenden Eisenzug-Schwärme: / Der Straßenlaternen weitflimmerndes Heer: / Der ragenden Hochöfen glühende Därme: / Wir nähren sie Alle mit Lebensblut-Wärme!“

Sein erster Sammelband, der 1921 posthum erschien, erlebte bei der Nachkriegsjugend eine große Nachfrage und wurde von vielen gelobt. Engelkes Gedichte unterscheiden sich von der neuzeitlichen Aufbruch-Lyrik seiner Zeit. Sie spannen einen Bogen von den von ihm hautnah erlebten proletarischen Nöten der „Maschinen-Gesellschaft“ über eine mystische Menschheitsverbundenheit bis zu seiner Vision von einer vom Krieg befreiten Friedensgesellschaft und faszinieren bis heute durch ihre natürliche Sprache, ihren Rhythmus, ihre Bildhaftigkeit und Symbolik.

Doch im Unterschied zu anderen bedeutenden Expressionisten seiner Zeit suchte er bei seiner Auseinandersetzung mit dem „seelenmordenden Industrie-Materialismus“ keinen sozialrevolutionären Ausweg aus den kritisierten Zuständen. Im Gegenteil: Viele Bezüge verweisen auf ein Einflussgeflecht, das von Friedrich Nietzsche und Detlev von Liliencron über Richard Dehmel bis zu Walt Whitmann reicht.

Dichtender Arbeiterjunge: Gerrit Engelke Bild: akg

Die Vorfahren des Dichters waren väterlicherseits Handwerker in Hooksiel, Delmenhorst, Buttforde sowie Fedderswarden in der Nordseeregion. Der Vater kam in jungen Jahren aus Fedderswarden nach Hannover, wo er ein Kleider- und Weißwarengeschäft eröffnete. Die Mutter war eine Gastwirtstochter aus Hannover, wo Sohn Gerrit am 21. Oktober 1890 geboren wurde.

Obgleich im Arbeitermilieu aufgewachsen, begeisterte er sich bereits als Schüler für die klassische Musik von Ludwig van Beethoven sowie Giacomo Puccini, nahm sich die Zeichnungen Ferdinand Hodlers als Vorbild und begann als Malerlehrling parallel zu einem Abendkurs im Zeichnen nach der Lektüre der Gedichte Richard Dehmels, Emile Verhaerens sowie Walt Whitmans mit eigener Lyrik.

Als er über 100 Gedichte verfasst hatte, wandte sich der Malergeselle aus Hannover vertrauensvoll an den Dichter Dehmel, der ihn an den westpreußischen Autor Paul Zech, die Werkleute vom Künstlerbund Nyland sowie die Nyland-Zeitschrift „Quadriga“ empfahl. So erschienen noch 1913 erstmals zahlreiche Gedichte von Engelke. Da waren seine Eltern bereits in die USA ausgewandert. Ohne ihn. Er wollte sich von der liebgewordenen hannoverschen Heimat nicht trennen und musste sich nun selbstständig durchs Leben schlagen.

Doch von seiner Kunst allein konnte er nicht leben. Engelke arbeitete weiter als Malergeselle, bildete sich autodidaktisch weiter, erschloss sich die Lyrik von Klassikern wie Homer, Dante, Hölderlin sowie Byron und gewann mit dem Kaufmann August Götting und dem Dänen Martin Gulbrandsen weitere Gesinnungsfreunde. Dazu kamen 1914 zwei anregende Ferien-Aufenthalte.

Er war zunächst in die Schlossmühle von Oranienstein an der Lahn eingeladen und dann Gast im dänischen Faaborg bei Gulbrandsen, wo er erstmals das Meer erlebte. Bei seiner Heimkehr aber erwartete ihn die Einberufung in den Krieg, dessen Gräuel er als Grabensoldat an vorderster Front in den Folgejahren bis zum bitteren Ende erlebte. Viele seiner Eindrücke hielt er in Gedichten fest, die seine Friedenssehnsucht dokumentieren.

Bei einem Urlaub lernte er im Herbst 1917 am Rhein eine um einige Jahre ältere Witwe kennen, mit der er sich verlobte und eine gemeinsame Zukunft plante. Selbst im letzten Brief an die Verlobte klingt vermischt mit Grabengerüchten von einem bevorstehenden Waffenstillstand die Hoffnung auf Frieden und ein gemeinsames Leben an.

Aber diese Option platzte wie eine Seifenblase. Engelke kam mit einer Verwundung bei Cambrai in englische Kriegsgefangenschaft und verstarb an deren Folgen am 13. Oktober 1918 im englischen Lazarett von Étaples bei Boulogne in Nordfrankreich, wenige Tage vor seinem 28. Geburtstag. Eine Zeitungsnotiz zum Tod des Dichters gelangte auf Umwegen nach Deutschland, wo 1921 im Verlag Diederichs in Jena sein erster Sammelband unter dem Titel „Rhythmus des neuen Europa“ erschien. *M. Stolzenau/H. Tews*

Dick und Doof in der Horrorshow

Kontrastreiches unabhängiges Kino aus Dänemark und Italien: »The Guilty« und »Dogman«

Eine Quasselstrippe am Telefon? Dann kann es sich nur um einen italienischen Film handeln. Ein trister Strand im Dauerregen? Dass ist typisch für einen nordischen Film. Bei den beiden Filmen, die am 18. Oktober in die Kinos kommen, verhält es sich aber genau umgekehrt.

In „The Guilty“ (Deutsch: Die Schuldigen) will ein dänischer Polizist von einer Notrufzentrale aus im Alleingang einen möglichen Kriminalfall aufklären. Nach dem rätselhaften Notruf einer jungen Frau, von der er überzeugt ist, dass sie im Auto neben ihrem Entführer sitzt, setzt er zur telefonischen Fernsteuerung seiner Kollegen an, um die Frau zu befreien.

In dem Kinodebüt des dänischen Regisseurs Gustav Möller vollzieht Jakob Cedergren als Notrufpolizist einen bemerkenswerten Soloauftritt. Hin und wieder huschen andere Kollegen ins Bild, mit denen er ein paar Worte wechselt. Ansonsten ist nur er im Bild zu sehen, wie er über das Headset mit unsichtbaren Personen kommuniziert. Im Prinzip ist es ein Hörspiel, bei dem man als Zuschauer getrost die Augen schließen kann. Optisch verpasst man nicht viel. Die Anspannung des Polizisten und die Angst des vermeintlichen Opfers am anderen Telefonende erschließen sich ausschließlich über die Stimme.

Dass das Ganze nicht zum Einschlafen ist, liegt an einer überraschenden Wendung, bei der sich der Verdacht nach dem Schuldigen in dem Entführungsfall verschiebt. Der hilfsfreudige Polizist, der, wie man es auch von „Tatort“-Filmen her kennt, mit ganz persönlichen Problemen zu kämpfen hat, aber auch die Zuschauer sind auf einmal die Gefoppten. So entsteht Spannung: Wenn man sich selbst dabei ertappt, ein voreiliges Urteil gefällt zu haben. *H. Tews*



Telefonist: Jakob Cedergren in der Notrufzentrale Bild: Nikolaj Møller



Foto: AlamodeFilm

Meister der Pediküre: Hundefriseur Marcello bei der Arbeit

Das Bella Italia gehört den Touristen und den Reichen. Die Italiener, die an den sozialen Rand gedrängt sind, müssen sich mit dem hässlichen Rest begnügen. Im Film „Dogman“ sorgt ein in Strandnähe lebender Hundefriseur mit seinen auf Hochglanz polierten Vierbeinern für einen optischen Kontrast zu dem Elend in dem alles andere als malerischen Küstenort in Süditalien.

Wie schon in seinem Film „Gomorrha – Reise in das Reich der Camorra“ von 2008 widmet sich Regisseur Matteo Garrone den Schattenseiten infolge Gewalt und Kriminalität. So verdient sich auch der schmächtige Hundefriseur Marcello als Drogenhändler etwas hinzu und dackelt bei Raubzügen einem bulligen Typen hinterher, der den ganzen Ort tyrannisiert. Für diesen angeblichen Freund, einem Ex-Boxer, geht der einfältige Marcello sogar in den Knast in der Hoffnung, von ihm nach der Entlassung mit einem Teil der Beute entlohnt zu werden. Dumm gelaufen.

Dieses ungleiche Paar ist wie Laurel und Hardy in der Horrorshow. Nur dass sich daraus ein drastisches Rachedrama entwickelt, bei dem der kleine Hundefriseur plötzlich selbst zum Bullterrier wird. Für den 40-jährigen Schauspieler Marcello Fonte ist dieses seine erste große Filmrolle. Doch er verkörpert die Figur des Hundeliebhabers so hingebungsvoll und glaubhaft, dass er beim diesjährigen Filmfestival von Cannes die Goldene Palme als bester Schauspieler erhielt. Außerdem geht der Film für Italien als bester ausländischer Film ins nächste Oscar-Rennen. *tws*

Michelangelo unserer Tage

Nach acht Jahren Arbeit fing Michelangelo 1555 in einem Anfall von Frustration damit an, seine Florentiner Pieta zu zerstören. Nur dem mutigen Eingreifen eines Dieners ist es zu verdanken, dass man die Marmorskulptur heute noch in einem Stück bewundern kann, wenngleich mit einem amputierten Jesus-Bein.

Verzweiflung, Zerstörungswut, das Ringen um Aufmerksamkeit – es gab schon viele Gründe, weshalb Künstler eigene Statuen zerhauen, Leinwände aufgeschlitzt oder Installationen verbrannt haben. Jetzt hat sich ein Fall ereignet, bei dem die Zerstörung wohl Teil des Kunstwerks selbst ist. Vor den Augen der Öffentlichkeit zerschredderte sich ein kleines Gemälde des britischen Graffiti-Künstlers Banksy selbst, als es im Aktionshaus Sotheby's für eine Million Pfund ersteigert wurde. Ein im Bildrahmen versteckter und per Funk ausgelöster Mechanismus verwandelte die Hälfte des Bildes in Papierfäden.

Kaum denkbar, dass Sotheby's von dem Clou nicht eingeweiht war. Es wäre ein Armutszeugnis, hätte sich dort niemand gefragt, warum ein modernes Gemälde in einem 18 Zentimeter dicken Barockrahmen steckte, in dem ein schwerer Schredderapparat eingebaut war.

Auch für den Käufer hat sich der Scherz gelohnt: Da das Bild nicht zur Gänze zerstört ist, soll es jetzt das Doppelte, also zwei Millionen Pfund, wert sein – natürlich nur mit Rahmen. Falls alles nur Show war, hat man eine neue Methode gefunden, um Kunstpreise künstlich in die Höhe zu treiben. *tws*

Ohne NATO-Bündnisfall oder UN-Mandat

Deutschlands militärische Beteiligung am Kosovokrieg – Vor 20 Jahren erfolgte die Billigung des Bundestags

Im März 1999 nahmen deutsche Soldaten erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder an Angriffsaktionen gegen einen anderen souveränen europäischen Staat teil. Die politischen Voraussetzungen für diese verfassungsrechtlich höchst bedenkliche Aktion hatte ein Beschluss des Bundestages vom Oktober 1998 geschaffen.

Im Frühjahr 1998 eskalierten in der mehrheitlich von muslimischen Albanern bewohnten südserbischen Provinz Kosovo die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen serbischen Sicherheitskräften und der separatistischen Rebellenorganisation Ushtria Çlirimtare e Kosovës (UÇK, Befreiungsarmee des Kosovo). Anfang Juli kontrollierte die Albaner-Miliz bereits ein Drittel des Kosovo. Deshalb blies die Belgrader Regierung zur Gegenoffensive. Daraufhin ergriffen bis zu 300 000 Albaner die Flucht oder wurden vertrieben.

Obwohl sich die UÇK-Rebellen während der Kämpfe gleichfalls schwere Verbrechen an der gegnerischen Zivilbevölkerung zuschulden kommen ließen, sprach der UN-Sicherheitsrat in New York in seiner Resolution 1199 vom 23. September 1998 von einer „humanitären Katastrophe“, für die ausschließlich die serbische Seite verantwortlich sei. Daraus resultierte die Forderung an den Präsidenten der serbisch dominierten Bundesrepublik Jugoslawien, Slobodan Miloševic, die Offensive im Kosovo zu beenden. Diese wurde jedoch – nicht zuletzt zum Schutze der serbischen Minderheit – mit unverminderter Härte fortgesetzt. Deshalb beschloss der NATO-Rat am 8. Oktober 1998, „dass unter diesen außergewöhnlichen Umständen ... die Drohung mit und gegebenenfalls der Einsatz von Gewalt durch die NATO gerechtfertigt ist“, um „Frieden und Sicherheit in der Region“ wiederherzustellen.

Das heißt, es existierte kein explizites Mandat der Vereinten Nationen für eine militärische Intervention gegen Belgrad. Ebensowenig konnte sich die NATO auf den Bündnisfall berufen, da keines ihrer Mitglieder angegriffen worden war. Dennoch schloss sich die am 27. September 1998 abgewählte CDU/CSU-FDP-Bundesregierung unter Helmut Kohl der Auffassung des NATO-Rates an und initiierte eine eilige allerletzte Abstimmung des noch in alter Zusammensetzung tagenden Bonner Parlaments, um dessen Zustimmung zur deutschen Beteiligung „an den von der NATO geplanten ... Luftoperationen zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo-Konflikt“ zu erlangen. Die Abstimmung fand am 16. Oktober 1998 statt – zehn Tage, bevor sich der neue Bundestag mit seiner nunmehrigen rot-grünen Mehrheit konstituieren konnte. Von den 580 anwesenden Abgeordneten votierten 500 für den Antrag, 62 dagegen und 18 enthielten sich der Stimme – die meisten Nein-Sager gehörten dabei der PDS an. Gleichzeitig boykottierte der amtierende Bundesjustizminister Edzard Schmidt-Jortzig (FDP) das Verfahren, nachdem er seinen Protest gegen den von ihm als völkerrechtswidrig eingeschätzten Regierungsantrag zu den Akten gegeben hatte.

Kritiker machten zudem geltend, dass es demokratischer gewesen wäre, die Mitglieder des neugewählten Parlaments zur Abstimmung zu rufen. In diesem Fall hätte das Ergebnis aber wohl kaum wesentlich anders ausgesehen. Immerhin teilten die Spitzen von Rot-Grün ja die Auffassung, die Bundeswehr müsse an der Intervention im Kosovo teilnehmen. In der Weise äußerten sich der designierte Bundeskanzler Gerhard Schröder und sein designierter Außenminister Joschka Fischer bereits eine gute Woche nach der gewonnenen Bundestagswahl bei Geheimgesprächen im Weißen Haus gegenüber US-Präsident Bill Clinton.

Jedenfalls kam es zu keinem neuen Beschluss des Bundestages mehr, bis die NATO ab dem 24. März 1999 Ernst machte und mit der Bombardierung von Zielen in Serbien begann. An dieser Operation Allied Force (OAF, Unternehmen Bündnisstreitmacht) beteiligten sich deutsche Tornado-Kampfflugzeuge mit Aufklärungsflügen und der Ausschaltung serbischer Radarstellungen. Als konkreter Anlass diente nunmehr die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages von Rambouillet durch Miloševic.

Während der Luftangriffe mit 1200 Maschinen aus 14 NATO-Staaten, die bis zum 10. Juni 1999 andauerten, kam es zu zahlreichen sogenannten Kollateralschäden, wie man damals zynisch sagte. Unterschiedlichen Quellen zufolge starben zwischen 500 und 5700 Zivilisten. Dazu kam die Zerstörung oder schwere Beschädigung von wichtigen Infrastruktureinrichtungen sowie 480 Schulen, 110 Krankenhäusern und 176 Kulturdenkmälern, darunter 23 mittelalterliche Klöster. Dahingegen verlor die jugoslawische Armee wegen der militärischen Ineffektivität des Bombardements lediglich neun ihrer 1025 Panzer und 164 Mann.


Vor 20 Jahren, am 16. Oktober 1998, im Alten Wasserwerk: Bundestagssitzung zur Kosovo-Krise Bild: action press

Als die ersten Fernsehbilder von den zivilen Opfern und Schäden in Serbien in die deutschen Wohnstuben kamen, bemühten sich führende Politiker der Bundesrepublik darum, den Beschluss des Bundestages vom Oktober des Vorjahres in immer neuen Variationen zu rechtfertigen. Während der grüne Außenminister Fischer hochtrabend tönte, es gelte ein zweites Auschwitz zu verhindern und „für die Menschenrechte eines moslemischen Volkes“, nämlich der Kosovo-Albaner, zu streiten, wiederholte Bundeskanzler Schröder (SPD) die Behauptung von der „humanitären Katastrophe“, obwohl sachkundige Militärs wie der deutsche Brigadegeneral Heinz Loquai das Vorliegen einer solchen rundheraus verneinten. Dazu sprach Schröders Parteigenosse, Verteidigungsminister Rudolf Scharping, von „Völkermord“ und „Massakern“ durch die Serben. Den Beweis für seine Behauptungen blieb er schuldig – und später stellten sich die Vorwürfe auch vielfach als falsch heraus.

Nachdem Russland Miloševic schließlich die Unterstützung entzogen hatte, warf dieser das Handtuch. Daraufhin kam der Kosovo unter UN-Verwaltung. Die entsprechende Resolution 1244 des Sicherheitsrates vom 10. Juni 1999 sah ferner die Einrichtung einer multinationalen Kosovo-Truppe unter der Leitung der NATO vor, welche die Einhaltung der Waffenruhe und den Abzug der serbischen Streitkräfte kontrollieren sowie die Entwaffnung der albanischen Milizen durchführen sollte. Zu dieser Kosovo Force (KFOR, Kosovo-Truppe) gehörte auch ein deutsches Einsatzkontingent mit anfangs 6000 Soldaten. Dieses wurde bereits am 13. Juni 1999 erstmals in Kampfhandlungen mit serbischen Paramilitärs verwickelt. Seitdem starben 27 Bundeswehrsoldaten bei KFOR-Einsätzen.

Trotz ihrer Intervention konnten die NATO-Staaten bis heute keine nachhaltige Lösung des Kosovo-Problems erreichen. Weder ist der völkerrechtliche Status der Region einvernehmlich geklärt noch herrschen dort inzwischen sichere Verhältnisse. Ungeachtet dessen – oder vielleicht auch gerade deshalb – mehren sich hierzulande nun die Rufe nach einem Abzug des deutschen KFOR-Kontingents bis Ende 2019.

Wolfgang Kaufmann

Vater gleich zweier Automarken

Vor 150 Jahren wurde der Audi-Gründer August Horch in der preußischen Rheinprovinz geboren

Nur wenige können von sich sagen, wie August Horch gleich zwei bedeutende, nach ihm benannte Automobilmarken erschaffen zu haben. Und dennoch war Horchs unternehmerische Tätigkeit eher weniger erfolgreich. Dafür war er als Automobilkonstrukteur umso begnadeter.

Eigentlich hat der am 12. Oktober 1868 in Winningen bei Koblenz geborene Junge ja wie der Vater Schmied werden sollen. Und er absolviert im elterlichen Betrieb auch eine entsprechende Ausbildung. Da ihn Technik aber viel mehr reizt als die Aussicht, den väterlichen Betrieb zu übernehmen, und er auch von der Konstitution her für diesen schweren Beruf ungeeignet ist, münden die Wanderjahre, in denen er sich in den unterschiedlichsten Berufen ausprobiert, schließlich in einem Maschinenbaustudium am Technikum Mittweida. Nach drei Jahren Studium ist der Volksschüler Ingenieur.

In der Ausübung dieses Berufes findet Horch schließlich zum Automobilbau. 1896 kommt er zum Automobilpionier Carl Benz, der ihm bereits nach vier Monaten mit der Produktion des Benz Velo, des ersten in Serie produzierten Autos der Welt, betraut. Doch typisch Techniker interessiert ihn weniger das betriebswirtschaftlich Vernünftige als das technisch Machbare. Er strebt nach leistungsfähigeren Automobilen.

Die diesbezüglichen Meinungsverschiedenheiten mit dem Arbeitgeber erweisen sich als unüberbrückbar, und Horch gründet 1899 in Köln-Ehrenfeld mit Horch & Cie. sein erstes eigenes Unternehmen. Seine Autos sind Innovationsträger. Sein erstes Modell aus dem Jahre 1900 nutzt erstmals eine Kardanwelle für die Kraftübertragung. Sein 1903 präsentiertes Model 3 ist das erste deutsche Auto mit Vierzylindermotor. 1907 folgt das erste Modell mit sechs Zylindern.

Das alles ist kapitalintensiv. Einen Geschäftspartner und auch persönlichen Freund findet Horch in dem vermögenden Kaufmann und Unternehmer Friedrich Paul Fikentscher aus Zwickau. Beide wandeln Horchs Unternehmen 1904 in eine Aktiengesellschaft mit Sitz in Zwickau um.

In der sächsischen Stadt erleidet Horch schließlich ein ähnliches Schicksal wie zuvor schon bei Benz in Mannheim. Als Konstrukteur wird der ambitionierte Ingenieur geschätzt, als Betriebswirt weniger. 1909 kommt es zu einer außerordentlichen Aufsichtsratssitzung des Unternehmens, das seinen Namen trägt, aber von dem er selber nur wenige Anteile besitzt. Von ihm wird gefordert, den Geschäftsführerposten zu räumen und sich auf das Konstruieren zu konzentrieren. Das will Horch nicht, und er geht.



Am Steuer eines seiner Autos im Jahre 1905: August Horch Bild: Imago

Mit ehemaligen Mitarbeitern, Friedrich Paul Fikentscher sowie dessen Neffen Franz Fikentscher gründet er unweit des bestehenden 1909 ein neues Automobilunternehmen, die August Horch Automobilwerke. Naheliegenderweise kommt es zu einem Rechtsstreit zwischen den beiden Gründungen Horchs um dessen Namen. Horch unterliegt. In dieser Situation kommt Franz Fikentschers Sohn Heinrich, der auf dem Gymnasium Latein hat, auf die Idee, auf die lateinische Übersetzung von „horch“ und „höre“, nämlich „audi“, auszuweichen. 1910 werden die August Horch Automobilwerke umbenannt, und der erste Audi wird gebaut.

Im Ersten Weltkrieg muss auf Kriegsproduktion umgestellt werden. Horch reizt es weniger, bei Audi die Produktion von Minenwerfern und dergleichen zu managen. Stattdessen beteiligt er sich lieber an der Konstruktion des ersten deutschen Panzers, des A7V, der nicht etwa bei Audi, sondern bei der Daimler-Motoren-Gesellschaft sowie dem Braunschweiger Lkw- und Omnibushersteller Büssing entsteht. Die Entfremdung von Audi setzt sich nach Kriegsende fort. 1920 wechselt Horch vom Vorstand in den Aufsichtsrat.

Obwohl bei Kriegsende erst 50 Jahre alt, ist Horch in den folgenden Jahrzehnten bis zu seinem Tode kaum noch innovativ tätig. Er zehrt von seinem Ruhm, sammelt Ehrenämter, betätigt sich als Gutachter und Berater. Der „öffentlich angestellte und beeidigte Kraftfahrzeug-Sachverständige für Kraftfahrzeuge aller Art im Bereich der Industrie- und Handelskammer zu Berlin“ und „beeidigte Sachverständige für das Kammer- und Landgericht Berlin“ wird Mitglied der Rennleitung für das erste Avus-Rennen, Aufsichtsratsmitglied der „AUKA“ zur Koordinierung der Automobilausstellung 1923, Leiter des Normenausschusses der Deutschen Industrie, Präsident der Deutschen Verkehrswacht und Ausschussleiter der Außenhandelsstelle für Fahrzeuge. Nachdem 1932 auf staatlichen Druck hin die sächsischen Automobilhersteller Audi, Horch, Wanderer und DKW sich unter dem heutigen Audi-Zeichen, den vier verschlungenen Ringen, zur Auto Union zusammengeschlossen haben, wird Horch 1933 deren Aufsichtsratsmitglied.

Da herrschen in Deutschland bereits die Nationalsozialisten. Da Adolf Hitler der Automobilbau ein Herzensanliegen ist, steigt in der NS-Zeit noch das Renommee des deutschen Automobilbaupioniers. Obwohl kein Parteigenosse, droht für Horch diese Wertschätzung nach Kriegsende zur Belastung zu werden. Sicherheitshalber flieht er wenige Monate nach der Besetzung durch die Rote Armee von Sachsen in den Westen nach Oberfranken. Als im Westen die Geschichte der Auto Union weitergeht, wird Horch wieder in ihren Aufsichtsrat berufen. Mittellos, aber hochgeehrt, stirbt der begnadete Automobilkonstrukteur, aber glücklose Unternehmer am 3. Februar 1951 im oberfränkischen Münchberg.

Manuel Ruoff

Die Blauen Zwerge halfen in der Krise

»Notopfer Berlin«: eine gern gezahlte Sondersteuer, die ebenfalls erst verspätet ein Ende fand



Bild: pa

Vor 20 Jahren bei einer Jubiläums-Ausstellung in Alfeld an der Leine: Der damalige Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Notopfer- und Wohnungsbaumarken im Bund Deutscher Philatelisten (BDPh), Reinhold Henke, mit ungestempelten Bögen der Steuermarke

Die „Blauen Zwerge" sollten die guten Geister der Berliner Bevölkerung werden. Vor 70 Jahren, am 8. November 1948, beschloss der Wirtschaftsrat der Bizone das „Notopfer Berlin" für den Wiederaufbau der geteilten Stadt.

Rosinenbomber donnerten über West-Berlin hinweg und landeten im Drei-Minuten-Takt auf dem Flugplatz Tempelhof, als die Mitglieder des Wirtschaftsrats in der Frankfurter Börse zusammenkamen. Es ging um eine Entscheidung, die das Überleben der West-Berliner Bevölkerung sichern sollte. Die Sowjets hatten alle Land- und Wasserwege in die zerbombte Stadt gesperrt und die Bewohner in Geiselhaft genommen. Vorgeblicher Anlass für die Wut Josef Stalins war die Währungsreform mit der Einführung der D-Mark auch in West-Berlin. Seit dem 24. Juni 1948 versorgten die Alliierten nun, vor allem die Vereinigten Staaten, Berlin aus der Luft mit dem, was eine Stadt mit rund zwei Millionen Einwohnern brauchte.

Die westlichen Siegermächte verlangten, dass auch die Deutschen sich an den enormen Kosten der Luftbrücke beteiligten. Wie sollte das geschehen? Viele Deutsche hatten Hab und Gut im Krieg verloren, die Arbeitslosigkeit war hoch. Aber alle konnten trotzdem zur Versorgung der eingeschlossenen Stadt beitragen: mit einer sehr geringen Sondersteuer. Das Notopfer Berlin, das der Wirtschaftsrat mit seinem Direktor Ludwig Ehrhard im Westflügel des Börsensaals beschloss, war eine kleine blaue Steuermarke im Wert von zwei Pfennig, nicht einmal halb so groß wie eine reguläre Briefmarke. Sie musste künftig neben dem üblichen Porto von 20 Pfennig für einen Standardbrief und zehn Pfennig für eine Postkarte aufgeklebt werden. Briefsendungen nach und von West-Berlin waren ausgenommen, ebenso wie solche in die Sowjetzone. Die „Blauen Zwerge" sollten den „Roten Riesen" in Moskau besiegen wie David in der Bibel den Goliath.

Das „Gesetz zur Erhebung einer Abgabe Notopfer Berlin" wurde in aller Eile umgesetzt. Die Druckereien August Wegener in Alfeld an der Leine und Georg Westermann in Braunschweig legten Sonderschichten ein, um die Notopfermarken schnell an die Postschalter zu bringen. Auf Genauigkeit kam es dabei nicht an. Viele Drucke waren fehlerhaft, die Farbe variierte von hell- bis dunkelblau. Die Bögen mit jeweils 200 Marken waren anfangs nicht gezähnt und mussten von den Schalterbeamten mit der Schere auseinandergeschnitten werden. Für den Verkauf erhielt die Post 2,25 Prozent der Sondersteuer. Die Bizone, der US-amerikanische und der britische Sektor, machte am 1. Dezember 1948 den Anfang. Erst später schloss sich der französische Sektor an: Württemberg-Hohenzollern am 10. Januar 1949, Rheinland-Pfalz am 1. Februar und Baden ab dem 1. Juli desselben Jahres. Das Notopfer Berlin war und ist wohl die einzige Steuer, welche die Deutschen gern entrichteten, aus Solidarität mit der eingeschlossenen Stadt. Bis zur Abschaffung der Sonderabgabe am 31. März 1956 wurden 16 Milliarden Marken gedruckt. Bei den Blauen Zwergen bewahrheitete sich die Volksweisheit, dass Kleinvieh auch Mist macht. Der zusätzlich erhobene Zuschlag zur Einkommensteuer brachte schon im ersten Jahr 20,6 Millionen D-Mark, 1949 49 Millionen und 1950 50,5 Millionen ein. Insgesamt betrug der Erlös aus dem Notopfer 430 Millionen D-Mark.

Da die Blockade West-Berlins sich als gigantischer Schlag ins Wasser erwiesen hatte, rächte sich die DDR mit postalischen Schikanen, dem sogenannten Postkrieg. Sendungen mit der kleinen Zwei-Pfennig-Marke wurden nicht an die Adressaten befördert oder mit dem Stempel „Marke unzulässig" zurückgeschickt. Später kapitulierte die Post vor der selbstverschuldeten Mehrarbeit und strich die Nothilfemarken einfach durch.

Ursprünglich war die Erhebung der Sondersteuer nur für einen kurzen Zeitraum geplant, aber nach Ende der Blockade im Mai 1949 stellten die USA ihre Zuschüsse für den West-Berliner Haushalt ein. Der erste Kanzler der jungen Republik, Konrad Adenauer, setzte gegen einigen Widerstand im Parlament die Fortführung des Notopfers durch. Ab dem 1. Januar 1950 galt es für das gesamte Bundesgebiet. Zusätzlich beschloss die Bundesregierung zwei Monate später ein Berlinförderungsgesetz. Um die Wirtschaft anzukurbeln und Arbeitskräfte aus dem Westen in die Stadt mit ihrer schwierigen Situation zu locken, wurden verschiedene Steuererleichterungen eingeführt, unter anderem ein Wegfall der Umsatzsteuer. Das „Gesetz zur Förderung der Wirtschaft von Groß-Berlin (West)" erhielt nach diversen Neufassungen den Titel Berlinbeihilfe.

Die unterschiedlichen und fehlerhaften Drucke der Notopfermarken sind ein reiches Betätigungsfeld für Philatelisten. Wer glaubt, eine Blaue Mauritius im Miniformat in seiner Sammlung zu haben, wird wohl enttäuscht. Die meisten Marken bringen es nur auf wenige Cent oder auch mal einen Euro. Sie werden neben gebrauchten Kameras, Nachttöpfen aus der Zeit des Jugendstils und Tellern des ehemals beliebten Musters „Maria Weiss" von Rosenthal bei Ebay angeboten, zuzüglich Porto für die Zustellung. Interessante Preise erzielen die wenigsten. Die Arbeitsgemeinschaft Notopfermarken im Bund deutscher Philatelisten empfiehlt ein vom Verein herausgegebenes Buch als „unentbehrliches Hilfsmittel" für Sammler und Händler zur Einordnung der auflagenstärksten Marken in den ersten Nachkriegsjahren. Die wahren Schätzchen müssen folgende Kriterien erfüllen: Das „N" von „Notopfer" darf nicht spitz, sondern muss stumpf sein, der Abstrich vom „R" muss flach sein, und die Buchstaben „BERLIN" müssen regelmäßig fett sein. Wenn dann noch das dritte „E" von „STEUERMARKE" bündig mit der darüber liegenden Zeile abschließt, besteht Hoffnung, vorausgesetzt allerdings, dass die Marke „ungebraucht, postfrisch erhalten" ist. Eine Rolle spielen auch bei den ersten Ausgaben die amtlichen „Trennungsmaßnahmen" (vom Postmeister mit Schere) und die nichtamtlichen (vom Versender, auch mit Schere). Der Katalogwert einer echten Rarität liegt zwischen 80 und 150 Euro, ein sagenhafter prozentualer Gewinn zu Zeiten des Niedrigzinses. Der lässt selbst den gewieftesten Börsenspekulanten vor Neid erblassen. *Klaus J. Groth*

Als die USA Krieg gegen die Briten planten

Auf die Weigerung Londons zur Abrüstung reagierte Washington 1930 mit dem »War Plan Red«

Um nach dem Ersten Weltkrieg einer Fortsetzung des unseligen Wettrüstens zur See Einhalt zu gebieten, lud die seit 1920 republikanische und damit eher isolationistische und defensive US-Regierung 1921 Vertreter der führenden Seemächte Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan zu einer Konferenz in die US-Hauptstadt mit dem Ziel, die Aufrüstung zur See zu begrenzen. Das Ergebnis war der 1922 abgeschlossenen Washingtoner Flottenvertrag. In ihm wurde das bestehende Stärkeverhältnis der beteiligten Länder bei Großkampfschiffen eingefroren.

Da der Bau von Großkampfschiffen nun begrenzt war, wichen Washingtons Vertragspartner auf den vermehrten Bau von Kreuzern aus. Um auch deren Bau zu beschränken, lud der republikanische US-Präsident Calvin Coolidge zu einer weiteren Flottenrüstungskonferenz ein, diesmal in die neutrale Schweiz nach Genf. Doch die Konferenz scheiterte nicht zuletzt daran, dass die Vereinigten Staaten die vom Vereinigten Königreich (UK) geforderte hohe Anzahl von Kreuzern nicht akzeptieren wollten, die diese zum Schutz der Handelswege zwischen den Teilen ihres weit verzweigten Imperiums beanspruchten.

Nach dem Scheitern der Genfer Verhandlung begann das US-amerikanische Militär, Pläne für einen Krieg mit dem aufrüstenden britischen Weltreich zu entwickeln. Gemäß dem sogenannten War Plan Red (Kriegsplan Rot) sollte gleich zu Beginn eines Krieges gegen Großbritannien ein groß angelegter Giftgasangriff und die Besetzung der Stadt Halifax auf der dem kanadischen Festland vorgelagerten Insel Neuschottland erfolgen. So sollte die Seeverbindung zwischen dem britischen Mutterland und dessen amerikanischem Dominion abgeschnitten und den Briten die Möglichkeit genommen werden, von Halifax aus ihre Flotte vor der nordamerikanischen Küste einzusetzen.

Gleichzeitig beabsichtigten die US-Amerikaner, mit ihrem Heer in den Nordosten Kanadas vorzustoßen und alle bedeutenden Städte zu besetzen. Ebenso sollte es dem britischen Militär durch die Eroberung der Stadt Vancouver im Nordwesten unmöglich gemacht werden, an der Westküste zu landen. Die Operationen waren auf die westliche Hemisphäre begrenzt.

Ein Angriff auf das britische Mutterland selbst war nicht vorgesehen. Allerdings war beabsichtigt, die Royal Navy in Seegefechte in der Karibik und im Nordatlantik zu verwickeln, um sie nach Möglichkeit weitestgehend aufzureiben.

Der War Plan Red blieb bis 1974 unter Verschluss. Erst vor wenigen Jahren wurde er durch Zufall von dem US-amerikanischen Journalisten Peter Carlson entdeckt und der Öffentlichkeit bekannt gemacht.

Mitnichten war der Kriegsplan Rot nur ein von einigen hitzköpfigen Generalstabsoffizieren im stillen Kämmerlein ausgetüfteltes Sandkastenspiel. Vielmehr wurde der Entwurf von Marineminister Charles Francis Adams III und Kriegsminister Patrick J. Hurley 1930 genehmigt und damit zur offiziellen Militärdoktrin der USA.

An der Grenze zu Kanada bauten die US-Amerikaner in der Folge mehrere Flugplätze und Forts. 1935 hielten sie dort das größte bislang durchgeführte Manöver in der US-Geschichte ab.

Mit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs stellten die US-Amerikaner die Weiterentwicklung des Planes ein. Mit dem Leih- und Pachtgesetz machte Präsident Franklin D. Roosevelt 1941 den Weg für militärische Hilfe an das mit dem Rükken zur Wand stehende Großbritannien frei. Allerdings nicht, ohne sich zahlreiche britische Militärbasen in Kanada und der Karibik übereignen zu lassen. So erreichte die US-Politik auf friedlichem Wege einige der militärischen Ziele des Kriegsplans Rot.

Die Kredite, welche die Briten bei den US-Amerikanern im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg aufnehmen mussten, konnten erst 2006 vollständig von London zurückgezahlt werden. Ihr Empire hatten die Engländer schon Jahrzehnte zuvor verloren. *Dirk Pelster*

Eine Walhalla für die Bayern

Analog zur Walhalla in Regensburg für bedeutende Persönlichkeiten „teutscher Zunge" schuf der baufreudige Bayernkönig Ludwig I. ein entsprechendes Bauwerk für „ausgezeichnete Bayern". Kaum war die Erbauung der Walhalla mit deren Eröffnung am 18. Oktober 1842 erfolgreich abgeschlossen, wurde am 15. Oktober 1843 mit der Grundsteinlegung der Bau der Ruhmeshalle begonnen. Mit Regensburg wurde die Stadt des Immerwährenden Reichstages, der Ständevertretung im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation, als Standort für die Walhall gewählt; mit München die Hauptstadt Bayerns als Standort für die Ruhmeshalle.

Walhalla wie Ruhmeshalle liegen sehr repräsentativ hinten und seitlich von Wald umkränzt an einem Hang. Mit beiden Hallen bewies der Bayer Ludwig I. die Fähigkeit zum Blick über den Tellerrand hinweg. Die Walhalla enthält ihrer Bestimmung gemäß auch Marmorbüsten von Nichtbayern; bei den Büsten der Ruhmeshalle sind sogenannte Beutebayern, also Franken, Schwaben oder Pfälzer, gegenüber den Altbayern überrepräsentiert. Beide Gebäude erinnern an Tempelbauten des von Ludwig so geliebten antiken Griechenland. Beide stammen von Ludwigs klassizistischem Hofarchitekten Leo von Klenze.

Ungeachtet der vielen Parallelen und der analogen Aufgabenstellung, Büsten bedeutender Persönlichkeiten aufzunehmen, sollte die Ruhmeshalle explizit kein Abklatsch der Walhalla werden. „... eine Kopie der Walhalla darf dieses Gebäude nicht werden, sind ja auch, so viele dorische Tempel es auch gab, keine Kopie des Parthenons gewesen", lautete die einzige Vorgabe für die Halle, die oberhalb der Theresienwiese 200 Büsten Platz bieten sollte. Folgerichtig erhielt Klenze auch nicht automatisch den Auftrag für den Bau. Vielmehr wurde wie 1814 für die Walhalla 1833 für die Ruhmeshalle ein Architekturwettbewerb ausgeschrieben. Ungeachtet der erklärten Ablehnung einer Kopie machte jedoch Klenze abermals das Rennen.



Bild: Bild: auf wikivoyage shared

Ruhmeshalle in München

Der Hofarchitekt stand vor der Herausforderung, mindestens einen wesentlichen Unterschied gegenüber der Walhalla zu bieten. Die Ausschreibung für die Walhalla hatte explizit eine rechteckige Säulenhalle vorgesehen. Diese Vorgabe gab es für die Ruhmeshalle nicht, und so verzichtete Klenze auf die Rechteckigkeit. Stattdessen schlug er einen dreiflügeligen Bau um eine monumentale Darstellung der Bavaria, der weiblichen Verkörperung Bayerns, vor.

Ludwig I. entschied sich 1834 für den Entwurf seines Hofarchitekten. Zum einen war dieser günstiger zu realisieren als die der ebenfalls zur Teilnahme am Wettbewerb eingeladenen Architekten Friedrich von Gärtner, Joseph Daniel Ohlmüller und Georg Friedrich Ziebland. Zum anderen faszinierte ihn die von Klenze vorgesehene Bavaria. „Nur Nero und ich können solche Kolosse erbauen", schrieb er nach seiner Entscheidung für Klenzes Entwurf. Drei Jahre nach der über 18 Meter hohen und fast 88 Tonnen schweren Bronzestatue der Bavaria wurde die sie umgebende Ruhmeshalle 1853 eingeweiht. Mit zehn Jahren lag deren Bauzeit zwei Jahre unter der der Walhalla. *M.R.*

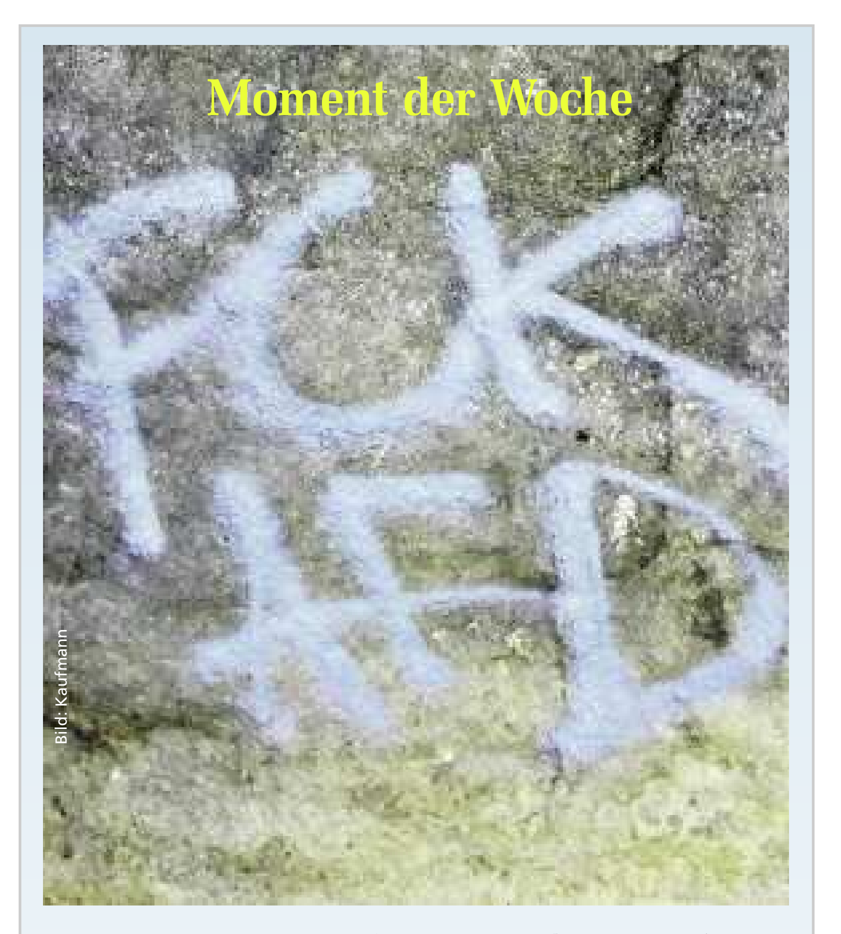


Bild: Kaufmann

In jüngster Zeit tauchen in der Sächsischen Schweiz verstärkt hässliche Graffiti auf, welche direkt an die empfindlichen Sandsteinfelsen des Nationalparks gesprüht wurden – so auch in unmittelbarer Nähe der weltberühmten Bastei.

Für Naturfreunde und die Behörden stellen solche kaum zu entfernenden „Kunstwerke“ ungeheure Ärgernisse dar. Gleichzeitig rätselt man, wer die Täter wohl seien, denn fassen konnten die Parkranger bisher keinen. Im Falle der Vandalen, von denen diese Schriftzüge in einer Felsschlucht zwischen Pirna und Wehlen stammen, dürfte aber klar sein, wes Geistes Kind sie sind. Das verraten die Antifa-Symbole und szenetypischen vulgären Kürzel „F(u)ck N(a)z(i)s“ und „F(u)ck AFD“.

Antifa beschädigt wertvolles Naturerbe

W.K.

Die Ämter leeren sich

Politische Fehlentscheidungen treiben den Öffentlichen Dienst in massive Personalnot

Wer sich mit den Mängeln und Fehlentscheidungen in einem Staat befasst, der läuft leicht Gefahr, allein Regierung und Parlament in den Blick zu nehmen. Dabei wird die Rolle des Verwaltungsapparats oft unterschätzt. Neben den obersten politischen Organen ist es nämlich vor allem die Verwaltung, die das Funktionieren eines Gemeinwesens ausmacht.

Auch wenn viele Bürger gelegentlich über die Bequemlichkeit von deutschen Beamten scherzen oder den Kopf über einzelne, besonders abstruse Auswüchse der Bürokratie schütteln, so herrscht hierzulande immer noch ein sehr großes Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung von Bund, Ländern und Kommunen vor. Bei näherem Hinsehen zeichnen sich hier jedoch schon deutlich erste Erosionserscheinung ab.

Bald rollt eine riesige Pensionierungswelle, Ersatz kaum in Sicht

In der öffentlichen Wahrnehmung wird dies zumeist auf die Personaleinsparungen der vergangenen beiden Jahrzehnte zurückgeführt. Auch wird in den politischen Debatten um fehlende Lehrer und Polizisten meist nur die reine Zahl der benötigten Mitarbeiter diskutiert. Das Problem sitzt jedoch sehr viel tiefer. Jahrelang haben die öffentlichen Verwaltungen nur unzureichend Nachwuchs ausgebildet. Dies hat zu einer drastischen Überalterung des Personalbestandes geführt.

Allein in der Hauptstadt Berlin soll in den kommenden fünf Jahren rund ein Drittel der Landesbeamten und Tarifangestellten in den Ruhestand gehen. Selbst dann, wenn plötzlich die notwendigen Finanzmittel bereitgestellt würden, ließen sich diese Kräfte nicht ohne Weiteres ersetzen. Bereits heute wird Mitarbeitern in den öffentlichen Verwaltungen die Möglichkeit eingeräumt, auch über das Renteneintrittsalter hinaus freiwillig weiter zu arbeiten.

Ein weiterer Grund für die Personalprobleme im Öffentlichen Dienst ist die fehlende Attraktivität der Stellen. Hier war es lange gängige Praxis, freigewordene Amtsposten tariflich neu zu bewerten und dann schlechter zu bezahlen. Die Akademikerschwemme am Beginn des vergangenen Jahrzehnts eröffnete dem Staat die Möglichkeit, gut qualifizierte Kräfte als Quereinsteiger einzustellen, aber unterwertig zu vergüten.

Gerade für Stellen in der Leistungsverwaltung wurden Juristen gesucht und auch nur Juristen eingestellt. Entlohnt hat man diese allerdings nicht nach den Besoldungsregeln für den höheren, sondern lediglich nach denen für den gehobenen Dienst.

Diese Zeiten sind zwar vorbei. Doch für gut ausgebildete und leistungsbereite Fachkräfte ist der Öffentliche Dienst – angesichts des derzeit guten Arbeitsmarktes – dennoch keine ernsthafte Alternative mehr. Bewerber, die sich noch für eine Anstellung beim Staat interessieren, treibt vor allem das Bedürfnis nach einem sicheren Arbeitsplatz an. Aus diesem Grund finden überwiegend Frauen den Weg in bundesdeutsche Amtsstuben. Ihr Anteil liegt aktuell bei rund 60 Prozent.

Durch Gesetze und politische Vorgaben werden Frauen ohnehin systematisch bevorzugt, obwohl sie häufiger in Teilzeit arbeiten und auch häufiger krank sind als ihre männlichen Kollegen. Die von jeder Behörde zu erstellenden Gleichstellungspläne verlangen, dass Frauen bei der Besetzung von Führungspositionen besonders gefördert werden und dass zugleich auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie geachtet wird. Es kommt daher heute durchaus vor, dass eine Amtsleiterin sich bereits um zwölf Uhr in den Feierabend verabschiedet, um ihr Kind von der Schule abzuholen.

Während es auf der einen Seite an Anreizen für motivierte Mitarbeiter mangelt, ist es im Öffentlichen Dienst kaum möglich, sich von leistungsunwilligen Bediensteten zu trennen. Diese werden in der Regel durchgeschleppt und ihre Arbeit muss von ihren Kollegen miterledigt werden, was bei letzteren zu zusätzlicher Frustration führt.

Frauenbevorzugung demotiviert männliche Kollegen

All diese mannigfachen Fehlsteuerungen zeigen nun erste Auswirkungen. In einzelnen Bereichen der Verwaltung kann die anfallende Arbeit nur mühsam und mit erheblichen Verzögerungen aufrechterhalten werden. In den kommenden drei bis fünf Jahren wird sich die Situation noch einmal erheblich und für jedermann spürbar verschärfen.

Dirk Pelster

Der nächste Angriff auf die deutsche Sprache

Zerstörerische Ideologen vollenden ihr Werk: Dem Desaster der Rechtschreibreform soll nun der »Gender«-Wahn folgen

Wenn es nach Justizministerin Katarina Barley (SPD) geht, sollen die Deutschen demnächst das „Gendersternchen“ benutzen müssen. So droht der deutschen Sprache ihre weitere Zerrüttung.

Keinem Element des demokratischen Diskurses kommt eine so große Bedeutung zu wie der Sprache und der Schriftsprache. Durch sie findet jeglicher Gedankenaustausch statt. Leider machen sich viele sonst durchaus aufgeklärt-kritische Zeitgenossen hinsichtlich der Verwendung dieses wichtigsten Instruments der Kommunikation nicht viele Gedanken. In ihrem Schreibgebrauch sind sie vielmehr auch nur Spiegelbild und Ausdruck der Misere.

Auch durchaus sprachsensible Kritiker verwenden durchweg nur die eine oder andere Variation der ab 1996 „reformierten“ Schreibungen. (So auch die *Preußische Allgemeine Zeitung*, die 2009 im Zuge der allgemeinen Umstellung die „neue Rechtschreibung“ übernommen hat.) Meist aber wird eine der in einem heillosen Durcheinander entstandenen diversen Mischformen verwendet. Es gibt somit keine Alternative mehr in unserer fehlgesteuerten Republik.

Einheitlich getrimmte Politiker erweisen sich indessen als willens, die Schädigung der Sprachkultur einen weiteren Schritt voranzutreiben. Im Sinne der Ideologie des Gender-Mainstreaming unternehmen sie zurzeit erste Schritte, um uns abwegige Schreibungen wie beispielsweise Bauarbeiter*innen oder Atomphysiker*innen aufzuzwingen. Vorreiterin ist unter anderem Justizministerin Katarina Barley (SPD). Im Berliner „Tagesspiegel“ forderte sie am 19. Mai von den Deutschen, fortan das „Gendersternchen“ zu verwenden.

Mit der leserfeindlichen, sogenannten „Heyseschen s-Schreibung“ (Messergebnis anstatt Meßergebnis) wurde 1996 ein erster Gesslerhut zur Durchsetzung dieser Reform aufgestellt. Anhand der seinerzeit eingeführten Unterscheidung zwischen Doppel-s- und ß-Schreibung lässt sich die Unterwerfung eines Textverfassers unter das Reformdiktat von 1996 leicht nachweisen beziehungsweise kontrollieren. Durch die Einführung einer „geschlechtergerechten“ Schreibung („Gendersternchen“) soll nun ein neuer Gesslerhut geschaffen und die Willfährigkeit der Bürger gegenüber einer von allen guten Geistern verlassenen Nomenklatura einen weiteren Schritt vorangetrieben werden.

Die derzeitigen Umtriebe zur Einführung des „Gendersternchens“ wären wohl nicht möglich gewesen, wenn die Orthographie der Sprachgemeinschaft nicht zuvor in die Verfügungsgewalt des Staates überführt worden wäre. Bis 1996 war es so, dass die große Zahl kompetenter Vielschreiber – Schriftsteller, Journalisten, Professoren – den Schreibgebrauch mitbestimmte. Die Orthographie war elitär im Sinne von Qualität (Leserfreundlichkeit) und egalitär in dem Sinne, dass die große Zahl der Sprachkompetenten fast unmerklich an der Entwicklung der Rechtschreibung mitwirkte.

Wie bereits bei den ersten Reformansätzen durch die Zweite Orthographische Konferenz im Jahr 1901 bestanden die späteren sprachlichen Neuerungen vornehmlich in der Anerkennung von Schreibungen, die sich als leserfreundlich eingebürgert hatten. Diese Schreibungen verstießen also nicht gegen grammatische, phonetische und etymologische Regeln. Ein Beispiel: Unter dem Einfluss des Griechischen war es lange üblich, häufig einem „t“ ein „h“ folgen zu lassen, beispielsweise „thun“ für heute „tun“. In Wörtern wie „Thron“ oder „Thunfisch“ haben sich bis heute einige solcher – durchaus leserfreundlichen – Schreibungen erhalten. Sprachwissenschaftler befanden indessen bald, dass viele Wörter mit Schreibungen ohne „h“ wie „tun“ leserfreundlicher sind und dabei nicht gegen Logik oder Sprachregeln verstoßen. Die Schreibung „tun“ bürgerte sich ein, das „h“ wurde offiziell als „sprachunökonomisch“ und überflüssig klassifiziert. So kam das „h“ bei Wörtern außer Gebrauch, bei denen es semantisch keine zusätzlichen relevanten Informationen zur Verfügung stellt, wie dies beispielsweise bei manchen Fremdwörtern wie „Thermometer“ der Fall ist.

In dieser Art und Weise fanden also zwischen 1901 und 1996 „Sprachreformen“ statt. Ein Vorteil dieser Entwicklung war, dass es nie zu einem Bruch in der orthographischen Entwicklung kam. Ältere Rechtschreibungen wurden auf diese Weise nie wirklich falsch, sondern galten lediglich als veraltet.

Ähnlich wie bei der im Jahr 1996 erfolgten staatlichen Usurpation der Schreibung leiten sich auch die derzeitigen Gender-Bestrebungen nicht von einem freiheitlichen und demokratisch geerdeten Kulturbewusstsein ab, sondern aus einer ideologisch begründeten Verachtung des Demokratiegedankens und einer gewachsenen Hochkultur. Mangelhaftes Verständnis von Sprache sowie Voreingenommenheit sind Kennzeichen solcher Reformbestrebungen. Die „reformierten“ Schreibungen von 1996 sind großenteils nicht nur leserfeindlich, sondern vielfach auch sprachlich falsch, beispielsweise „heute Abend“: grammatisch falsch; er „schi-ckte“: phonetisch falsch; „Zierrat“: etymologisch falsch. Nicht unähnlich der im Dritten Reich vor allem durch Reichskultusminister Bernhard Rust betriebenen, aber nicht mehr eingeführten „Rechtschreibreform“ erscheinen auch die heutigen Bestrebungen wie der Ausdruck eines totalitären Weltbildes. Einen Kulturbruch nahm man 1944 und 1996 nicht nur bewusst in Kauf. Man wollte ihn. Auch heute wollen irregeleitete Ideologen einen „neuen Menschen“ schaffen. Wieder soll das Volk nicht Subjekt sein, wieder soll es Objekt eines gesellschaftlichen Umbaus werden. Eine politisch korrekte, in Wirklichkeit aber beschädigte Sprache soll dabei helfen, einen „neuen“, „gegenderten“ Menschen zu schaffen.

Die derzeit betriebene Einführung des „Gendersternchens“ dürfte vor allem über Schulen und Universitäten weiter vorangetrieben werden. Schon 1996 sprach man ungeniert von „Instrumentalisierung“ und „Geiselnahme“ der Jugend. Solches wird sich wiederholen, wenn es der Sprachgemeinschaft nicht gelingt beziehungsweise wenn sie nicht den Willen dazu aufbringt, der zerstörerisch-närrischen Usurpation der Sprache, hinter der ein Heer von Ideologen steht, ein Ende zu setzen.

Immerhin offenbaren die „Sprachreformen“ von 1996 und heute zumindest auch einen positiven Effekt. Sie vermitteln Erkenntnisgewinn darüber, welche Folgen und Ausmaße Dilettantismus und Ideologie haben können, wenn sie sich verbünden und an die Hebel der Macht gelangen. Nur bemerken dies heute vermutlich leider noch weniger Zeitgenossen als 1996.

Nach Joachim Fest hat auch Johannes Groß darauf hingewiesen, dass die Sprache die moralischen Standards einer Gesellschaft widerspiegelt. Das betrifft auch die wissenschaftlichen Standards. Vor etwas mehr als zwei Jahrzehnten hatte die Orthographie insgesamt in ihrer semantischen Leserfreundlichkeit noch die Präzision eines Hochleistungsinstruments. Heute, mit ungezählten Ungereimtheiten, Ausnahmen, Falschschreibungen und über 1000 Varianten, ähnelt sie eher einem behelfsmäßig und grob zurechtgeschlagenen Faustkeil. Die Form verweist auf den Inhalt. Die Entwicklung der staatlich regulierten beziehungsweise deregulierten Orthographie und der Niedergang der Schreibkompetenz verlaufen synchron zum Niedergang auf vielen anderen kulturellen Gebieten.

Statt sich entwickeln zu können, wird Sprache verordnet

Man muss aber weiterhin darauf hoffen, dass die reformierischen Kräfte sich auch das zentrale Kulturgut einer einheitlichen und leserfreundlichen Rechtschreibung als wichtiges Anliegen auf die Fahnen schreiben. Klarheit, Leserfreundlichkeit, Wissenschaftlichkeit und gleichzeitig Nähe zum Volk, wo es sich von seiner besten Seite zeigt, darum geht es – eine Signalwirkung wird hoffentlich von einer energisch betriebenen Heilung der Rechtschreibwunde ausgehen.

Otto Hiller von Gaertringen



Treibende Kraft: Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) Bild: Imago

Das Ostpreußenblatt

Nr. 41 – 12. Oktober 2018

MELDUNGEN

US-Soldaten als Angelsieger

Arys – US-Amerikanische Soldaten siegten haushoch beim Ersten Internationalen Angel-Wettbewerb auf dem Arys-See bei Stollendorf, den die Stadt Arys für die Soldaten der NATO-Kampfgruppe der polnischen 15. Mechanisierten Brigade ausgerichtet hatte. 15 Mannschaften aus den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Kroatien, Rumänien und Polen waren vertreten. Der größte geangelte Fisch war ein Hecht, der eine Länge von 51 Zentimetern hatte, der größte Barsch hatte 26 Zentimeter. *PAZ*

Städtische Busse im Umland

Allenstein – Vor einem Monat hat die Stadt Allenstein mit der Gemeinde Stabigotten eine Vereinbarung über eine Busverbindung abgeschlossen. Die Linie 129 verbindet seither Gemeinde und Stadt. Allensteins Stadtpräsident Piotr Grzymowicz sieht den Nutzen in der Entlastung der Straßen: „17 000 Autos kommen täglich aus den umliegenden Gemeinden zu uns." Nach deutlich positiven Reaktionen der Einwohner hat nun auch die Gemeinde Hohenstein einer Kooperation mit Allenstein zugestimmt. Die Linie 129 wurde weiter verlängert und verkehrt werktags und samstags achtmal täglich bis Hohenstein. Fahrgäste können mit einem Allensteiner Linienbus zum Freilichtmuseum in Hohenstein gelangen und das zu einem Fahrpreis, wie er auch im Stadtgebiet Allenstein gültig ist. *U.H.*

Königsberger Börse in neuem Glanz

Nach Umbau: Im ehemaligen Handelsgebäude entstand ein »Museum für Bildende Künste«

Für das Gebäude der ehemaligen Königsberger Börse hat eine neue Periode begonnen. In der Sowjetära diente es als Kulturpalast der Matrosen und später als Zentrum für Jugendkultur. Nun hat es mit der Eröffnung des Museums für Bildende Künste eine neue Bestimmung gefunden.



Ein neuer Schriftzug am Gebäude der ehemaligen Börse: Die bisherige Kunstgalerie zog um und wurde zum Museum für Bildende Künste erweitert, in dem zurzeit eine Salvador-Dali-Ausstellung zu sehen ist

Foto: J.T.

Der Plan für den Umzug der ehemaligen Kunstgalerie ist schon vor langer Zeit gereift. Nach einem Erdbeben im Jahr 2004 und dem Beginn der Rekonstruktionsarbeiten am Ufer der Sackheimer Hinterstraße im Jahr 2012 waren an den Wänden der Kunstgalerie Risse entstanden, unter anderem, weil das Haus um mehrere Etagen für Wohnzwecke aufgestockt worden war. Die Kunstgalerie befand sich unter den Räumen des Wohnhauses, das schließlich als einsturzgefährdet eingestuft wurde. Die Dauerausstellung der Kunstgalerie musste aufgrund eindringender Feuchtigkeit in die Galeriesäle in kleinere Räume verlegt werden. Aufgrunddessen begannen 2017 die Vorbereitungen für den Umzug der Kunstgalerie.

Die Wahl fiel nicht zufällig auf das Gebäude der ehemaligen Börse. Es gilt als eines der größten und architektonisch attraktivsten Gebäude in der Stadt, das nach dem Krieg erhalten geblieben ist. Bis zur Errichtung der Kunsthalle am Wrangel-Turm fungierte sie zudem als Hauptausstellungshalle Königsbergs. Hier wurden nicht nur Arbeiten von Künstlern aus der Region ausgestellt, sondern auch Werke von Berühmtheiten wie Edgar Degas und Claude Monet.

Der Vorteil des Börsengebäudes für Kunstausstellungen liegt darin, dass sich die Räumlichkeiten über drei abgeschlossene Etagen erstrecken. Das ermöglicht die Konzeption eines logischen System der Ausstellungen. Das Gebäude hat etwas mehr als 5000 Quadratmeter Innenfläche. Eine Rekonstruktion der inneren Räume, bei der die Galerie des Börsensaals wiederhergestellt werden soll, steht noch bevor. Der Saal war als Börse konzipiert, wurde aber häufig für öffentliche Veranstaltungen genutzt: Konzerte, Maskenbälle und Ausstellungen fanden hier statt. So soll es auch in Zukunft genutzt werden.

Im Hochparterre der Börse ist eine Dauerausstellung „Kaliningrad – Königsberg: eine Brücke über die Zeit" geplant, aus Exponaten Königsberger Künstler bestehend, deren Tätigkeit im europäischen und russischen Kontext steht. In den nächsten Jahren wird es noch größere Veränderungen im Museum geben, bis die Gestaltung der Innen- zu Ausstellungsräumen abgeschlossen ist. Es ist geplant, die Arbeiten in Etappen durchzuführen, während derer das Museum geöffnet bleiben soll.

In diesem Jahr feiert die Königsberger Kunstgalerie ihr 30-jähriges Bestehen. Während dieser Zeit entstand eine Sammlung von mehr als 16 000 Kunstwerken. In den Archiven der Stadt lagern zudem unzählige Kunstgegenstände aus Königsberg. Die Direktion des Museums für Bildende Künste möchte in näherer Zukunft Arbeiten von Ludwig Bonstedt zeigen können, einem der Teilnehmer des Wettbewerbs zur Gründung der Königsberger Börse. Zurzeit werden sie in der Eremitage aufbewahrt. Wie die langjährige Erfahrung zeigt, sind die Museumsbesucher besonders an Ausstellungen über historische Persönlichkeiten und Ereignisse der Region interessiert.

Im Museum wurde die erste temporäre Ausstellung eröffnet, die den Werken von Salvador Dali gewidmet ist. Sie heißt „Salvador Dali. Surrealismus – das bin ich!" Eine Sammlung, welche die Grafiken Dalis mit Multimedia-Technologien kombiniert, wurde von der „St. Petersburg Gallery of Modern Art PS Gallery" nach Königsberg gebracht. Die Einzigartigkeit der Ausstellung liegt darin, dass die Helden der berühmten grafischen Werke Dalis, wie Don Quijote, Casanova und Faust, in den lebhaften Träumen des Künstlers lebendig werden.

Jurij Tschernyschew

Allenstein ehrt den Priester Adalbert Zink

Standhaft und freiheitsliebend setzte sich der Ermländer für Deutsche und Polen ein

Am 29. September wurde vor der St.-Jakobs-Kathedrale in Allenstein ein Denkmal mit Büste und eine Gedenktafel für Infulat (ein sogenannter Bischof ohne Weihe, mit der Befugnis, bischöfliche Gewänder zu tragen) Adalbert Zink eingeweiht. Damit wurde er nun endlich am Ort seines Wirkens verewigt. Diese Ehrung wird ihm zuteil für seinen Einsatz für die Ostpreußen und für Kardinal Stefan Wyszynski, den früheren Primas von Polen und Förderer von Papst Johannes Paul II.

Adalbert Zink wurde 1902 als Sohn eines Berliners und einer Worittenerin geboren. Vor dem Zweiten Weltkrieg hielt er Predigten auf Deutsch und auf Polnisch und setzte sich auch danach für die Ermländer beider Muttersprachen sowie die deutsch-polnische Verständigung ein. Im Jahr 1951 übernahm er die Funktion des Kapitelvikars in Allenstein und wurde dabei auch – so die Bedingung der Zustimmung des polnischen Staates – polnischer Staatsbürger. Kardinal Stefan Wyszynski übertrug ihm als Generalvikar die Leitung der Diözese. Im September 1953 unterzeichnete Zink als einziger im gesamten Episkopat Polens nicht die Einverständniserklärung zur Verhaftung von Kardinal Wyszynski und landete dafür selber im Gefängnis. Er starb 1969 in Allenstein und wurde in Dietrichswalde bestattet.

Den Gedenkstein hatte der Allensteiner Verleger Bogdan Bachmura initiiert. Dank der folgenden, ausführlichen Beschäftigung mit dem Wirken Zinks wurde dieser bereits im Juni dieses Jahres mit einem Baum und einem Gedenkstein im „Garten der Gerechten" in Warschau-Wola geehrt (die *PAZ* berichtete). Dem Komitee für das jetzt geweihte Denkmal unter Leitung von Władysław Ka-ludzinski, dem Beauftragten des Woiwoden von Ermland und Masuren für Menschen, die unter Repressionen zu leiden hatten, schlossen sich unter anderem der jetzige Erzbischof Józef Górzynski und der Ehrenvorsitzende der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land, Herbert Monkowski, an.


Vor der St.-Jakobs-Kathedrale: Adalbert-Zink-Denkmal Bild: U.H.

Für Monkowski war Priester Zink eine Vaterfigur: „Ich war bei ihm Ministrant und ging dafür zu Fuß von Jomendorf zum Marienkrankenhaus in Allenstein. Er hat mir auch immer wieder ein Extra- Butterbrot gegeben, damit ich satt wurde." In der Messe vor der Weihung des Denkmals erinnerte er im Rahmen der Fürbitten aber auch an die Ermländer, die jetzt überall auf der Welt verteilt sind und Infulat Zink damals unterstützt haben.

> Viele erinnern sich positiv an den Bischof

In den Fürbitten ergriff auch Henryk Hoch, der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, das Wort. Er erinnert sich an Zink als Cousin seines Vaters, der immer wieder in dessen Werkstatt vorbeischaute, um verfolgte Menschen zu unterstützen. „Welche Bedeutung er für viele Menschen hatte, begriff ich allerdings erst sehr viel später als Erwachsener", ergänzt Hoch. Die ausführliche Laudatio mit dem Lebensweg von Adalbert Zink hielt der emeritierte Weihbischof des Erzbistums Ermland, Julian Wojtkowski, der noch selber von Zink ordiniert worden war.

Für den Woiwoden von Ermland und Masuren, Artur Chojecki, war, wie er in seiner Rede bei der Weihung sagte, Zink ein standhafter und freiheitsliebender Mensch, der sich auch von den möglichen negativen Folgen nicht abhalten ließ, seine Meinung zu sagen. Die Schüler des Adalbert-Zink-Gymnasiums in Dietrichswalde sehen im Schirmherrn ihrer Schule ebenfalls ein Vorbild. In einem der kurzen Texte freute sich eine Schülerin darüber, dass „er sich für unsere Region, unsere Heimat eingesetzt hat, obwohl er ein Deutscher war". Nach den Ansprachen erhielt das bereits am 31. August errichtete Denkmal dann von Górzynski seinen Segen, worauf die Ehrenwache der Pfadfinder die von den Gästen überreichten Blumen zu Füßen des Denkmals niederlegte. *Uwe Hahnkamp*



ZUM 106. GEBURTSTAG

Czwikla, Erika, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Naß, Elfriede, geb. **Kraska**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 18. Oktober

ZUM 102. GEBURTSTAG

Wiskandt, Helene, geb. **Rade**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 15. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Armbruster, Herta, geb. **Piechottka**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg und aus Prosken, Kreis Lyck, am 12. Oktober
Göbel, Betty, geb. **Lagies**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Schweins, Gertraud, geb. **Bürgel**, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Wietoska, Otto, aus Lyck, am 17. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Marohn, Eva, geb. **Moeck**, aus Rosenberg, Kreis Heiligenbeil, am 12. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Graner, Gretel, geb. **Steinke**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 16. Oktober
Rutkowski, Erna, geb. **Hoffmann**, aus Quehnen, Kreis Preußisch Eylau, am 15. Oktober
Schuster, Meta, geb. **Porschel**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 16. Oktober
Schwemer, Herta, geb. **Buczilowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Stilla, Elisabeth, geb. **Lindenberg**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 16. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bargmann, Gertrud, geb. **Lundschien**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober
Krüger, Eva, geb. **Schakat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 17. Oktober
Neufeind, Eva, geb. **Karwonski**, aus Lyck, Blücherstraße 18, am 14. Oktober
Specht, Adeline, geb. **Lewohn**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Wedler, Betty, geb. **Rosenwald**, aus Perkuhnen, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Gemballa, Walter, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, am 17. Oktober
Horn, Christel, geb. **Huebner**, aus Tiefen, Kreis Lötzen, am 12. Oktober
Ketterkat, Kurt, aus Jägerhöh, Kreis Elchniederung, am 14. Oktober
Kunst, Gertrud, geb. **Braczko**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 14. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dibowski, Walter, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 16. Oktober
Floßdorf, Herta, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 14. Oktober
Fritz, Gertrud, geb. **Pellenat**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. Oktober
Grabosch, Liebgard, aus Ortelsburg, am 14. Oktober
Maserowski, Elfriede, aus Millau, Kreis Lyck, am 17. Oktober
Sambraus, Liselotte, geb. **Neumann**, aus Köllmisch Damerau, Kreis Wehlau, am 16. Oktober
Seuttler, Gerda, geb. **Kahlau**, aus Cranz, Kreis Fischhausen und aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Thiel, Liselotte, geb. **Noll**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Dzienian, Werner, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 12. Oktober
Häring, Wilhelm, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Lehrer, Lucie, geb. **Semmling**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 16. Oktober
Lichtleitner, Hedwig, geb. **Weidemann**, aus Ortelsburg, am 15. Oktober
Schacht, Grete, geb. **Kutzborski**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Strotzki, Gertrut, geb. **Neumann**, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 18. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Barsch, Marie, geb. **Mahnke**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 18. Oktober
Broberg, Inge, geb. **Augustin**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 14. Oktober
Hennig, Paul, aus Lesnicken, Kreis Fischhausen, am 16. Oktober
Klein, Margot, geb. **Peczkowski**, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 17. Oktober
Krüger, Artur, aus Lyck, Stradauner Chaussee 13, am 13. Oktober
Kurschinski, Alfred, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 13. Oktober
Mohaupt, Eva, geb. **Kurreik**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 12. Oktober
Neumann, Ewald, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 16. Oktober
Roesnick, Günther, aus Königsberg, Westend, Burdachstraße 11, am 14. Oktober
Rozynski, Käthe, geb. **Behrend**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 12. Oktober
Sassadeck, Helmut, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 16. Oktober
Schenk, Christel, geb. **Hamers**, aus Wehlau, am 17. Oktober
Schnepel, Hanna, geb. **Perle**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 16. Oktober
Timmler, Werner, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Böhm, Traute, aus Kreuzfeld, Kreis Lyck, am 15. Oktober
Böhnke, Meta, geb. **Bux**, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 16. Oktober
Dittmann, Edeltraud, geb. **Pelka**, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 14. Oktober
Grubert, Karl, aus Schwarzberge, Kreis Lyck, am 17. Oktober
Hecht, Siegfried, aus Mallwen, Kreis Schloßberg, am 12. Oktober
Hellmig, Gisela, geb. **Hellmig**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 18. Oktober
Juckel, Traute, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober
Knitter, Elsbeth, geb. **Pallutt**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 16. Oktober
Koch, Traute, geb. **Birkhahn**, aus Damerau, Kreis Wehlau, am 12. Oktober
Kruse, Helga, geb. **Erlach**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 17. Oktober
Mertins, Erich, O.V., aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 12. Oktober
Milani, Maria-Theresia, geb. **Schliebenow**, aus Lyck, Yorkstraße 34, am 15. Oktober
Pogrzeba, Edith, geb. **Dolenga**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Ronsick, Reinholde, geb. **Kilimann**, aus Waplitz, Kreis Ortelsburg, am 14. Oktober
Schewe, Ruth, geb. **Pocesny**, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 12. Oktober
Weiß, Helmut, aus Schuditten, Kreis Fischhausen, am 18. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bartsch, Walter-Otto, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. Oktober
Baumgardt, Horst, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 14. Oktober
Deppe, Waltraud, geb. **Markgraf**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 17. Oktober
Eggert, Otto, aus Groß Dirschkeim, Kreis Fischhausen, am 13. Oktober
Feuersenger, Erwin, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 14. Oktober
Gromberg, Johannes, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 13. Oktober
Maletz, Edith, geb. **Krafzik**, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 15. Oktober
Mintel, Gerhard, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 18. Oktober
Naussed, Helmut, aus Kleindünen, Kreis Elchniederung, am 17. Oktober
Porsch, Edda, geb. **Herzberg**, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober
Prix, Irmgard, geb. **Bajorat**, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 14. Oktober
Riedel, Gerda, geb. **Kirchbrücher**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Sommerfeldt, Reinhard, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 14. Oktober
Steinkraus, Bernhard, aus Neidenburg, am 15. Oktober
Wegner, Ilse, geb. **Milewski**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 17. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bandowski, Rita, aus Reipen, Kreis Wehlau, am 12. Oktober
Bolte, Helga, geb. **Milewski**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 14. Oktober
Broszeit, Hildegard, geb. **Lakaw**, aus Koddien, Kreis Wehlau, am 12. Oktober
Busch, Eva, geb. **Frischmuth**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 13. Oktober
Czyperreck, Otto, aus Prostken, Kreis Lyck, am 13. Oktober
Gehlhaar, Klaus Dieter, aus Königsberg, am 1. Oktober
Goeritz, Alfred, aus Oswald, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober
Hedden, Gertraud, geb. **Napiwotski**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 16. Oktober
Holz, Gerda, geb. **Riemann**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 15. Oktober
Kallweit, Heinz, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 14. Oktober
Keller, Gisela, geb. **Kühnert**, aus Kiesfelde, Kreis Schloßberg, am 16. Oktober
Kollak, Hannelore, geb. **Echinger**, aus Seeheim, Kreis Lyck, am 14. Oktober
Mantel, Hildegard, geb. **Pfeiffer**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Meier, Irene, geb. **Meißner**, aus Pfaffendorf, Kreis Ortelsburg, am 15. Oktober
Moyseszik, Elke, geb. **Dresen**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 16. Oktober
Mroß, Hans-Georg, aus Lyck, am 16. Oktober
Neumann, Eva, geb. **Sadowski**, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am 17. Oktober
Neumann, Manfred, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 16. Oktober
Pendzich, Manfred, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 15. Oktober
Radzimanowski, Klaus, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, am 16. Oktober
Reinsberg, Ulrich, aus Wehlau, am 18.Oktober
Schöneberg, Siegfried, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. Oktober
Schumacher, Renate, geb. **Rieger**, Landsmannschaft Bremen, am 15. Oktober
Skubich, Fritz, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Stenzel, Siegfried, aus Pierlawken, Kreis Neidenburg, am 12. Oktober
Turowski, Prof.-Dr. Gerd, aus Ortelsburg, am 17. Oktober
Wächs, Agnes, geb. **Ehlert**, aus Rossen, Kreis Heiligenbeil, am 9. Oktober
Weber-Schnabel, Hella, geb. **Weber**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 15. Oktober
Wipprecht, Klaus, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 15. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Fritsch, Monika, geb. **Malinka**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 18. Oktober
Goldbach, Angelika, geb. **Sauerbier**, aus Treuburg, am 18. Oktober
Lübcke, Christiane, geb. **Kramp**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 18. Oktober
Roehr, Annelie, geb. **Jakubowitz**, aus Moneten, Kreis Treuburg, am 16. Oktober
Steinbeck, Dagmar, geb. **Schedler**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 18. Oktober

TERMINE DER LO

2018

20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
2. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
3. bis 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal
12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html.

Zusendungen für Ausgabe 43

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 43/2018 (Erstverkaufstag: 26. Oktober) bis spätestens Mittwoch, 17. Oktober, an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, z. Hd. Frau Christiane Rinser-Schrut, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@ kreis-gerdauen.de.

Hauptkreistreffen

Bad Nenndorf – Wochenende, 13. und 14. Oktober: Hauptkreistreffen. Wir laden alle Landsleute aus dem Kreis Gerdauen sowie alle, die sich unserem Heimatkreis verbunden fühlen oder sich dafür interessieren, ein. Unser Veranstaltungsort ist das Hotel Esplanade in der Bahnhofstraße 8, in dem uns Räume zur Verfügung stehen.



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Kalender 2019

Der Goldap-Kalender 2019 ist da und kann bei der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V. ab sofort zum Preis von 10,95 Euro zuzüglich Versandkosten bestellt werden. Der Goldap-Kalender, der sich zu einem echten Sammler-Objekt entwickelt hat, enthält auch in der 2019er–Ausgabe wieder zwölf eindrucksvolle Fotos aus dem Kreis Goldap.



Kalenderblattausschnitt

INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppe

Köln – Mittwoch, 24. Oktober, Gaststätte Zirkel, Braunstraße 20, Köln-Braunsfeld (Haltestelle Aachener Straße/Maarweg): Treffen. Anmeldung und nähere Informationen bei Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.



LÖTZEN

Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: dieter.arno.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Büchermarkt

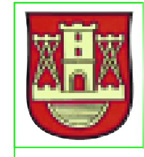
Neumünster – Sonnabend, 20. Oktober, Sudetenlandstraße 18h (Böcklersiedlung), 10 bis 17 Uhr: Buchmarkt „Bücher aus über 100 Jahren“. Ein Verkaufsangebot von Sachbüchern und Belletristik aller Art. Der Erlös kommt der Museumsarbeit zugute. Der Eintritt ist frei. Der Besuch vom Heimatmuseum mit seinen Dauer- sowie Sonderausstellun-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 15

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 14

gen „Die Elche sind da!“ und vom Lötzener Kreisarchiv ist fast zu jeder Zeit nach Vorabsprache mit Ute Eichler, Telefon (040) 6083003 möglich.

Ein so umfangreiches Angebot von Büchern aus allen Gebieten (schöngeistige Literatur genauso wie Sachbücher) wie es in diesem Jahr vorhanden ist, hat es noch auf keinem der vorangegangenen Buchmärkte im Lötzener Ausstellungsraum gegeben. Es sind ausschließlich gut erhaltene und teils neuwertige Bücher aus privaten Spenden vorhanden. Sie werden zugunsten der Museumsarbeit sehr preiswert angeboten oder gegen eine Spende abgegeben. Die Betreuerin der Lötzener Heimatsammlung, Ute Eichler, hofft auf den Besuch vieler noch Bücher liebender und lesender Menschen.



MEMEL-STADT MEMEL-LAND

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesnheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: 0174-9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. Gst. Für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim.

Erntedank + Jubiläum

Dortmund – Sonnabend, 20. Oktober, Ostdeutsche Heimatstube, Landgrafenstraße 1, Ecke Märkische Straße, 44139 Dortmund: Erntedankfest und Feier zum 70-jährigen Bestehen der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise.



OSTERODE

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Mo. 14-17 Uhr, Do. 14–17 Uhr.

Begrüßungsrede letzter Teil

Der Kreisvertreter Burghard Gieseler hielt zur Feierstunde des Hauptkreistreffens der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen in Osterode am Harz am 15. September eine Begrüßungsrede, deren vierter und damit letzter Teil hier abgedruckt ist.

Meine Damen und Herren, vor genau drei Wochen wurde nach vierjährigen Um- und Erweiterungsbauten das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg wiedereröffnet. Dessen Direktor, Dr. Mähnert, rühmte in seiner Ansprache auf dem Festakt die ungemein große kulturelle Produktivität Ostpreußens auf dem Gebiet der Literatur und ging namentlich die beeindruckend lange Galerie der ostpreußischen Literaten durch. Das letzte Glied in dieser Kette war persönlich anwesend und wurde von den Teilnehmern des Festaktes mit einem lang anhaltenden Applaus geehrt. Es war - Sie können es sich denken - Arno Surminski. Vielleicht können Sie daran ermessen, wie glücklich und dankbar wir sind, dass Sie, lieber Herr Surminski, heute zu uns gekommen sind, um aus Ihrem neuesten Buch „Wolfsland“ zu lesen.

Das Buch ist keine zusammenhängende Erzählung. Es enthält vielmehr einen bunten Strauß recht kurzer Begebenheiten aus der Geschichte Ostpreußens. Es sind Momentaufnahmen, in denen sich die Geschichte aus der Perspektive der einfachen Menschen spiegelt: Wie die Episode mit dem Eisfischer, neben dem ganz unvermittelt eine Kutsche mit einer feinen Dame auftaucht. Nach dieser wundersamen Begegnung auf dem Eis des Haffs verschwindet die Kutsche wieder im Dunst. Die feine Dame aber war - Königin Luise, die vor Napoleon nach Memel floh. Oder die so unendlich traurige Geschichte von dem Hund „Wolf“, der nicht mit auf die Flucht konnte. Und die Mutter traute sich nicht, ihrem Jungen die Wahrheit zu sagen. Der „Wolf“ sei nur vorausgelaufen – nach Westen.

So unterschiedlich die einzelnen Episoden auch sind, so lassen sich doch verbindende Motive erkennen. So beispielsweise der menschliche Hochmut und – im Kontrast zu ihm – die Unbeständigkeit der Verhältnisse. Beides lässt sich mit Händen greifen, wenn die Mächtigen glauben, etwas für die Ewigkeit geschaffen zu haben, was dann aber nur wenige Jahre Bestand hat. Die Geschichten sind zwar Begebenheiten aus der Alltagswelt, aber sie sind nicht alltäglich. Sie sind mit viel Empathie und Wärme erzählt, geschrieben in einer wunderschönen, schnörkellosen Sprache voller Ausdruckskraft.

Auf dem Einband Ihres Buches, lieber Herr Surminski, findet sich ein Zitat von Ihnen, das zu der gegenwärtigen Situation in unserem Land gut passt: „Man sollte den Menschen nicht abgewöhnen, ihr Vaterland zu lieben, sondern das Vaterland so herrichten, dass es ihrer Liebe wert ist.“



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de

Bobrowski-Projekt

Die kulturelle Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Königsberger Gebiet trägt Früchte. In einem gemeinsamen Photographie-Kunst-Projekt geht es um Johannes Bobrowski. Teilnehmer sind russische Photographen, die sich schon in der Vergangenheit mit Bobrowski beschäftigten und fünf sächsische Künstler. Jeder Künstler erarbeitete im Vorfeld eine Photo-Text-Serie von Arbeiten, die in einer Mappe zusammengefasst wurden. Diese Mappen sind dem Geschichtsmuseum in Tilsit, dem Bobrowski Museum und der Bobrowski-Mittelschule in Willkischken und dem Fundus des Deutsch-Russischen Hauses in Königsberg zugedacht. Somit wird ein deutsch – russisches Bobrowski-Mappenwerk museal.

Kaum ein deutscher Dichter steht so prägend für das ostpreussische Gebiet entlang der Memel. Kaum ein deutscher Dichter ist auch heute noch so gegenwärtig, sowohl im russischen Gebiet Kaliningrad, wie im litauischen Grenzraum. Kaum ein deutscher Dichter hat sich so prägend in das literarische Gewissen der beiden damals bestehenden deutschen Staaten eingeschrieben.

Das Projekt „Johannes Bobrowski – Dichter der sarmatischen Landschaft“ wird diesen Monat im Königsberger Gebiet präsentiert. Es hat 37 Fotoserien zum Inhalt. Zu den Autoren zählen Holger Wendland, Jan Olger, Matthias Schumann, Mathias Jakisch, Jörg Seifert, Tilo Schwalbe, Arturas Valnaugas, Dimitri Vyshemirski, Juri Pavlov, Oleg Kostjuk, Sascha Ljubin und Igor Rjasanzev. Kurator des Projekts ist Holger Wendland aus Dresden.

Johanna-Wolff-Schule

Eigentlich hätte es eine ganz große Sause werden müssen, denn wir waren wie immer von unserer Irmgard Steffen zeitig zu unserem 20. Treffen der ehemaligen Johanna-Wolff-Schüler nach Karlsruhe eingeladen. Aber es kam anders. Unsere liebe Irmgard erkrankte so, dass eine weitere Organisation und die Teilnahme am Treffen nicht möglich war. Auch Annemarie Knopf, der zweite Teil unseres Kopfes, war durch einen familiären Krankheitsfall verhindert. Zum Schluss waren wir sieben Teilnehmer, was uns nicht abhielt, das Beste daraus zu machen. Aus dem hohen Norden und der Mitte unseres Landes waren wir mit Bundesbahn und Pkw angereist, um ein paar schöne Tage in Karlsruhe zu verbringen – und die hatten wir.

Angenehm überrascht von der Lage unseres Hotels, dem Erbprinzenhof, er lag mitten im Karlsruher Zentrum, bezogen wir unsere Zimmer. Gleich nach unserem Begrüßungskaffee in der Kaffeerösterei gleich nebenan suchten wir bei einem Spaziergang rund um unser Hotel eine Gaststätte für das gemeinsame Abendessen aus. Da sich eine Gaststätte an die andere reihte, fiel die Wahl nicht schwer.

Am 10. August war eine Stadtrundfahrt geplant. Wir entschieden die preisgünstigere Variante mit dem Doppeldecker-Cabrio Bus „City Tour“. In einer zweistündigen Rundfahrt erfuhren wir allerhand Wissenswertes über die Stadt Karlsruhe. Sie wurde 1715 gegründet und hat heute 300 000 Einwohner. Sie gilt als sonnigreichste Stadt am Oberrhein und wird auch als Tor zum Schwarzwald bezeichnet. Dem Markgrafen Karl Wilhelm verdankt sie ihren architektonischen Aufbau und wird auch Fächerstadt genannt. An zehn Stationen konnte man ein- oder aussteigen, um an bestimmten Stellen länger zu verweilen. Es ging vorbei am Bundesgerichtshof: Konzerthaus Stadthalle, Zoologischem Garten, am Badischen Staatstheater, am strengbewachten Bundesverfassungsgericht, am Europaplatz und mehr. Von unseren bequemen Sitzen konnten wir das Flair der Stadt genießen. Durch den Stadtteil Durlach ging es dann hinauf zur Aussichtsplattform Turmberg. 20 Minuten hatten wir Zeit, um Fotos zu schießen und den glasklaren weiten Blick über die Stadt zu werfen. Für Doris war es immer etwas anstrengend. Neben der außergewöhnlichen Hitze hatte sie auch noch ihren Rollator zu bewältigen. Unsere Jugend (Heidi und Detlef) stand ihr aber immer tatkräftig zur Seite. Mit einem gemeinsamen Abendessen ließen wir den Tag ausklingen.

Nicht weit von unserem Hotel lag das Schloss Karlsruhe mit Aussichtsturm, eingebettet in einem wunderschönen Schlossgarten. Für uns alle gut zu Fuß zu erreichen, machten wir uns am nächsten Tag nach einem ausgiebigen Frühstück auf den Weg. Er ist im englischen Landschaftsstil angelegt und bietet weite Rasenflächen mit eindrucksvollen alten Bäumen. Ja – leider ist Tilsit diesmal etwas zu kurz gekommen. Uns fehlte einfach unser Wolfhard Froese, der immer einen Koffer voll zu bieten hatte. Aber Doris Kuhlemann hatte die Erlebnisse ihrer Reise nach Tilsit in einem Bildband mit. Tore Tochter hat es sehr schön und eindrucksvoll gestaltet. Allen Nichtanwesenden haben wir Grüße gesendet, in der Hoffnung, dass sie im nächsten Jahr wieder dabei sind. Wir möchten dir liebe Irmgard noch sagen, dass wir in Gedanken immer bei dir waren. Wir hoffen, dass du bald genesen bist und für das nächste Treffen schon wieder Pläne schmiedest. *Dora Oeltze*

»Legende« begeisterte Goldaper und Labiauer

Da die Kreistreffen der Kreisgemeinschaften Goldap und Labiau fast immer in denselben Zeitrahmen fielen und dazu die Patenschaftskreise, Landkreis Cuxhaven für Labiau und Landkreis Stade für Goldap, benachbart sind, kam die Idee auf, das Vokalensemble „Legenden“ aus Königsberg auf beiden Treffen den Landsleuten zu präsentieren.

Labiau lud zum 7. September die angereisten Landsleute anläßlich des Begrüßungsabends herzlich ein in die Kirche St. Severi zu Otterndorf – auch wurde die Reklametrommel kräftig gerührt, um auch andere Musikbegeisterte zu den Konzerten begrüßen zu können. Die Goldaper luden einen Tag später in die Stader St. Wilhadi-Kirche.

Beide Veranstaltungen verliefen überaus erfolgreich, zu den Landsleuten kamen jeweils zahlreiche weitere Besucher. Die Damen des Vokalensembles sangen einfach wunderbar und trugen – angefangen mit Liedern aus Ostpreußen über Ave Maria und Barcarole – tempeamentvoll oder auch besinnlich, aus ihrem umfangreichen Repertoire vor. Auch der „Kleine grüne Kaktus“ durfte nicht fehlen. Ohne mehrere Zugaben ließ man die Sängerinnen nicht gehen. Die anschließende, mit Sicherheit üppig ausgefallene Spendensammlung war dann der Lohn für den brillianten Vortrag von Ida Piskun und ihrem Ensemble. Wir sind sicher, an diese Konzertabende werden sich die Labiauer und auch die Goldaper sowie alle anderen Gäste sehr gerne erinnern.

Brigitte Stramm, KG Labiau – Annelies Trucewitz, KG Goldap



Otterndorf: Vokalensemble „Legenden“ in der St. Severi-Kirche

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch, 17. Oktober, 18 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Stuttgart: Vortrag Karsten Wulff „Die Hanse im Ostseeraum“. Der Eintritt ist frei. – Mittwoch, 24. Oktober, 18 Uhr, Parkhotel Pforzheim, Deimlingstraße 36: 144. Preußische Tafelrunde mit Abendessen und Vortrag von Hannelore Neumann „Die ungewisse Herkunft – Wer bin ich eigentlich? Suche nach den Wurzeln“. Für das Abendessen sind 22 Euro zu überweisen an: LM Ostpreußen, Landesgruppe, IBAN: DE39 6425 1060 0000 1332 21, BIC: SOLADES1FDS, Anmeldungen an Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093 oder E-Mail: uta.luettich@web.de.

Ludwigsburg – Dienstag, 23. Oktober, 15 Uhr, Krauthof, Beihingerstraße 27: Stammtisch.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landesgruppe – Sonnabend, 27. Oktober, von 9.30 bis zirka 17.15 Uhr, Kulturzentrum Ostpreußen, Schloß Ellingen: 2. Landeskulturtagung 2018 der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen in Bayern mit hochinteressanten Vorträgen und Gesprächen, mit Lied und heimatlicher Sprache. Bitte melden Sie sich bis spätestens 17. Oktober per Fax (0981) 4884949, per E-Mail: dr.juergen.danowski@gmx.de oder per Post bei Jürgen Danowski, Am Weinbergplateau 11, 91522 Ansbach an. Gerne sind uns interessierte Gäste willkommen, sprechen Sie daher alle Freunde Ost- und Westpreußens an und melden Sie diese gegebenenfalls auch an. Für Rückfragen steht Ihnen der Landeskulturreferent gerne zur Verfügung.

Altmühlenfranken - Sonnabend, 27. Oktober, 9.30 Uhr, Kulturzentrum Ostpreußen, Schloss Ellingen: Kulturtagung.

Ansbach – Sonnabend, 13. Oktober, 15 Uhr, Orangerie: Film über Heinz Sielmann. Der berühmte Tierfilmer verbrachte seine Jugend in Ostpreußen und entdeckte hier seine Liebe zur Natur.

Bamberg – Mittwoch, 17. Oktober, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße, Bamberg: Monatstreffen.

Hof – Sonnabend, 13. Oktober, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube, Marienstraße 88, 95028 Hof: Treffen zum Thema „Erntedank“.

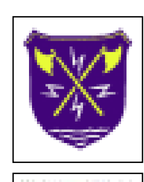
Nürnberg – Dienstag, 23. Oktober, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nbg.- Langwasser, Ende der U1 gegenüber: Erntedankfest mit Gebräuchen in der Heimat. Gäste willkommen.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

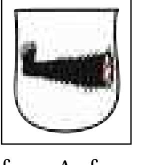
KREISGRUPPEN

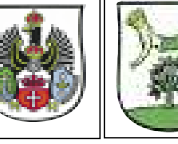


Bartenstein – Treffen auf Anfrage bei Elfi Fortange unter Telefon (030) 4944404.




Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 23. Oktober, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Treffen. Anfragen Johannisburg und Sensburg, Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen, Gabriel Reiß, Telefon (030) 7563563.

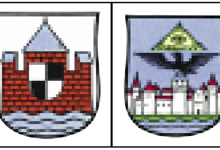




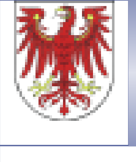

Königsberg, Labiau, Samland – Freitag, 19. Oktober, 14 Uhr, Forckenbeckstraße 1, 14199 Berlin-Wilmersdorf: Treffen. Anfragen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Rastenburg – Sonntag, 14. Oktober, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin, Anfragen an Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



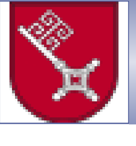
Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 13. Oktober, 13 Uhr, Ratskeller Charlottenburg Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen. Anfragen an Barbara Fischer, Telefon (030) 6041054.



BRANDENBURG

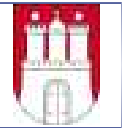
Vorsitzender: Hans-Jörg Froese, Phoebener Chausseestraße 10, 14542 Werder, Telefon: (03327) 741603, E-Mail: lo.lg.brandenburg@gmail.com Internet: https://lolgbrandenburg.wordpress.com/

Potsdam – Sonntag, 13. Oktober, ab 10 Uhr. Der Vorstand der LO-Landesgruppe Brandenburg lädt alle Ostpreußen und an Ostpreußen Interessierten zu einer Gemeinschaftsveranstaltung mit der PRUSSIA-Gesellschaft und der Prußen-Stiftung TOLKEMITA ein. Die Teilnahme ist kostenfrei. Der Raum ist ab 9 Uhr geöffnet. Ort: Galerie „Die Ersten Preußen“ in 14467 Potsdam, Am Neuen Markt 9d. Hinweis: Im Innenhof des Kutschstalls wird ein weiteres Gebäude errichtet. Bitte um den Bauzaun herumgehen, der Eingang zur Galerie ist erreichbar.



BREMEN

Bremen – Dienstag, 16. Oktober, 18 Uhr, Wallsaal der Stadtbibliothek Bremen: Gemeinsame Veranstaltung von Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen e.V., Bremen, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge Bremen, Stadtbibliothek Bremen und Buchhandlung Geist „Vergessene Geschichte – Das Schicksal von Ostpreußens Wolfskindern und der Königsberger Restbevölkerung“. Der Eintritt ist frei.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Donnerstag, 25. Oktober, 14 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Gruppenleitertreffen und Kulturreferatssitzung. Zu diesem Termin eingeladen sind auch alle Mitglieder der Heimatkreisgruppe Gumbinnen in

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Blick in die ostpreußische Vergangenheit

Geschichtsseminar der Landsmannschaft Ostpreußen in Helmstedt

Seit über 20 Jahren veranstaltet die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) Geschichtsseminare. Seit neustem jedoch nicht unter einem Leitmotiv, sondern mit unterschiedlichen Themen. Diese Vorgehensweise fordert die Teilnehmer, die sich auf neue, teils unbekannte Aspekte Ostpreußens einstellen müssen, stark.

Dem Aufruf des Seminarleiters Sebastian Husen, Bundesgeschäftsführer der LO, waren 40 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet gefolgt.

Am Freitagabend führte Edmund Ferner die Seminarteilnehmer auf den Spuren seiner Ahnen in den russischen Teil von Ostpreußen. Es handelte sich um einen Bericht über eine Landeserkundung, die Ferner mit Unterstützung seines Enkels, der stark an Familienforschung interessiert ist, vorgenommen hatte. Der Lichtbildvortrag des Landesvorsitzenden der Landesgruppe Schleswig-Holstein zeigte nicht nur die Schönheit des Landes, sondern auch die enormen Herausforderungen bei der Suche nach verschwundenen Siedlungsplätzen, die heute teilweise als Wüstungen bezeichnet werden müssen. Die Teilnehmer wurden durch Gerdauen, Friedland, Pr. Eylau, Rauschen und Cranz geführt. Zum Abschluss ging es nach Königsberg, der Geburtsstadt von Ferner.

Die Umwandlung des Ordensstaates zum ersten evangelischen Fürstentum war das Einstiegsthema des Sonnabends. Referent Volker Frank Hentrich, Doktorand an der Universität Hamburg, stimmte die Zuhörer auf das 16. Jahrhundert ein, die Zeit des Copernicus, des da Vincis, der Fugger, aber auch der Pest und der Hexenjagd. Es folgte das Hauptthema „Die Umwandlung des Ordensstaates in ein weltliches Fürstentum Preußen (1525) in der Darstellung der Apologie (Christiana responsio) Herzog Albrechts von Brandenburg–Ansbach“. Der Referent erläuterte die Hintergründe und Abläufe und zeigte auf, dass die Umformung des Ordensstaates ein rein politischer Akt war, Albrecht ohne Mandat handelte, die Initiative von Polen ausging und auf einer „erzwungenen“ Zustimmung beruhte. Interessant, dass die Einführung der Reformation erst vier Monate nach der Lehnsnahme erfolgte und von Polen ohne Einschränkungen gutgeheißen wurde. Der klar gegliederte und auch verständliche Vortrag stieß auf große Zustimmung bei den Zuhörern und fand seinen Abschluss in einer Fragerunde.

Professor Bernhart Jähnig, ehemals Archivdirektor am Geheimen Staatsarchiv in Berlin und Honorarprofessor am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, erläuterte den Weg des Königsberger Domes zu einem evangelischen Gotteshaus.

Die geistliche Inbesitznahme des Domes gestaltete sich relativ friedlich. Einen gewaltsamen Bildersturm gab es nicht, es verlief alles preußisch geordnet. Die Altäre wurden in der Regel von den Nachfahren der Stifter abgebaut, das Kirchensilber wurde im Rathaus abgeben und Fresken wurden übermalt und nicht zerstört. Zu aller Überraschung gab es einen Teilnehmer, der noch im Königsberger Dom getauft wurde. Es handelte sich um Edmund Ferner.

Professor Bernd Sösemann von der Freien Universität Berlin referierte über die Ansichten und Urteile über Theodor von Schöns Leben und Werk.

Heinrich Theodor von Schön wurde am 20. Januar 1773 in Schreitlaugken, Kreis Tilsit geboren und starb am 23. Juli 1856 auf Gut Arnau bei Königsberg. Er war kein einfacher Zeitgenosse, sondern verfolgt als Staatsmann, Schriftsteller und Preuße eine ihn überzeugende Idee konsequent und handelte zuweilen unkonventionell, um seine Ziele durchzusetzen. Dabei sparte er auch nicht an Kritik an dem Monarchen. Das verzehrte Bild von Schön, das bis heute existiert, ist das Ergebnis einer Instrumentalisierung des langjährigen Oberpräsidenten der Provinz Preußen durch liberale Kreise für ihren Kampf gegen Bismarck in den 1880er Jahren. Schöns Aufzeichnungen wurden aus verschiedenen Kontexten zusammengefügt und miteinander verwoben. Der Edition der Schriften Schöns widmet sich Sösemann, um die Quellenlage zu Leben und Werk für die historische Forschung zu verbessern.



Geballtes Wissen: Die Referenten Bernhart Jähnig, Bernd Sösemann, Marianne Kopp, Volker Hentrich, Edmund Ferner, Sebastian Husen, Nils Aschenbeck und Richard Lakowski Bild: A. Galenski

Die Ausführungen von Nils Aschenbeck über die Architektur des Wiederaufbaus in Ostpreußen ab 1915 stimmten die Ostpreußen stolz und traurig zugleich. Aschenbeck, tätig als Hochschullehrer und Journalist, ist spezialisiert auf architekturhistorische Themen. Die Wiederaufbauarchitektur in Ostpreußen ist zu Unrecht vergessen, da sie eine wichtige Etappe in der Entwicklung der Architekturgeschichte darstellt.

Es begann damit, dass die Menschen die Städtearchitektur des Historismus – zur Schauseite die schönen Fassaden, rückseitig schmucklose, beengte Hinterhöfe – ablehnten. Diese Architektur sollte durch eine reine, luftige, offene Bauweise ersetzt werden. Nach 1905 wurde an die Bauweise um 1800 angeknüpfte. Doch die Sternstunde der Wiederaufbauarchitektur begann erst richtig in Ostpreußen im Jahre 1915. Die Gebäude sollten nach den Kriegszerstörungen infolge des Russeneinfalls schöner wiederaufgebaut werden als sie vorher waren, die Grundrisse sollten ungeplant wirken und die Häuser so dastehen, als ob diese Struktur zufällig gewachsen wäre. In Ostpreußen wurden 20 Bauberatungsstellen installiert, nur wer deren Empfehlungen umsetzte erhielt finanzielle Aufbauhilfen. Bis zu 600 Architekten kamen in die Provinz, um ein neues, besseres Deutschland mit einer wahrhaftigen Architektur zu schaffen. Der Wiederaufbau Ostpreußens wurde zur nationalen Aufgabe, getragen durch die Ostpreußenhilfe aus dem gesamten Reich. Die ganzheitliche Idee der Reform betraf nicht nur die Architektur, sondern auch die Innenausstattung und sogar Kleidung. Eine Persönlichkeit, die hier genannt werden muss ist Heinz Stoffregen, der sich um den Wiederaufbau von Gerdauen verdient gemacht hat. Die Unauffälligkeit und Bodenständigkeit der Wiederaufbauarchitektur ist zugleich ihr Fluch, die Gebäude werden heute meist nicht als wertvoll erkannt und verfallen. Die Ideen damaliger Bauschaffender stellen einen wichtigen Zeitabschnitt in der deutschen Architekturgeschichte dar und wirken bis in die heutige Zeit hinein.

Den traditionellen Filmabend gestaltete Gerhard Raßner. Sein Dokumentarfilm stellte die Bauetappen beim Wiederaufbau des Königsberger Domes vor. Jahr für Jahr von 1992 bis 2007 konnte man die Arbeiten an dem ehemaligen Gotteshaus verfolgen.

Der Sonntagmorgen wurde von der Militärtaktik bestimmt. Der Berliner Historiker Richard Laskowski referierte zum Thema: Ostpreußen 1944/45. Krieg im Nordosten des Deutschen Reiches. Er beleuchtete das Heranrücken der russischen Front, die Einnahme von Königsberg und den Vorstoß bis nach Pillau. Seinen Vortrag begleiteten Bilder aus Filmaufnahmen sowjetischer Kriegsberichterstatter mit einem hohen Seltenheitswert.

Den Abschluss der Vortragsreihe übernahm Marianne Kopp, Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft. Das Thema der führenden deutschen Miegel-Expertin: „‚Von denen ich nicht weiß, ob sie noch leben‘ – Postsperre und Internierung für die deutschen Flüchtlinge in Dänemark. Dokumentiert in privaten Briefen von Agnes Miegel“. Kopp ging ein auf die Fluchtumstände der ostpreußischen Dichterin, ihren Aufenthalt im Flüchtlingslager in Dänemark und dessen Umwandlung in ein Internierungslager. Ausführlich wurde auch das Verbot des Briefverkehrs mit Deutschland bis zum 5. April 1946 dargestellt.

Die dargebrachten Briefzitate zeigten die sprachliche Ausdruckskraft Miegels, aber auch den herzlichen und ehrlichen Umgang, den sie mit ihr nahestehenden Menschen pflegte. Trotz der Widrigkeit der Verhältnisse spricht aus den Briefen die lebensbejahende Einstellung und die Gabe der Dichterin, sich auch über kleine Dinge des Lebens, sei es ein geschenkter Apfel oder die ersten Frühblüher am Wegesrand, freuen zu können. Es ist Zeitgeschichte, die in diesen privaten Briefen dokumentiert wurde, so auch das letzte Kriegsjahr in Königsberg mit der verheerenden Zerstörung der Stadt in zwei Bombennächten im August 1944 und die Nachkriegszeit in Dänemark, mit oft überraschenden Details des Lebens zwischen den Ruinen und im Lager. Die anschließende Fragerunde zeigte die Wertschätzung der Seminarteilnehmer für die bedeutendste Dichterin aus Ostpreußen und wichtigste Balladendichterin ihrer Zeit. Die Teilnehmer staunten, als beiläufig bekannt wurde, dass Edmund Ferner, der erste Referent des Wochenendes, auch in einer Verbindung zu der Dichterin steht, Agnes Miegel war nämlich seine Patentante.

Zum Abschluss des Seminars wurde traditionell das Ostpreußenlied gesungen. Die Veranstaltung wurde gefördert durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien.

Die Geschichte unserer Heimat hat noch viele bekannte und unbekannte Aspekte, eine gute Art diese kennenzulernen ist das nächste Geschichtsseminar der Landsmannschaft Ostpreußen vom 20. bis zum 22. September 2019 in Helmstedt.

Andreas Galenski

Strumpfhalter · Senke im Gelände · Urkunde über eine erteilte Erlaubnis · ein Mineral · zuckern · Wollgewinnung bei Schafen · Präriewolf · unpassender Augenblick · Aroma, zarter Geruch · Haushaltsplan · Musik: Zusammenklang · englisches Bier · Nähgerät · Kreuzesinschrift · Spaßmacher im Zirkus · inkognito · Schrotgewehr · ebenfalls · vergnügt · deutscher TV-Sender (Abk.) · Besichtigungsfahrt · deutlich · weibliches Lasttier · Kzw.: unbekanntes Flugobjekt · in ein Signalhorn blasen · Trauerspiel · griechischer Götterbote · ital. Mittelmeerinsel · Stadt u. See in Pennsylvania · noch nicht geklärt · Greifvogel, Aasfresser · altindischer Gott · engl.-amerik. Längenmaß · den Inhalt entnehmen · Kletterpflanze · kleinlich auslegen · ein Bild ländlichen Friedens · Dienstkleidung · Nebenmeer des Atlantiks · feste, schützende Umhüllung · aus gebranntem Ton gefertigt · Nachtvogel · aus gegerbter Tierhaut · Kampfgerät · wegen, aufgrund · große Tür, Einfahrt · konzentrierte Lösung · von solcher Art · Bundesstaat der USA · Eingang; Vorspeise (franz.) · Wassersportart · kurze, grelle Funkenentladung · Agavefasern · Bierhersteller · reizen · Norm, Richtschnur · Abbruch eines Gebäudes · Vorname Eulenspiegels · Flachland · trockenes Land in Küstennähe · Teil des Rades · zeitlos; immerzu · Schling-, Urwaldpflanze · männliches Borstentier · Vorderasiat, Perser · Mitglied eines kath. Ordens · sowieso · Laufgerät · rumän. Währungseinheit · Körperpartie · ungebraucht · nach Gutdünken · Fluss zum Don · der Blaue Planet · asiatisches Gebirge · Sinnesorgan · ägyptische Göttin · Bitte um Antwort · übervorteilen · Binse, Schilf · linker Nebenfluss der Fulda · engl. Adelstitel: Graf · jeder ohne Ausnahme · röm. Dichter, Philosoph · unbestimmter Artikel · „Engel v. Augsburg“ (Agnes) · Ansage auf Kontra (Skat) · Kfz-Zeichen Schweinfurt · römischer Dichter · Lochvorstecher, Pfriem · in hohem Maße · chem. Zeichen für Lithium · wild, grausam · Kauf, Anschaffung · kugeln, rotieren

PAZ18_41

So ist's richtig:

F S S K U D A I
STRAPS CLOWN UNERKANNT
AE AUCH J ZDF T KLAR
FLINTE UFO E TRAGOEDIE
B STRITTIG UT R E S
HERMES DEUTELN IDYLLE
LIVREE E T IRDEN A EL
BE INFOLGE E R DERLEI
WAFFE ES ENTREE RUDERN
UTAH O SISAL DE
S ABRISS EBENE
REGEL GEEST RR R
JESUIT N IRANER
STELZE LEU WE
DONEZ I BELIEBIG
H NASE FRAGE
NEPPEN RI E U N
BERNAUER SENECA
HD M OVID AHLE
TIERISCH SEHR LI
N ERWERB ROLLEN

Diagonalrätsel: 1. Gigolo, 2. Belize, 3. Aspekt, 4. Gelage, 5. Mozart, 6. Talmud – Gepard, Ozelot

Kreiskette: 1. Museum, 2. Kermes, 3. Klerus, 4. Muskat, 5. Remter – Muskelkater

Sudoku:

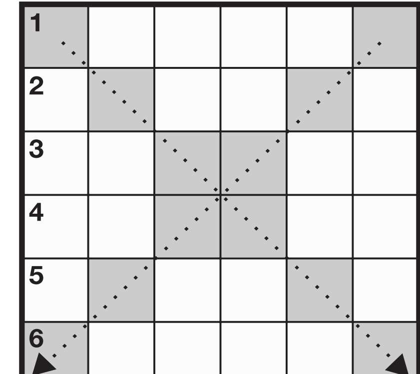
8	5	6	9	1	3	2	4	7
9	1	7	4	6	2	5	3	8
4	3	2	7	5	8	9	1	6
2	9	1	6	4	7	8	5	3
6	7	8	5	3	9	1	2	4
5	4	3	8	2	1	6	7	9
1	2	4	3	9	6	7	8	5
7	6	5	1	8	4	3	9	2
3	8	9	2	7	5	4	6	1

Sudoku

8			9		3			7
	1						3	
4		2					9	6
2			6		7			3
		8	5		9	1		
5			8		1			9
1		4				7		5
	6						9	
3			2		5			1

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



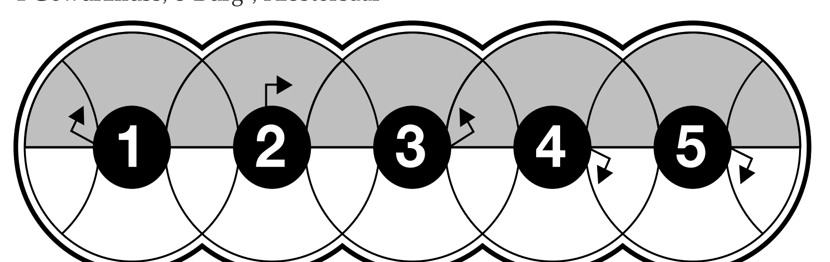
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Raubkatzen.

1 Eintänzer
2 Staat in Mittelamerika
3 Gesichtspunkt
4 ausgedehntes Gastmahl
5 österreichischer Komponist
6 jüd. religiöse Gesetzessammlung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte Schmerzen nach körperlicher Anstrengung.

1 Gebäude für Sammlungen, **2** roter Farbstoff, **3** katholische Geistlichkeit, **4** Gewürznuss, **5** Burg-, Klostersaal



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 15

der Landesgruppe Hamburg, um organisatorische Fragen zum Status der Gruppe und ihrer Mitglieder zu klären; auch die Frage, ob die Mitglieder der Heimatkreisgruppe Gumbinnen einer anderen Heimatkreisgruppe beitreten möchten. Vertreter und Mitglieder der Heimatkreisgruppen werden dabei die Gelegenheit haben, sich kennenzulernen.

KREISGRUPPE



Heiligenbeil – Donnerstag, 18. Oktober, 14 Uhr, AWO Seniorentreff im Stadtteilhaus „Horner Freiheit", 1. Etage (Aufzug vorhanden), Am Gojenboom 46: Herbstfest und 70-jähriges Bestehen der Gruppe. Anmeldung bis zum 16. Oktober bei Ldm. K. Wien, Telefon (040) 32049041, der Kostenbeitrag für Kuchen und Kaffee beträgt 5 Euro.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 13. Oktober, 14.30 Uhr, Luise-Büchner-Haus, Grundweg 10, Darmstadt-Kranichstein: Erntedankfeier mit musikalischer Begleitung und Gerlinde Groß von der LOW Gruppe Frankfurt, die uns mit ihrem Vortrag in die alte verlorene Heimat zurück führen wird. Alle Mitglieder und Gäste sind immer willkommen.

BERICHT

Unser September-Treffen war der Erinnerung an die „Berliner Luftbrücke" gewidmet, die vor 70 Jahren die von der Sowjetunion eingeschlossene Stadt mit dem Überlebensnotwendigsten versorgte. Dazu war der „letzte Eisenbahner" Siegfried Kugies als Referent eingeladen. Er berichtete, dass ohne die Eisenbahn die Durchführung der Luftbrücke nicht möglich gewesen wäre. Mitgebracht hatte er seine Eisenbahner-Mütze, eine Karbidlampe und einen Kohlensack. Die Karbidlampe gab Licht beim Entladen und Rangieren der Züge.

Mit der Einführung der D-Mark in Westberlin im Juni 1948 reagierte die Sowjetunion mit der Sperrung aller Zufahrtswege in die Stadt. Die USA, Großbritannien und Frankreich begannen Westberlin mit seinen fast zwei Millionen Einwohnern über die Luft zu versorgen. Elf Monate lang wurden Lebensmittel, Medikamente, Kraftstoffe und Kohle mit Flugzeugen nach Berlin gebracht. Von der Rhein-Main-Airbase wurden überwiegend Kohlen transportiert. Diese kam aus dem Ruhrgebiet und dafür brauchte man die Eisenbahn. Gleis 7 war für die Kohlezüge reserviert, sagte Siegfried Kugies und zeigte Bilder und einen alten Gleisplan. 50 Waggons mit Kohle mussten innerhalb von zwei Stunden entladen werden. Dies ging im Drei-Schichtbetrieb rund um die Uhr, drei Kolonnen Eisenbahner arbeiteten dafür – zwei rangierten die Züge, eine sorgte für den Kraftstoff. Mit 897 Flügen pro Tag erreichte die Luftbrücke ihren Höhepunkt. Unvergessen ist der US-Flieger Gail Halvorsen mit seiner Idee, für die Kinder Süßigkeiten an Taschentüchern als Fallschirme beim Landeanflug abzuwerfen. Die Versorgung der Stadt war eine logistische Meisterleistung, bei der aber auch 70 westalliierten Soldaten ihr Leben verloren.

Nach dem Vortrag wurden Fragen beantwortet und eine Teilnehmerin berichtete, dass es während der Blockade in den Stadtteilen Berlins jeweils versetzt nur zwei Stunden Strom gab.

Gerhard Schröder gab bekannt, dass er als Kind mit einem „Rosinenbomber" nach Westdeutschland ausgeflogen wurde.

Herzlich wurde dem im 92. Lebensjahr stehenden Zeitzeugen gedankt. Eingangs wies der Vorsitzende Gerhard Schröder auf die vier WM-Fußball-Spiele in Königsberg hin, bei dem die Presse nicht einmal erwähnte, dass es sich bei Kaliningrad um die ehemalige Hauptstadt Königsberg handelt. Waltraud Barth hatte wieder für den Blumenschmuck gesorgt und Gerhard Turowski sprach Worte zum christlichen Glauben.

Wetzlar – Sonntag, 14. Oktober, 14 Uhr, Bürgersaal Büblingshausen, Unter dem Ahorn 22: Tag der Heimat des Wetzlarer Orts- und Kreisverbands des Bundes der Vertriebenen. Festredner ist der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und Vize-Präsident des Bundes der Vertriebenen Stephan Mayer (CSU). Er spricht zum Thema „Unrechtsdekrete beseitigen – Europa zusammenführen". Der Volkstumsnachmittag wird mitgestaltet von den Ichelhäuser Musikanten, dem Union-Chor Wetzlar 1873 und dem Sängerchor Lahngruß 1908 Wetzlar, dem Chor der Landsmannschaft Egerland Oberndorf und der Gesanggruppe „Stimme der Hoffnung". Der Eintritt ist frei.

BERICHT

Besuch vom Landesvorstand konnte der Vorsitzende der Kreisgruppe Wetzlar der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kuno Kutz, beim jüngsten Treffen begrüßen. Der Landesvorsitzende Ulrich Bonk aus Frankfurt war gekommen und grüßte die Teilnehmer im Wetzlarer Restaurant „Grillstuben".

Mehr als 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Vertreibung aus der Heimat gebe es immer weniger Zeitzeugen, die diese Zeit noch als Kinder erlebt haben. Entsprechend würden die Landsmannschaften zahlenmäßig kleiner und in einigen Orten schließen sie sich zusammen. In Hessen gibt es nach Angaben von Bonk noch elf Kreisgruppen, die größte in der Landeshauptstadt Wiesbaden. Die größten Gruppen in Hessen bildeten derzeit die Sudeten- und die Russlanddeutschen. Bonk ist nicht nur Landesvorsitzender der Ost- und Westpreußen, sondern auch Bundesvorsitzender der Westpreußen, deren Kulturstiftung, in der er mitarbeitet, ein Museum in Warendorf unterhält. Die Ost- und Westpreußen veranstalten alle zwei Jahre eine Landeskulturtagung. Diese ist für 2019 ins Auge gefasst. Derzeit aber sei die Finanzierung noch nicht gesichert, so Bonk. Die Landsmannschaften verstehen ihre Aufgabe darin, die Kultur der einstigen Heimat zu bewahren und an die nächste Generation weiterzugeben.

Kutz konnte auch den CDU-Landtagsabgeordneten Frank Steinraths begrüßen. Der Landespolitiker ist der Landsmannschaft und auch dem Bund der Vertriebenen verbunden. Für das kommende Jahr bot er, falls er im Oktober gewählt wird, eine Fahrt für die Vertriebenen nach Frankfurt an.

Bonk erinnerte an den westpreußischen Bischof von Danzig, Carl Maria Splett (1889 bis 1964), der sowohl mit den nationalsozialistischen Machthabern als auch nach dem Krieg mit den Polen in Konflikt geriet und acht Jahre in polnischer Gefangenschaft verbrachte, bevor er in die Bundesrepublik abgeschoben wurde.



Bild: Rühl

Wetzlar: (v.l.) Landtagsabgeordneter Frank Steinraths im Gespräch mit Kuno Kutz und Ulrich Bonk

Wiesbaden – Donnerstag, 18. Oktober, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert wird Grützwurst. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition (bitte auch Portionen zum Mitnehmen angeben) unbedingt anmelden bis spätestens 12. Oktober bei Helga Kukwa, Telefon 373521.

BERICHT: Lebenslinie(n) „Hinschauen, nicht wegschauen!"

Die Berliner Luftbrücke wäre ohne die Eisenbahn nicht möglich gewesen – sagt Siegfried Kugies. Er hat daran mitgewirkt. Inzwischen ist er einer der letzten Zeitzeugen.

Im Arbeitszimmer steht das Körbchen für den nächsten Tag schon bereit. Es enthält die Utensilien, die Siegfried Kugies bei der bevorstehenden Lesung aus seiner Autobiografie zeigen wird. Eine Karbidlampe ist dabei und ein Kohlensack. In dem Sack wurden Kohlen aus Güterzügen in Flugzeuge verladen, die Karbidlampe gab Licht beim Entladen und beim Rangieren der Züge. 70 Jahre ist das her. Und noch heute liest Siegfried Kugies, bald 92 Jahre alt, immer wieder aus seinen Erinnerungen, die er vor sieben Jahren in Buchform veröffentlicht hat.

In den ersten 18 Jahren verlief das Leben „des Siggi Kugies aus Ostpreußen", wie er sich selbst gerne nennt, so wie das Leben vieler junger Männer des Jahrgangs 1926. Schule, Hitlerjugend, Einberufung. Siegfried Kugies kam an die Westfront, erst an die Flak, dann zur Infanterie. Im Winter 1944/45 hatte er das erste Erlebnis, das seinem Leben eine entscheidende Wende gab: die Gefangennahme durch die US-Army. Gemeinsam mit seinen Mitgefangenen wurde Siegfried Kugies auf einem Schiff in die USA gebracht. „Wir waren gerade vier Tage unterwegs, als deutsche U-Boote den Geleitzug angriffen. Glücklicherweise traf kein Torpedo unser Schiff. Am 20. April, nach vier Wochen auf See, trafen wir im Hafen von New York ein. Was für ein Anblick, das Empire State Building und die vielen Wolkenkratzer... dies werde ich nie vergessen."

Kriegsgefangenschaft in den USA hieß: Unterbringung in einem Camp, Arbeit (in diesem Fall: in der Wäscherei), abends Unterricht: Englische Sprache, englische und amerikanische Geschichte, Demokratieunterricht. „Hier gingen mir die Augen auf, dass man als 17-jähriger als Kanonenfutter missbraucht wurde. Wir wurden mit Begriffen wie „Demokratie, Menschenwürde, Freiheit" vertraut gemacht. Auch sagte der Referent: „Eine Demokratie steht und fällt mit der ehrenamtlichen Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger." Seine Lehre bis heute: „Nicht wegschauen, sondern Hinschauen!"

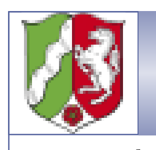
1946 wurde Siegfried Kugies nach Wales verlegt und arbeitete dort auf einer Farm. „Wäre der Brief damals nicht gekommen, wäre ich Bauer in Wales geworden", sagt er heute. Der Brief kam vom Roten Kreuz und teilte ihm mit, dass es seine Familie nach Trebur in Hessen in der Nähe von Rüsselsheim verschlagen hatte. So kam auch Siegfried Kugies nach Treburg.

Mit dem Geld, das er in Wales verdient hatte, kaufte sich der 22-jährige einen Anzug und stellte sich bei Opel in Rüsselsheim vor. „Wegen des Anzugs haben die sie mich dort angeguckt wie einen Hochstapler." Eine Stelle hatte man für den jungen Mann nicht frei. Bei der Eisenbahn nahm man ihn sofort. Gleise und Bahnhöfe lagen in Trümmern, es wurde jede Hand gebraucht. Siegfried Kugies arbeitete im Gleisbau, als Rangierer und als Schrankenwärter.

Anfang 1949 wurde Siegfried Kugies zur Rhein-Main-Airbase nach Frankfurt delegiert. Es war das nächste einschneidende Erlebnis: Denn dort war die wohl größte Logistik-Aktion der Geschichte im Gange, die Berliner Luftbrücke.

Im Juni 1948 hatten die Westalliierten in West-Berlin die D-Mark als Zahlungsmittel eingeführt. Die Sowjetunion reagierte mit der Sperrung aller Zufahrtswege in die Stadt. Die USA, Frankreich und Großbritannien begannen, West-Berlin und seine fast zwei Millionen Einwohner über die Luft zu versorgen. Elf Monate lang, von Juni 1948 bis Mai 1949, wurden Lebensmittel, Medikamente und Kraftstoffe mit Flugzeugen nach Berlin gebracht. Von der Rhein-Main-Airbase wurden überwiegend Kohlen transportiert. Aber die Kohle musste zu den Flugzeugen gebracht werden und dafür brauchte man die Eisenbahn. Die Kohle kam in Zügen aus dem Ruhrgebiet oder aus dem Frankfurter Osthafen. „Das Gleis 7 war für die Kohlenzüge reserviert", sagt Siegfried Kugies und zeigt einen alten Gleisplan. „50 Waggons Kohle waren innerhalb von zwei Stunden entladen. Der leere Zug raus, der nächste rein. So ging das im Drei-Schicht-Betrieb, rund um die Uhr, auch am Sonntag und an den Feiertagen." Zwei Kolonnen Eisenbahner arbeiteten dafür, zwei rangierten die Züge, eine dritte sorgte für Kraftstoff.

Mit seinen Englisch-Kenntnissen wurde Siegfried Kugies ein wichtiger Mann im Austausch zwischen deutschen Eisenbahnern und amerikanischen Militärs. Eine Funktion, die ihm nicht nur während der Luftbrücke nützte, sondern auch in seinem weiteren Leben und Berufsleben. Bei der Bundesbahndirektion Frankfurt leitete er später das Aufgabengebiet „Verkaufsförderung und Touristik". Bis heute ist die Verbundenheit der ehemaligen Kriegsgegner Deutschland und USA sein großes Thema. „Die Luftbrücke wäre ohne die Eisenbahner nicht möglich gewesen", sagt er. „Das darf nicht vergessen werden!" *S.K.*



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonnabend, 27. Oktober, von 10 bis zirka 16 Uhr, Haus Union, Schenkendorfstraße 13, 46047 Oberhausen: Herbsttagung der Landesgruppe. Für die diesjährige Landes-Kultur- und Frauentagung wurden der Germanist Professor Wladimir Gilmanov (Königsberg) sowie die Mezzosopranistin Isabelle Kusari (Meerbusch) nebst dem Pianisten Jun Zhao verpflichtet. Die Veranstaltung wird sich in einen Vortragsteil und einen musikalischen Teil gliedern.

10.15 bis 11.15 Uhr: Professor Wladimir Gilmanov: „Unsterbliches Königsberg – Die Besonderheit der Stadt am Pregel für die europäische Geistesgeschichte",

11.15 bis 12.00 Uhr: Isabelle Kusari (Gesangsbeitrag),

12 Uhr bis 13 Uhr: gemeinsames Mittagessen und Plachandern,

13 bis 13:45 Uhr: Professor Waldimir Gilmanov: „Deutschland und Russland: eine Schicksalsgemeinschaft und die Zukunft",

13.45 bis 14.30 Uhr: Isabelle Kusari (gemeinsames Singen)

14.30 bis 15.15 Uhr: Kaffee und Kuchen sowie Plachandern,

15.15 bis. 15.45 Uhr: Isabelle Kusari (Gesangsbeitrag).

Zur diesjährigen Herbsttagung werden Gäste aus der Politik und der Verwaltung erwartet. Bitte melden Sie sich frühzeitig bei der Geschäftsstelle (Brigitte Gomolka) an, da die Zahl der Plätze begrenzt ist. Tagungsgebühren je Person wie immer 15 Euro (in den Tagungsgebühren sind die Kosten für das Mittagessen sowie für den Nachmittagskaffee und -kuchen enthalten).

Düren – Sonnabend, 27. Oktober, Oberhausen: Landes-Kultur-Herbsttagung.

Düsseldorf – Sonnabend, 13. Oktober, 15 Uhr, GHH: Herbsttreffen der Memelländer. – Mittwoch, 17. Oktober, 18 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH, Eichendorff-Saal: Chorproben mit Radostina Hristova.

Neuss – Richtigstellung: Zu dem Foto zum Tag der Heimat in der Folge 39 muss es in der Bildunterschrift richtig heißen: (v. l.) Stephan Rauhut, Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, Peter Pott.

BERICHT

Unter der Leitung ihres langjährigen Vorsitzenden Peter Pott unternahm die Kreisgruppe Neuss der Landsmannschaft Ostpreußen vom 13. bis zum 22. September wieder eine Fahrt ins südliche Ostpreußen.

Am ersten Tag ging es mit dem Bus zum Stadtrundgang nach Stettin, um dann durch Hinterpommern weiterzufahren zunächst bis zur Marienburg, nach deren Besichtigung man gegen Abend Frauenburg erreichte. Hier wirkte bis zu seinem Tode 1543 nicht nur der Begründer des Astronom Nicolaus Copernicus, dessen Grabmal sich auch im dortigen Dom befindet, sondern mit dem Ort verbindet sich zugleich eine der größten Tragödien am Ende des Zweiten Weltkriegs, als Tausende von Menschen vor der Roten Armee über das zugefrorene Haff auf die Frische Nehrung flohen und dabei gnadenlos von sowjetischen Tieffliegern angegriffen wurden, wobei viele umkamen oder durch das von Geschossgarben zerfetzte Eis einbrachen und ertranken. Zum Gedenken an die Opfer von damals errichteten Polen und Deutsche im Jahre 2001 gemeinsam ein Mahnmal in der Nähe des Ostseestrands, an dem die Neusser Reisegruppe nun einen Kranz niederlegte. Auch Peter Pott, der dabei eine kurze Ansprache hielt, gehörte seinerzeit mit seiner Mutter und den Geschwistern zu jenen, die von hier aus die Flucht antraten.

Am folgenden Tag besichtigte man die alte Freie und Hansestadt Danzig, später schloss sich eine Rundfahrt durch das Seebad Zoppot und die Hafenstadt.Durch Westpreußen, vorbei an Elbing, erreichte man schließlich Osterode und damit Masuren, wo die Reisegruppe in Lötzen einige Tage blieb. Von hier aus wurden Besichtigungstouren in die nähere Umgebung unternommen. Dabei standen Ziele auf dem Programm wie Nikolaiken – das „Venedig Masurens", das Geburtshaus des Dichters Ernst Wiechert, eine Stakerfahrt auf der Krutinna, Rastenburg und die in der Nähe gelegenen Überreste von Hitlers einstigem Hauptquartier Wolfschanze, die berühmte Wallfahrtskirche Heiligelinde, eine Schifffahrt auf dem Löwentinsee sowie ein Empfang beim Deutschen Sozialkulturellen Verein Lötzen, in dem sich 1991 die nach dem Zweiten Weltkrieg in der Stadt verbliebenen Deutschen zusammenschlossen und der die Reisegruppe aus Neuss nicht nur mit Kaffee und Kuchen bewirtete, sondern dessen Chor auch ein Repertoire alter deutscher Volkslieder – insbesondere aus Masuren – vortrug.

Am vorletzten Tag ging es über Allenstein zunächst in die bekannte „Lebkuchenstadt" Thorn, dann fuhr man weiter über Bromberg nach Posen, dessen Besichtigung den ganzen folgenden Tag ausfüllte. Überwältigt von der Gastfreundschaft der Polen und dem allgegenwärtig

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18



Frauenburg: Peter Pott am Gedenkstein

Bild: Reith

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

zuvorkommenden Service, kehrte man schließlich auf der seit einigen Jahren fertiggestellten Autobahn über Frankfurt an der Oder nach Neuss zurück.

Bleibt noch zu erwähnen, dass das Wetter mitspielte, denn es herrschten während des gesamten Reisezeitraums ausnahmslos blauer Himmel und Sonnenschein bei sommerlichen Temperaturen bis zu 32 Grad. Ein besonderer landschaftlicher Reiz bestand darin, dass die Wälder teilweise schon in herbstlicher Laubfärbung standen,die in der strahlenden Sonne besonders kräftig schien.

Ein großer Dank gilt der Reiseleiterin Beata, die zum wiederholten Mal Neusser Gruppen während der Rundreise begleitete und mit ihrem Fachwissen sowie humorvollen Einlagen auch diesmal wieder ein wirklicher Gewinn war.

Peter Pott betonte, dass es aus Alters- und gesundheitlichen Gründen sowie wegen der enormen organisatorischen Vorarbeiten seine letzte Ostpreußen-Reise mit der Kreisgruppe Neuss sei.

Doch wer weiß? Vielleicht führt dereinst ja sein Nachfolger oder eine Nachfolgerin diese Tradition fort oder lässt sie neu aufleben. Zu wünschen wäre es.

Wolfgang Reith

Schwelm – Sonnabend, 13. Oktober, 14.30 Uhr (Beginn: 15 Uhr), Sportlerheim FC, Freiherr-von-Hövelsweg: Erntedankfest.

Witten – Montag, 15. Oktober, 15 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6-10: Erntedank „Pilze und Kartoffeln“.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Flensburg – Mittwoch, 24. Oktober, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafé: Kaffeetafel, anschließend wird Siegfried Hoefer den zweiten Teil seines Vortrages über „Nordostpreußen – 1990 bis heute“ halten.

Uetersen – Freitag, 19. Oktober, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: Der Landesvorsitzende Edmund Ferner berichtet in einem Dia-Vortrag über seine Reise ins nördliche Ostpreußen im vergangenen Herbst (2017).

PAZ wirkt!

Neue Publikation zu »500 Jahre Reinheitsgebot«

Bereits in der Zeit des Deutschen Ordens wurde in Pomerellen in Klöstern und in jeder Stadt Bier gebraut. Allerdings berichtet Kaspar Henneberger in seiner Chronik von 1595, dass die Biersorten nicht immer gut waren.

In der Zeit des Hochmeisters Konrad von Erlichshausen (1441–1457) hatten einige davon sonderliche Namen wie das Danziger Bier „Wehr dich“, das Elbinger „Schlichting“, das Stargarder „Spülkanne“ oder das Marienwerder „Blerrkatze“. Nur das Getränk aus Dirschau rühmte sich „Freudenreich“.



Die besten Zeiten für das Brauwesen im Königlichen Preußen waren im 16. und 17. Jahrhundert. Danach ging die Zahl der Brauhäuser an der unteren Weichsel bis 1815 zurück und erst in der Ära der Industrialisierung entstanden neue und moderne Brauereien, vor allem in großen Städten wie Danzig und Elbing, aber auch in kleineren Orten wie Dirschau, Pr. Stargard, Marienburg, Marienwerder und Mewe.

Ein großes Kapitel befasst sich mit der „Bierstadt“ Danzig, in der es zeitweise Hunderte von Brauereien gab und die Stadt das Zentrum des Brauwesens im Osten wurde. 1416 gab es 378 Namen und die Produktion wurde auf 250 000 Fässer mit je 126 Litern geschätzt. Die Familie Hevelke, aus der der Astronom Johannes Hevelius (1611–1687) stammt, besaß bereits 1580 zwölf Brauhäuser in der Altstadt Danzigs.

Das Heft beleuchtet die Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, als viele Braustätten geschlossen wurden. 1820 gab es 30 und 1861 nur noch 17 Betriebe. Durch die Industrialisierung um 1860 entstanden die ersten Großbrauereien wie die „Danziger Aktien-Bierbrauerei“ und die „Brauerei Richard Fischer“ in Neufahrwasser, die einige Jahre später zu den größten Betrieben der Stadt zählten. Die Wirtschaftskrise nach dem Ersten Weltkrieg führte zu zahlreichen Schließungen oder zu Übernahmen von kleineren Brauhäusern wie „Gebr. Stobbe“, „Schloßgrund“ oder „Gebr. Hamm“, sodass 1935 nur die beiden erstgenannten Produktionsstätten übrig blieben.

Eigene Kapitel schildern die Geschichte der Hohenzollernbrauerei Dirschau, des Bürgerlichen Brauhauses Pr. Stargard sowie der Braustätten in Marienburg und Marienwerder. Erwähnung finden zudem große Bierherstellungsbetriebe an der unteren Weichsel in Bromberg, Thorn, Kulm und Graudenz sowie kleinere regionale Betriebe in Schlochau, Konitz, Mewe, Rosenberg und Bischofswerder und letztendlich die Schloßbrauerei in Finckenstein.

Ein Teil der neuen Publikation ist der Geschichte der Brauereien an der Weichsel nach 1945 gewidmet. Bereits am 14. Mai 1945 konnte die „Danziger Aktien-Brauerei“ wieder die ersten Flaschen Bier ausliefern. Die Modernisierung der Einrichtungen sowie die 1962 erfolgte Verleihung des Titels „Bester Brauereibetrieb in Polen“ verhinderten nicht, dass sie 1997 von der Elbrewery Co Ltd. in Elbing übernommen und 2001 geschlossen wurde. So ging es auch vielen anderen kleinen Firmen, die 1945 die Produktion nicht mehr aufnahmen oder einige Jahre später „zugesperrt“ wurden. In Bromberg, Kulm und Graudenz bestehen heute wieder große Herstellungswerke.

Aber auch die neuen Brauereien an der Weichsel finden Erwähnung: die 2008 eröffnete Mikrobrowary in Danzig, die Browary Kociewski in Pr. Stargard, die 2016 ihren Betrieb aufnahm oder die Brauerei Gosciszewo im ehemaligen Braunswalde zwischen Marienburg und Stuhm, die 1991 die erste Minibrauerei Polens war. 200 000 Hektoliter jährlich stellt die seit 1994 bestehende Brauerei Amber in Bielkówo in der Gemeinde Kolbudy (Kahlbude) bei Danzig her. Von ihr kommt das Lagerbier „Johannes“, zu der das Historische Museum der Stadt Danzig die Idee beitrug.

Die im Eigenverlag des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen zweisprachig (deutsch/polnisch) erschienene Publikation wurde unter der Redaktion des Direktors der Kultureinrichtung, Wolfgang Freyberg, erstellt und bildet eine Ergänzung zum ersten, ebenfalls noch lieferbaren Heftes „500 Jahre Reinheitsgebot – Bier und Brauereien in Ostpreußen damals und heute“. Die neue Publikation kann beim Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 86440 oder per E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de für 5 Euro zuzüglich Porto und Verpackung erworben werden. *M. Fritsche*

Eröffnung der sechsten Ausstellung des »ZgV«

Zur Eröffnung der Ausstellung „In Lagern – Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941-1955“ der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen (ZgV) am 21. Oktober in der Frankfurter Paulskirche erklärt der Vorsitzende Christean Wagner: „Am 21. Oktober wird die sechste Ausstellung der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen eröffnet und der Öffentlichkeit präsentiert. Die Ausstellung widmet sich einem in der Öffentlichkeit wenig bekannten und bewussten Kapitel der deutschen und europäischen Geschichte, nämlich der Verschleppung deutscher Zivilisten in den damaligen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten sowie ihrer Internierung in Lager. Diese Vorgänge sind Teil des großen Vertreibungsgeschehens, das die Deutschen im östlichen Europa während und nach dem Zweiten Weltkrieg traf. Sie umfassen auch die Deportation und die Zwangsarbeit der Deutschen in der Sowjetunion.

Die Ausstellung will das als allgemeines Kriegsfolgenschicksal jahrzehntelang unterbewertete und politisch ausgeklammerte Schicksal der Betroffenen ins öffentliche Bewusstsein bringen. Sie beschreibt die politische Ausgangssituation, die Motive für die Lagerbildung, die verschiedenen Lager sowie die dortigen Lebensbedingungen. Zitate von Zeitzeugen und deren Erinnerungen in dokumentarischer und literarischer Form machen die Ausstellung und das persönliche Empfinden trotz fehlender Bilder über die Lager und das Lagerleben erlebbar. Der Schlussteil der Ausstellung ist der Aufarbeitung dieses Themas in den betreffenden Staaten gewidmet und zeigt auf, wie durch unterschiedliche Initiativen, auch der Betroffenen, Wege zur Verständigung über Grenzen und Nationalitäten hinweg gesucht und gefunden werden.

Begleitend zur Ausstellung werden zwei Zeitzeugenfilme gezeigt, in denen Betroffene von ihren Erlebnissen in Lagern berichten und von ihren Bemühungen, das Erlebte zu verarbeiten und das Gedenken an die ungezählten Opfer aufrecht zu erhalten. Die Besucher der Ausstellung können auch ins Bücherregal greifen und sowohl historische Hintergründe vertiefen, als auch Einzelschicksale nachlesen.

Es waren meist Frauen, Jugendliche, Kinder und alte Menschen, deren Verschleppung und Internierung als Massenphänomen im rechtsfreien Raum stattfanden, ohne individuelle Anklage oder Urteil. Aus Sicht der Sowjetunion stellte die Arbeitskraft der deutschen Zivilpersonen eine Form der zu leistenden Reparationen dar. Die westlichen Verbündeten der Sowjetunion, die USA und Großbritannien, hatten keine prinzipiellen Einwände gegen ihren zwangsweisen Einsatz. Denn durch den Zweiten Weltkrieg hatten die europäischen Staaten einschließlich der Sowjetunion starke Zerstörungen und hohe Verluste an Menschenleben erlitten. Zudem war die Ausbeutung von menschlicher Arbeitskraft zum Aufbau der Sowjetunion als Wirtschaftsmacht schon längst Praxis.

Im Zuge der Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands 1945 wurden über eine Million deutscher Zivilisten in Lager verschleppt. Sie stammten aus den damaligen deutschen Ostgebieten, aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien, aber auch aus der Sowjetischen Besatzungszone beziehungsweise der DDR und wurden innerhalb ihrer Heimatgebiete interniert und/oder in die Sowjetunion verschleppt.

In der Sowjetunion wurden die Deutschen an der Wolga und in anderen Siedlungsgebieten bereits nach dem Überfall durch die Wehrmacht 1941 zunächst in Gebiete östlich des Urals deportiert. Die Gesamtzahl der deportierten Deutschen innerhalb der Sowjetunion wird auf rund 1,1 Millionen Menschen geschätzt. Die Ursachen von Deportation und Ausbeutung deutscher Zivilisten stehen im engen Zusammenhang mit den vorausgegangenen Verbrechen des NS-Regimes an den Menschen in vielen Völkern Europas. Neben vielen Millionen Kriegstoten sind schätzungsweise 12 bis 14 Millionen Menschen durch verbrecherische Maßnahmen und die Vernichtungs- und Rassenpolitik des nationalsozialistischen Regimes zu Tode gekommen.

Ebenso wie die erfolgreichen Vorgängerausstellungen „Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“ (2006), „Die Gerufenen – Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa“ (2009), „Angekommen – Die Integration der Vertriebenen in Deutschland“ (2011), „Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt“ (2016) sowie die Gesamtschau „Heimatweh“ (2012) wird auch die neue Ausstellung als Wanderausstellung in der gesamten Bundesrepublik gezeigt.

Die Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen verleiht am Tag der Ausstellungseröffnung auch den Franz-Werfel-Menschenrechtspreis in der Frankfurter Paulskirche an den renommierten Historiker und Publizisten Prof. Dr. Michael Wolffsohn. *ZgV*

Zentrum gegen Vertreibungen, Godesberger Alle 72-74, 53175 Bonn, Telefon (0228) 8100730, Internet: www.z-g-v.de.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Jürgen Gretschels schlesischer Himmel

Ein Preis und ein Buch würdigen einen Deutschen in Liegnitz

Elzbieta Chucholska ist Pädagogin und Kulturanimatorin im Kulturzentrum Liegnitz [Legnica] und in einem Seniorenzentrum. 2002 gründete sie den Verein „Frauen in Europa“ und den Verband der „Freunde Liegnitz“ (Towarzystwo Milosnikow Legnicy). Ihre Passion ist die Geschichte ihrer Heimatstadt. Am 5. Oktober erhielt sie den historischen, weil ersten Jürgen-Gretschel-Preis der Stadt Liegnitz.

„Ich gehöre der ersten Generation der in Legnica Geborenen an, ich bin hier aufgewachsen. Die Veranstaltungen unseres Vereins erinnern an die Geschichte der Stadt und kultiviert die Bindungen unserer Vielvölkergesellschaft“, so Chucholska, die der historische Moment im Liegnitzer „Lehrerhaus“ mit Stolz erfüllte. „Dieser Abend geht in die Geschichte ein, nicht nur weil wir zum ersten Mal den nach dem Deutschen Liegnitzer Jürgen Gretschel benannten Ehrenpreis vergeben, sondern auch, weil wir ein Buch vorstellen, dessen Held Jürgen ist“, freute sich der Moderator des Abends und Verleger Franciszek Grzywacz. Er ist ein Freund und Mitstreiter des 2014 von der Liegnitzer Bevölkerung zum „Liegnitzer des Jahres“ gewählten langjährigen Vorsitzenden der Deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaft und vor einem Jahr verstorbenen Jürgen Gretschel. „Als das Buch 2017 fertig wurde, hätte sich niemand vorstellen können, dass Jürgen bei der Buchvorstellung nicht mehr unter uns sein wird“, bedauerte Grzywacz.

„Meine erste Erinnerung an Opa Jürgen ist, da war ich drei oder vier Jahre alt, als ein Fernsehteam aus Japan einen Film über Opa bei ihm zu Hause drehte und ich dabei war“, so Enkel Damian Stefaniak, der nun in die Fußstapfen des Großvaters steigen musste und die Liegnitzer Deutschen leitet. „Es ist alles andere als einfach für mich, denn Großvater hat eine Kluft hinterlassen, die wir wohl nie wirklich überwinden werden“, so Stefaniak. Aber er gibt nicht auf. Der 30-jährige Vater von drei Kindern hat in Liegnitz Hilfe. Die jetzt im 16 Kilometer entfernten Haynau [Chojnow] lebende Rosel Rzepakowska ist begnadete Köchin und Bäckerin und hat noch bei Jürgen alte schlesische Gerichte zubereiten gelernt. Für die Preisverleihung zauberte sie neben den berühmten Liegnitzer „Bomben“ gleich mehrere Sorten vom schlesischen Streuselkuchen.



In schlesischer Tracht: Jürgen Gretschel Bild: www.schlesisches-museum.de

Wann immer sie kann, kommt sie zu den jeden Donnerstag stattfindenden Treffen der Deutschen in Liegnitz und ist bei der bereits legendären „Weihnacht der Völker“ mit ihrem Deutsch-Schlesischen Tisch immer dabei. Genauso wie Johanna Gurbiel, die zusammen mit Jürgen Gretschel die gleiche Schule und später die technische Mittelschule besuchte. „Wir haben als Kinder in Liegnitz jeden Winkel erkundet, nichts war vor uns sicher. Das Leben war nicht einfach nach Kriegsende für uns Deutsche, aber wir haben uns mit der neuen Situation arrangiert. Dadurch, dass Liegnitz eine tatsächliche Muliti-Kulti-Stadt mit Russen, Ukrainern, Lemken, polnischen Juden, Roma und Polen war, waren wir alle in einer Minderheitensituation. Ohne Jürgen ist es schwer, er hat nicht nur alle Deutschen in Liegnitz vereint, sondern hat es geschafft, dass alle Minderheiten zusammenarbeiten“, so Gurbiel, die stellvertretende Vorsitzende der Deutschen in Liegnitz ist. Und dass die unterschiedlichen Minderheiten in Liegnitz gut miteinander können, ist eben auch Jürgen Gretschel zu verdanken, der die „Weihnacht der Völker“ initiierte und dafür sorgte, dass die Vorzeigegruppe „Legnica“ auf ihren Tourneen durch Polen und die Welt auch in schlesischer Tracht mit schlesischen Liedern und Tänzen auftritt.

„Jürgen Gretschel haben wir zu verdanken, dass unser niederschlesisches Kulturerbe überdauerte, er lehrte uns, dass wir – die Neuschlesier – verpflichtet sind, dieses Erbe zu pflegen. Er öffnete unsere Augen, Ohren und Herzen für die Geschichte und die kulturellen Reichtum dieser Region“, so Wojciech Kondusza vom Verein „Erinnerung und Dialog“, der Initiator des Gretschel-Preises ist.

Auch ehemalige Liegnitzer haben es sich nicht nehmen lassen, an der Preisverleihung im Theatersaal des Lehrerhauses dabei zu sein, und reisten gleich mit mehreren Bussen an. So konnten sie auf der Bühne polnische Jugendliche in niederschlesischen Trachten zu schlesischer Musik tanzen sehen.

Chris W. Wagner

Karl Lappe – ein pommerscher Heimatdichter

Er beeindruckte auch Beethoven

Karl Lappe erlangte als Lehrer, im antinapoleonischen Befreiungskrieg als „vaterländischer Freiheitssänger“ und vor allem als einer der begabtesten pommerschen Heimatdichter überregionale Bekanntheit. Er war ein Schüler von Gotthard Ludwig Kosegarten, der ihn förderte, mit Ernst Moritz Arndt befreundet und rühmte in seinen schriftstellerischen Arbeiten die Vorzüge seiner pommerschen Heimat sowie ihrer Menschen. Damit erreichte er auch über seinen Tod vor 175 Jahren hinaus eine längere Nachwirkung bis dahin, dass er auch in den „Pommerschen Lebensbildern“ ausführlich gewürdigt wird.

Der pommersche Heimatdichter wurde am 24. August 1773 im Dorf Wusterhausen bei Greifswald geboren. Sein Vater wirkte als örtlicher Pastor und verstarb bereits 1780. Danach wurde der Junge nacheinander vom Organisten, von seinem älteren Bruder und dann an der Wolgaster Stadtschule unterrichtet, wo er in die Obhut von Kosegarten kam, der als Schulrektor Lappes Begabung erkannte und ihn förderte. Es folgten das Greifswalder Universitätsstudium, wobei Theologie, Philologie sowie Philosophie im Mittelpunkt standen, erste poetische Versuche und dann die Brotarbeit bei verschiedenen Familien als Hauslehrer. Darunter auch eine Lehrertätigkeit in Neustrelitz. Das war sein Einstieg ins Berufsleben. 1798 rief ihn dann sein vorheriger Rektor Kosegarten, der inzwischen als Pfarrer auf Rügen fungierte, nach Altenkirchen. Lappe unterrichtete, betrieb mit Kosegarten einen regelmäßigen Gedankenaustausch sowie Sprachstudien, beherrschte dann die englische, schwedische sowie dänische Sprache und übersetzte literarische Werke aus diesen Ländern. Dazu gesellten sich zahlreiche Gedichte, die er in verschiedenen deutschen Zeitschriften veröffentlichte. Ab 1801 fungierte er in Stralsund rund 17 Jahre am „Sundischen Gymnasium“ als Gymnasiallehrer. Lappe unterrichtete mit großem Erfolg, dichtete und übersetzte weiter und verfasste außerdem einige pädagogische Schriften. Das reichte bis zum „Poetischen Magazin für Gedächtnisübungen...“ und dem „Pommernbuch“, einem Lesebuch für Pommern. Aber die Dauerarbeit untergrub wohl seine Gesundheit. Er gab nach ärztlichem Rat das Lehramt auf und zog sich nach Pütte bei Stralsund zurück, wo er nach seiner Gesundung ausschließlich als Schriftsteller und Herausgeber wirkte bis ein Hausbrand 1824 den Umzug in ein anderes Haus notwendig machte. Manche Quellen gehen dabei sogar von „Brandstiftung“ aus.



Der Einsame

Wann meine Grillen schwirren,
Bei Nacht, am spät erwärmten Herd,
Dann sitz ich mit vergnügtem Sinn
Vertraulich zu der Flamme hin,
So leicht, so unbeschwert.

Ein trautes, stilles Stündchen
Bleibt man noch gern am Feuer wach,
Man schürt, wann sich die Lohe senkt,
Die Funken auf und sinnt und denkt:

Nun abermal ein Tag!
Was Liebes oder Leides
Sein Lauf für uns dahergebracht,
Es geht noch einmal durch den Sinn;
Allein das Böse wirft man hin,
Es störe nicht die Nacht.

Zu einem frohen Traume
Bereitet man gemacht sich zu,
Wann sorgenlos ein holdes Bild
Mit sanfter Lust die Seele füllt,
Ergibt man sich der Ruh.

O wie ich mir gefalle
In meiner stillen Ländlichkeit!
Was in dem Schwarm der lauten Welt
Das irre Herz gefesselt hält,
Gibt nicht Zufriedenheit.

Zirpt immer, liebe Heimchen
In meiner Klause eng und klein.
Ich duld' euch gern: Ihr stört mich nicht
Wann euer Lied das Schweigen bricht
Bin ich nicht ganz allein.

Sein nächster Pütter Wohnsitz gedieh zum überaus produktiven Refugium. Lappe veröffentlichte seine Arbeiten in ganz Deutschland. Berühmte Komponisten wie Ludwig van Beethoven, Robert Schumann sowie Franz Schubert vertonten von ihm zahlreiche Verse. Außerdem gab der Pommerndichter die Wochenschrift „Sundine“ heraus. Seine Natur- und Landschaftsdichtung überzeugte in ganz Deutschland. Besonders seine Arbeiten über die Inseln Hiddensee und Rügen und seine eindrucksvoll geschilderte Bindung an die Schönheit und Gewalt des Meeres. Das reichte bis zu den klingenden Versen in seinem Buch „Mitgabe nach Rügen. Den Reisenden zur Begleitung und Erinnerung“ und reihte ihn in die erste Reihe der deutschen Meerespoeten ein.

Zur wachsenden Bekanntheit gesellten sich Ehrungen. Lappe wurde in die „Gesellschaft für Pommersche Geschichte und Altertumskunde“ sowie in die „Berlinische Gesellschaft für deutsche Sprache“ aufgenommen und mit der Ehrendoktorwürde der Universität Greifswald ausgezeichnet. Im Alter wechselte er nach Stralsund in die Heiliggeiststraße, wo er am 28. Oktober 1843 nach schwerer Erkrankung starb. Seine letzte Ruhe fand er auf dem Frankenfriedhof der Hansestadt. Sein letztes Stralsunder Wohnhaus wurde im II. Weltkrieg zerstört. Sein bis 1960 erhaltenes Grab verschwand danach aus unerklärlichen Gründen. Nach längerer Vernachlässigung seines Werkes gelangte er nach Studien von Fachwissenschaftlern Ende des 20. Jahrhunderts wieder in den Fokus der Öffentlichkeit bis hin zur Berücksichtigung der vertonten Lappe- Verse in zahlreichen deutschen Konzertsälen. Dazu gesellt sich ein rühriger „Karl-Lappe-Verein“ im Geburtsort Wusterhausen, der im Pfarrhaus eine ständige Ausstellung initiierte.

Martin Stolzenau

In Stettin entstand eines der ersten deutschen Schlachtschiffe

„Rheinland“ das einzige in Stettin gebaute Schlachtschiff

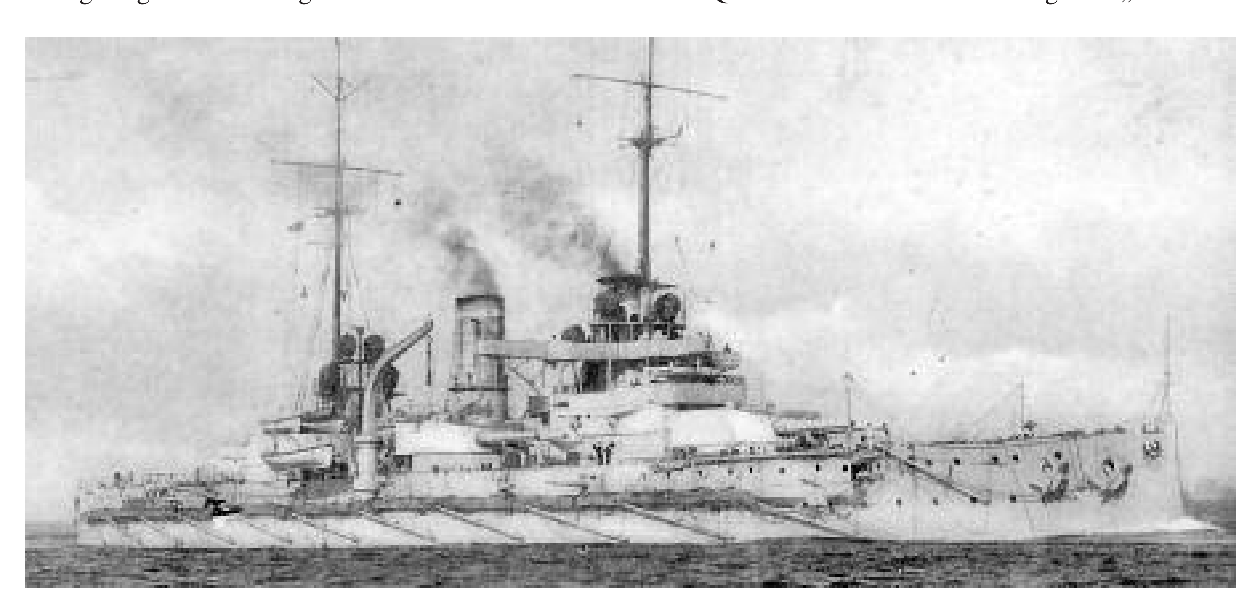
Noch vor der Reichsgründung entstand in Stettin 1857 die Stettiner Maschinenbau Actien-Gesellschaft Vulcan. Die Werft spielte beim Zivilschiffbau in Deutschland eine wichtige Rolle. Von den großen Passagierlinern, die in Stettin entstanden, errang „Kaiser Wilhelm der Große“ 1897 das „Blaue Band“ für die jeweils schnellste Atlantik Überquerung. Die Stettiner Oderwerke Aktiengesellschaft für Schiff- und Maschinenbau wurden 1903 als zweite Werft in der Stadt etabliert und erlangte eine geringere Bedeutung.

auch zutreffend, die internationalen Reaktionen als „Antwortbauten“ zu bezeichnen. Auch wenn das umstrittene Internet Lexikon Wikipedia bescheidwisserisch hier etwas anderes behauptet, sprechen die Fakten und Abläufe eine andere Sprache. Daher werden die Ereignisse ausführlich dargestellt.

Diese Schiffsbaurevolution hatte mit der Ernennung von Admiral Lord Jackie Fisher zum Ersten Seelord im Oktober 1904 in Großbritannien ihren Ausgang genommen. Seither bereitete die britische Marine einen Qualitätssprung vor. Fisher erhob diese Forderung nachdrücklich. 1905 waren die Finanzmittel für den Bau von HMS „Dreadnought“ bewilligt worden. Am 13. Januar 1905 hatte Chefkonstrukteur Sir Philip Watts die Pläne fertig gestellt. Am 2. Oktober 1905 begann die Marinewerft Portsmouth mit dem Bau. Nach nur 130 Tagen, am 10. Februar 1906, erfolgte der Stapellauf und schon am 3. Dezember 1906 konnte die Royal Navy ihr erstes Großkampfschiff in Dienst nehmen.

Sicherlich war die Seeschlacht am 27. Mai 1905 bei Tsushima zwischen Japan und Rußland weltweit der äußere Anlass, Schlachtschiffe neuen Typs – die Großkampfschiffe – in Bau zu geben. Planerisch war der Zug bereits zuvor abgefahren. Tsushima war gewissermaßen nur der Startschuss. Vittorio Cuniberti, der Chefkonstrukteur der italienischen Marine, hatte ein „ideales Schlachtschiff für die britische Marine“ entworfen, das alle Merkmale des späteren Großkampfschiffes vorwegnahm. Der Entwurf dieses Schiffes wurde bereits 1903 in „Janes Fighting Ships“ abgedruckt und zur Diskussion gestellt. Als nun die Royal Navy zum Bau dieser Großkampfschiffe überging, war es klar, dass Italien mit seinem Konstrukteur Cuniberti einen besonders markanten Beitrag zu diesem neuen Rüstungswettlauf beisteuern würde.

SMS „Nassau“ und SMS „Westfalen“ traten 1909, SMS „Rheinland“ und SMS „Posen“ erst 1910 zur Flotte. Sie bildeten zusammen mit den vier Folgebauten der „Helgoland“-Klasse das I. Geschwader der Hochseeflotte und nahmen an der Seeschlacht vor dem Skagerrak teil. Dabei hatte die Besatzung von SMS „Rheinland“ zehn Tote und zwanzig Verwundete zu beklagen. Vom 22. Februar bis 11. April 1918 war SMS „Rheinland“ an der Finnland Intervention beteiligt. Das kaiserliche Deutschland stand den Finnen im Kampf um Unabhängigkeit und gegen Kommunismus bei. Dies begründete die bis heute andauernde große Sympathie, welche die Finnen Deutschland entgegenbringen. Eine ausführliche Schilderung der „Nassau“-Klasse enthält das Heft Nr. 295 der Reihe „Schiffe Menschen Schicksale“, das dieser Tage erschienen ist.



SMS „Rheinland“: Baubeginn: 1. Juni 1907, Stapellauf: 26. September 1908, Indienststellung: 30. April 1910

Vor und während des Ersten Weltkrieges entstanden bei Vulcan Stettin einige Kriegsschiffe, deren bedeutendstes die SMS „Rheinland“ war. Dieses Schlachtschiff gehörte zu den ersten deutschen Großkampfschiffen, der vier Einheiten umfassenden „Nassau“ Klasse. Am 22. Juli 1907 wurde der Kiel des Typschiffes SMS „Nassau“ in Wilhelmshaven gestreckt. Zuvor war bereits in Stettin am 1. Juni 1907 mit dem Bau von SMS „Rheinland“ begonnen worden. Es folgten am 11. Juni SMS „Posen“ bei Germania Kiel und am 12. August 1907 die vierte Einheit SMS „Westfalen“ bei der AG Weser in Bremen. Damit begann zeitlich betrachtet der deutsche Großkampfschiffbau in Stettin, wenn auch das in Wilhelmshaven entstandene Schiff früher fertig wurde.

Der zum Stapellauf bereit liegende Schiffskörper war 20 Meter länger (145 statt 125) und vier Meter breiter als die bisherigen Schlachtschiffe. Was mochten die Konstrukteure in dem Rumpf untergebracht haben? Zweifellos waren das nicht nur die üblichen Verbesserungen, die naturgemäß von der einen zur nächsten Schiffsklasse normal waren. Hier war offenbar ein großer Qualitätssprung zu beobachten. Und genau das war es auch. Mit der SMS „Nassau“, denn um die handelte es sich hier, begann auch in Deutschland das Zeitalter der Großkampfschiffe. Der Typ hatte seit der Jahrhundertwende „in der Luft“ gelegen.

In den USA, Großbritannien und Japan, sowie auch in Deutschland war ein neuer Schlachtschifftyp geplant worden. Ein Vorläufer dieses neuen Musters waren die ab 1893 in Dienst gestellten deutschen Linienschiffe der „Brandenburg“-Klasse, die sechs Geschütze des Kalibers 28 cm in Zwillingstürmen als Hauptbewaffnung führten.

In Großbritannien war der Sprung zum neuen Typ zuerst vollzogen worden. Daher ist es

Aus für traditionelle Vulcan-Werft Stettin seit 2002

Am 11. April 1918 lief SMS „Rheinland“ auf einen Unterwasserfelsen und wurde schwer beschädigt. Zwar konnte das Schlachtschiff nach Deutschland abgeschleppt werden, aber man verzichtete auf eine Reparatur. Das schwer beschädigte Schiff wurde Großbritannien als Kriegsbeute zugesprochen. SMS „Rheinland“ wurde in den Niederlanden zu Schrott zerlegt. SMS „Rheinland“ blieb das einzige Schlachtschiff, das in Stettin gebaut wurde. Allerdings entstanden dort einige Kleine (Leichte) Kreuzer, deren bekanntester SMS „Breslau“ wurde, der den Krieg im Mittelmeer unter türkischer Flagge verbrachte.

Nach dem Ersten Weltkrieg konnte sich die Vulcan Werft in Stettin nur bis 1928 wirtschaftlich „über Wasser“ halten. Die kleinere Stettiner Oderwerke Aktiengesellschaft für Schiff- und Maschinenbau überlebte die große Rezession. Dort wurden während des Zweiten Weltkrieges einige U-Boote und Minensuchboote gebaut. Der Stettiner Hafen war zeitweilig Liegeplatz des unvollendet gebliebenen deutschen Flugzeugträgers „Graf Zeppelin“.

1945 annektierte Polen Stettin und vertrieb die deutsche Bevölkerung, obwohl das nach den Potsdamer Abkommen gar nicht vorgesehen war. Ab 1948 entstand auf dem Gelände der Oder Werke und der Vulcan Werft die Stettiner Werft ZSPO Stocznia Szczecińska. Die Zahlungsunfähigkeit des Unternehmens führte im März zum Produktionsstopp und im Juli 2002 zum Konkurs. Die EU hatte sich geweigert, der Werft weitere Subventionen zu zahlen. Ein Käufer für die Werft fand sich bislang nicht.

Klaus Gröbig

Foto aus: Schiffe, Menschen, Schicksale

BÜCHER ECKE

Kurt Bergunde: Bugenhagenschule – Staatliche Aufbauschule zu Pölitz 1922 - 1946
Lilienthal 2017. Dritte, gekürzte Ausgabe. 111 S. mit zahlr. s/w Abb. (zugleich als polnische Ausgabe unter dem Titel:
Panstwowa Dekosztacajca w Policach Szkola Srednia, im. Jana Bugenhagena w Policach, 1929-1946

Kurt Bergunde gehört zu den letzten Stettinern, denen es vergönnt ist, sich in wissenschaftlicher Perspektive mit der Heimat ihrer Kindheit und Jugend auseinanderzusetzen und dabei aus den eigenen Erfahrungen und Erlebnissen zu zehren. Er wurde 1932 in Lauenburg in Pommern geboren. Als er sechs Jahre alt war, zog seine Familie nach Stettin. Als Sextaner besuchte er ab Herbst 1942 die Staatliche Aufbauschule für Jungen in Pölitz, das 1939 bei der Bildung von Groß-Stettin eingemeindet worden war. Auch Pölitz gehört zum „Stettiner Zipfel“.

In seinem Buch, das im Selbstverlag erschienen ist, schildert er nicht nur die Chronik und das Schicksal der Bugenhagenschule und lässt das Lehrerkollegium und die Schüler aufleben, sondern er berichtet auch als Zeitzeuge von Pölitz und Umgebung während des Krieges und danach. Aber auch Pölitzer kommen zu Wort, berichten von ihrer Geschichte. So ist ein Zeitdokument entstanden, zu dem der Autor Kurt Begunde einen Gedanken anfügen möchte:

Wenn ich im hermeneutischen Zirkel meines Lebens nach dem Abitur 1959 an Lebensstufen erinnert werde, so fällt auf, dass Goethe in „Wilhelm Meisters Wanderjahren“ die Mobilität einer ganzen Welt im Aufbruch in Europa skizziert hat; bin versucht seit Verlassen der Stadt Stettin im März 1946 „Die erzwungenen Wege aus der Heimat“ als *Primat des Wandern Müssens* zu sehen. – 25 Jahre an der Reform inhaltlicher Erfüllung der Hochschule für Nautik Bremen tätig gewesen zu sein, ist das eine; seit 1989 ebenfalls 25 Jahre für den Historischen Arbeitskreis Stettin tätig gewesen zu sein das andere. – Zum 65. Tag der Stettiner möchte ich mich aus gesundheitlichen Gründen mit einer Buchveröffentlichung vom Histor. Arbeitskreis Stettin verabschieden.“ – BS




Zu beziehen ist das Buch bei
Kurt Begunde, Brauereiweg 37,
28865 Lilienthal

Demontage des einzigen Aufrechten

Zu: Beide Fronten müssen halten (Nr. 38)

Es hat wieder einmal geklappt: Der Bürger ist der Politik wieder auf den Leim gegangen, und nur wenige haben das offenbar gemerkt. Der mächtige Theaterdonner um den Fall Maaßen hat den Auslöser und die Folgen davon komplett verdrängt.

Mit einem kurzen Handy-Video, auf dem nur wenige Personen zu sehen sind, sollen Tausende von Chemnitzer Demonstranten und möglichst auch die Bevölkerung von ganz Sachsen in die Schmuddelecke geschoben werden. Die klare Botschaft ist doch: Wer etwas gegen die negativen Folgen der Immigration hat und sich dann noch zu demonstrieren traut, vereint in sich alle negativen Eigenschaften, die man einem Bürger anhängen kann. Wenn ihr nicht dazu gehören wollt, dann lasst doch das Demonstrieren.

Der einzige Aufrechte, der Zweifel an der Beweislage äußerte, war Herr Maaßen, immerhin ein verdienter Beamter in hoher Position. Ob Beweis oder nicht, das reichte, um ihn zu zerreißen. Was hier geschah, ist eines Rechtsstaats unwürdig und entspricht nicht meinem Verständnis von Recht, Demokratie und Meinungsfreiheit, mit dem ich aufgewachsen bin. **Wolfgang Simoleit, Lemwerder**

Gleich verbieten, als nur kritisieren

Zu: EU gegen „goldene Pässe" (Nr. 35)

Man kann es kaum glauben. Die EU erlaubt ihren Mitgliedern das Ausstellen von Pässen an Nicht-EU-Ausländer, wenn denn genug bezahlt wird. Ob Mafiaboss oder arabischer Prinz oder Oligarch – spielt alles keine Rolle, die Zahl muss stimmen. Das erlaubt den Passinhabern freies Reisen in allen 27 EU-Mitgliedstaaten.

Was würden die Deutschen sagen, wenn auch bei uns im Lande solche Praktiken herrschen würden? Wir würden also einem Saudi für zehn Millionen Euro einen deutschen Pass offiziell verkaufen? Die Länder, in denen das seit Jahren praktiziert wird, haben Sie in Ihrem Artikel aufgeführt. Die EU ist ein Dreckhaufen. Das müsste jedem, der noch einen Funken Verstand im Schädel hat, mittlerweile klar sein. Denn die EU-Kommission kritisiert den Verkauf von Staatsangehörigkeiten nur, ist aber weit von einem Verbot entfernt.

Wie gesagt, ein Dreckhaufen, der aufgelöst gehört. Dabei habe ich noch nicht von den Steuervermeidungspraktiken von Ländern wie Luxemburg gesprochen. Das kommt alles noch dazu. Wie lange wollen wir eigentlich noch die EU-Millionärsparlamentarier füttern? **Alex Schnell, Steinau**

Das Glück auf der eigenen Scholle

Zu: Auswandern: Verrat an der Heimat? (Nr. 32)

Gibt es eigentlich nicht mehr das Sprichwort: „Bleibe im Lande und nähre dich redlich?" Oder ist der Rat heute plötzlich politisch unkorrekt oder schon Volksverhetzung? Jedoch ist die Entscheidung, im Lande zu verbleiben, eine richtige.

Ehe Menschen als Asyler mit oder ohne Identitätsnachweis unbedingt ins kleinste Deutschland der Geschichte müssen, hauptsächlich mit Handys und dreisten Forderungen im Gepäck (von hiesiger Absahnindustrie wohlwollend begleitet), sollen sie doch mal in ihrem Heimatland dreist drauflosfordern und an ihrer Zukunft arbeiten. Da ist so viel zu tun, dass alle unabkömmlich sind. Die hiesige Absahnindustrie kann dann dort wohlwollend unterstützend tätig sein.

Deshalb kommt aus vielen Bereichen unseres Landes eine dringliche Forderung an unsere gewählten Verantwortlichen: Die Machenschaften des weltweit unseligen Asylismus beenden. Oder andersherum nicht Emigration, Immigration oder Integration, sondern Union. Nämlich eine Union aller Betroffenen weltweit gegen die sich einer Regierung oder Verantwortung Bezichtigender. **Werner Haase, Steingaden**

Gruß an Kalkutta

Zu: Völkerwanderung als Strategie (Nr. 35)

Ein denkwürdiger Beitrag! Die Leitsätze der UN zur Zuwanderung sind eine Kriegserklärung fanatischer Globalisierer an die ihnen (noch) entgegenstehenden alten europäischen Nationen. Ungarns Regierungschef Viktor Orbán hat das wohl längst erkannt.

Unbegreiflich ist, wie alle 190 Staaten einschließlich Deutschland beschließen können, dass Europas Nationen kein Recht hätten, ihre Grenzen zu kontrollieren, um stattdessen massenweise „die ärmsten Menschen der Welt" aufzunehmen. Das ist erkennbar auch an Merkels Agenda, ohne dass sie das zugeben würde.

Fällt bei diesem Vorhaben niemandem auf, dass man damit die Militär-Doktrin des Pentagon umsetzt, auch Migration als Waffe einzusetzen? Zu welchem Zweck, muss dabei nicht lange gefragt werden, wenn man sich die neu entfachten Wirtschafts- und Handelskriege und die systematische Sanktionspolitik der USA gegen missliebige Staaten betrachtet.

Man erinnere sich allerdings auch an den Peter Scholl-Latour zugeschriebenen Satz: „Wer halb Kalkutta aufnimmt, hilft nicht Kalkutta, sondern wird selbst zu Kalkutta." **Dietmar Fürste, Rattiszell**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de



Vollbesetztes Gotteshaus: Ein würdiger Festakts-Rahmen in der Lüneburger St. Johanniskirche zur Einweihung des wiedereröffneten Ostpreußischen Landesmuseums Bild: tws

Motivationsverlust beim Fall Maaßen

Zu: Maaßen – das Fanal (Nr. 39) und „Eiskalt" (Nr. 39)

Was Sie über den Fall Maaßen schreiben, sind deutliche Worte. Ich habe diese Texte einmal ohne Gegenwartsbezug gelesen, mich gedanklich in eine unbestimmte Zeit und Region auf dieser Erde versetzt und mir vorzustellen versucht, um welche Art von Staat und Regierung es sich in so einem Land handelt – und wie die Menschen dort leben, wenn man dieses Wort „leben" hier überhaupt verwenden sollte.

Ich bin von Beruf Lehrer, soll jeden Tag unter großen Mühen jungen Erwachsenen an einem Weiterbildungskolleg dazu verhelfen, dass sie ihren Schulabschluss doch noch schaffen oder einen höheren Abschluss erreichen, damit sie in diesem Land „mitmachen" können, wenn ich das so nennen darf. Der Fall Maaßen hat mich ein weiteres gutes Stück meiner ehrlichen Motivation gekostet. Es steht mehr auf dem Spiel als die Glaubwürdigkeit der Regierung, ja, mehr noch als unsere Demokratie. Es stehen fundamentale ethische Werte, die unsere abendländisch-politische Kultur auszeichnen, auf dem Spiel. Viele unserer Politiker haben ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel gesetzt und diese verloren.

Wenn ein Staat aber von unglaubwürdigen Politikern regiert wird, muss dies im Laufe der Zeit wesentlich zur weiteren Entfremdung der Menschen vom Politischen beitragen. Genau diese Haltung hat Maaßen nicht eingenommen, weder in seinem Amt noch als ehrlicher Mensch. Dass dies nicht mehr statthaft ist, sollte, ja, wird Konsequenzen haben – vor allem für die Regierungsverantwortlichen. Ihre Zeit läuft ab, und das wissen sie durchaus

Der Fall Maaßen hat mir geholfen, dies zu verstehen: Meinungsfreiheit haben diejenigen, welche der Meinung derer sind, welche sich die Freiheit nehmen, festzulegen, was richtig zu sein hat und was nicht. **Norbert Westhof, Radevormwald**

Schleierhafte Einschätzung

Zum Leserbrief: Festakt mit wenig festlichem Beigeschmack (Nr. 38)

Herr Dauskardt schreibt im Leserforum, die Leitende Superintendentin Christine Schmid habe in „Freizeit-Look" zum Festakt (bei der Wiedereröffnung des Ostpreußischen Landesmuseums in der St. Johanniskirche von Lüneburg, d. Red.) begrüßt.

Lieber Herr Dauskardt, Talare werden in der evangelischen Kirche nur im Gottesdienst getragen. Außerdem habe ich als Amtskleidung mein bestes Dienstkostüm in Schwarz getragen – Freizeit-Look sieht anders aus.

Auch schreiben Sie, dass mir die ostpreußischen Wurzeln meiner Vorfahren wenig bedeuten würden. Das Gegenteil ist der Fall, darum habe ich ja auch in der Begrüßung unter anderem von der eindrücklichen Erfahrung erzählt, wie mir als Jugendliche durch die Darstellung „Flucht über das Haff" im ostpreußischen Landesmuseum das Schicksal meines Vaters und meiner Großeltern aufgegangen ist. Meine Freude über die alte, wie über die hervorragende neue Ausstellung wurde mehr als deutlich. Wie Sie zu Ihren negativen Einschätzungen meines Grußwortes gekommen sind, ist mir ehrlich gesagt schleierhaft. **Christine Schmid, Ltd. Superintendentin Lüneburg**

Wo sich Clans diebisch wohlfühlen

Zu: Tschetschenen stellen Ansprüche (Nr. 28)

Die Kaukasier-Clans sind einige von vielen, die sich in Deutschland wohlfühlen dürfen. Seit Jahren dürfen sie sich in diesem Land völlig unbehelligt bewegen. Diese Menschen sind genauso wenig wie viele andere nicht ausschließlich Migranten. Verbrechen zu begehen, ist das einzige Ziel, was sie antreibt. Aber bis das viele deutsche Bürger begreifen, wird es bereits „fünf Minuten nach zwölf" sein. Gute Nacht Deutschland! **Heinz-Peter Kröske, Hameln**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Sie quirlt das mit links zusammen

Eine Grande Dame des deutschsprachigen Fernsehens wird 80 Jahre alt – Auf allen Kanälen wird Christiane Hörbiger gefeiert

Sie ist eine Ikone des deutschen Films: Christiane Hörbiger. Am 13. Oktober wird sie 80. ARD und ZDF feiern das ausgiebig.

Da rührt eine Mutter, die gerade erfahren hat, dass ihr Sohn ein Psychopath ist, in einer Schüssel Rührei zusammen. Der Sohn wartet im Nebenzimmer, und sie fürchtet den Moment, wenn sie mit den fertigen Pfannkuchen aus der Küche kommt.

Also rührt sie weiter, immer fahriger, immer panischer. Klappert mit dem Quirl, um den Ausbruch des Wahnsinns, der sie selber treffen könnte, hinauszuzögern. Woran erkennt man große Schauspieler? Vielleicht an Szenen wie dieser, wo hinter einer profanen Handlung angststarres Entsetzen lauert. Österreichs Grande Dame macht sowas mit links. Das deutsche Fernsehen rollt ihr dafür nun zum runden Jahrestag den roten Teppich aus: Das Erste huldigt ihr mit einer Komödie („Einmal Sohn, immer Sohn“, 12. Oktober, 20.15 Uhr) und das ZDF mit einem satirischen Krimi, inszeniert von ihrem Sohn Sascha Bigler („Die Muse des Mörders“, 8.10., 20.15 Uhr).

In beiden Filmen gibt sie eine egozentrische Mutter, die ihre eigene Karriere vorangetrieben und den Spross darüber vernachlässigt hat. In der Komödie ist Hörbiger die abgedankte Chefin eines feministischen Magazins, die sich an dem vergangenen Ruhm klammert und den Sohn für seine bescheidene Architekten-Karriere und sein konventionelles Familienleben verachtet. Beim ZDF mimt sie eine erfolglose Krimi-Autorin, die Morgenluft wittert, als plötzlich nach den Drehbüchern ihrer Romane Morde verübt werden.

Typisch Hörbiger, dass beide Filme mit einer versöhnlichen Pointe enden: Die Magazin-Macherin, eine mondäne Variante der Alice Schwarzer, sieht ein, dass ihr Sohn sein eigenes Leben hat, auch wenn der Glamour fehlt. Ähnlich beim ZDF: Aus der eitlen Autorin mit dem exzentrischen Künstlernamen Madelaine Montana bricht die Mutter hervor, die ihr so grässlich verirrtes Kind bis zuletzt noch umklammert.

Das Happy End ist quasi ein Entgegenkommen: Nichts gegen Wagnisse, aber die Zuschauer sollen ihr bittschön gewogen bleiben. „Ich wollte nie ein Publikumsliebling sein, aber dass die Leute sagen, bitte machen Sie weiter, das war mir sehr wichtig“, sagte sie vor zehn Jahren. Und so machte sie weiter, ungezählte Theater- und Filmrollen lang. In den 80er Jahren ist sie 40 Folgen lang die hoheitsvolle Gräfin in „Das Erbe der Guldenburgs“, zehn Jahre später die patente Bezirksrichterin in „Julia – eine ungewöhnliche Frau“. Das Publikum fraß ihr aus der Hand. Gerade deshalb findet sie dann doch noch den Mut, die Grande Dame gelegentlich an der Garderobe abzugeben und sämtliche Bedenken gleich mit.

Das Abenteuer des Imagewechsels beginnt 1992 mit „Schtonk“, der Satire um die gefälschten Hitlertagebücher. Sie soll eine NS-Witwe spielen, ausgerechnet sie, Tochter des Schauspieler-Ehepaares Paula Wessely und Attila Hörbiger, die beide in einem NS-Propagandafilm mitwirkten und nach Kriegsende vorübergehend Berufsverbot erhielten. „Ich hab mir gedacht, dann kommt die ganze Vergangenheit meiner Eltern wieder hoch.“

Sie machte es trotzdem, und die Szenen zwischen einer lüsternen „Freya von Hepp“ und Götz George als von sich selbst besoffenem „Stern“-Reporter geraten zur Sternstunde des deutschen Films. Von Stund an kennt sie nichts mehr: In „Mathilde liebt“ mimt sie 2005 einen Orgasmus, bleibt dabei aber züchtig bedeckt, denn Diskretion ist ihr heilig: „Die Fernsehzuschauer freuen sich auf einen Film mit mir und dem Michael Mendl, und dann sieht man alte Haut, das hätte ich nicht so gern.“

Mit Rollenwechseln und Herausforderungen geht es weiter. Zuletzt spielte sie etwa eine Frau, die sozial abstürzt und in der Obdachlosigkeit endet, die Hörbiger in Lumpen, mit einer Flasche Fusel am Hals („Auf der Straße“). Sie spielte eine an Alzheimer erkrankte ehemalige Firmenchefin, eine alkoholkranke Immobilienmaklerin und in „Die letzte Reise“ eine Frau, die sich den selbstbestimmten Tod ertrotzt. Ein Ende, das sie sich selbst verbietet: „Ich bin katholisch, da gilt Selbstmord als Sünde.“


Bild: ARD Degeto/Svenja von Schultzendorff

Oma mit Herz: Christiane Hörbiger (mit Michelangelo Fortuzzi als Enkel Finn) im ARD-Film „Einmal Sohn, immer Sohn“

Der Boden ihrer langen Karriere ist Disziplin, das hat sie mit der Muttermilch aufgesogen, Kind eines Künstlerhaushaltes, in dem erst das Theater kam, danach die drei Töchter Christiane, Maresa und Elisabeth. Die Eltern waren Superstars ihrer Zeit, beide am Wiener Burgtheater engagiert, wo sich auch Christiane später ihre Sporen verdiente. Ihr Onkel war der legendäre Wiener Nuschler Paul Hörbiger.

Pflichtbewusstsein half ihr, 1978 den frühen Tod des Ehemannes Rolf Bigler zu verkraften und den damals zehnjährigen Sohn Sascha alleine großzuziehen. Jenen Sohn, der später in den USA ausgebildet wurde und heute Regie führt: „Christiane“ nennt er sie am Set, keinesfalls „Mama“. Einziges Zugeständnis an die familiäre Nähe: „Christiane ist die einzige Kollegin, die keine Überstunden gewährt.“

Disziplin half ihr auch, den Tod ihres langjährigen Lebensgefährten Gerhard Tötschinger vor zwei Jahren zu überstehen. Der stattliche Mann, sieben Jahre jünger als sie, starb im Urlaub am Wörthersee an einer Lungenembolie. Seitdem sieht man Hörbiger noch gerader über rote Teppiche schreiten, um eine weitere Ehrung entgegenzunehmen. Am 22. September richtete der ORF eine Gala für sie aus, zu der sogar ihr Freund und Kollege Mario Adorf aus Paris anreiste – übertragen wird am 14. Oktober.

Danach will sie es ruhiger angehen lassen. Es gibt die beiden Schwestern, den Sohn, den zwölfjährigen Enkel Luca und die beiden Hunde, mit denen sie am ersten Todestag ihres Partners in genau das Hotel zog, in dem sie für immer Abschied nehmen musste. Vielleicht mal zwei Monate am Stück in St. Gilgen in der Sommerfrische bleiben, das wäre so ein Zukunftstraum. Ganz bestimmt aber wird sie an ihren preußischen Ritualen festhalten, den täglichen Kniebeugen, den sportlichen Gängen mit den Möpsen. Und abends als einziger Luxus ein Bier. Lauwarm, alkoholfrei. Das ist sie als Schauspielerin, die stets auf ihre Stimme achten musste, so gewohnt. *Anne Martin*

Womit Schotten nicht geizen

Die Stadt Dundee präsentiert sich mit spektakulärem Museumsbau

Nach dreieinhalb Jahren Bauzeit wurde diesen Herbst im schottischen Dundee das erste V&A-Museum der Welt außerhalb von London eröffnet. Das Victoria & Albert-Museum, kurz V&A, benannt nach Königin Victoria (1837–1901) und ihrem 1861 verstorbenen deutschen Ehemann, nennt sich selber „das beste Kunst- und Designmuseum der Welt“.

Die neue Dependance in Dundee konzentriert sich in ihrer Dauerausstellung auf schottisches Design mit (vorerst?) 300 Exponaten aus dem Londoner V&A-Museum sowie aus Museen und privaten Sammlungen in ganz Schottland und der Welt. Im Zentrum steht der von Charles Rennie Mackintosh (1868–1928) entworfene Eichenraum, der – sorgfältig restauriert, konserviert und rekonstruiert – hier nach fast 50 Jahren wieder das Licht der Welt erblickt. Der „Oak Room“ war ursprünglich für eine Teestube in Glasgow geplant.

Mehr über Mackintosh erfährt man im 130 Kilometer entfernten Glasgow selbst, wo sich zu seinem 150. Geburtstag besonders viele Ausstellungen mit den Werken des Sohnes der Stadt beschäftigen. Daneben findet hier bis zum 31. Oktober das jährliche Mackintosh-Festival statt, bei dem Schottlands berühmter Architekt, Designer und Künstler ganz besonders gefeiert wird (www.glasgowmackintosh.com/festival).

Dundee hatte von der Unesco für seinen Beitrag zu Innovationen in unterschiedlichen Bereichen bereits 2014 den Titel „City of Design“ erhalten. So hat beispielsweise Großbritanniens bekannte Orangenmarmelade in der Stadt ihren Ursprung. Videospiele wie Grand Theft Auto und Lemmings wurden hier entwickelt.


Bild: Hufton + Crow

Dundees Elbphilharmonie: die Victoria & Albert-Dependance

Ruhmvolle Ergänzung ist jetzt die eine Milliarde Pfund schwere Umwandlung der Uferpromenade von Dundee, einst Teil der Docklands, mit dem V&A-Museum im Mittelpunkt.

Der Museumsbau ist spektakulär und reiht sich ein in die individuellen Bauskulpturen, die seit geraumer Zeit weltweit Furore machen. Wie ein Schiff ragt er in den Fluss Tay. Manche erinnert er dabei an umgedrehte Pyramiden. Architekt Kengo Kuma ließ sich nach eigener Aussage von der schroffen schottischen Küste inspirieren. Damit ergänzt er die Riege japanischer Architekten, die der Museumslandschaft ihren Stempel aufdrücken. Die an ein Zirkuszelt erinnernde 2010 eröffnete Dependance des Centre Pompidou in Metz wurde nach Plänen von Shigeru Ban und Jean de Gastines gebaut. Die Entwürfe für die 2012 eröffnete Dependance des Louvre im nordfranzösischen Lens lieferten Kazuyo Sejima und Ryüe Nishizawa. Dieses Mal in klaren Formen.

So wie in Metz und Lens hofft man auch in Dundee auf eine Belebung der strukturschwachen Region. „Wir prognostizieren einen wirtschaftlichen Aufschwung in der Stadt, der auf 11,6 Millionen Pfund pro Jahr geschätzt wird, und die Schaffung von 361 zusätzlichen Arbeitsplätzen in ganz Schottland, von denen 249 in Dundee sein werden“, so John Alexander, Stadtrat von Dundee. Es wird sich zeigen, ob auch in Dundee ein guter Name Gold wert ist. *Helga Schnehagen*

Infos: V&A Dundee, 1 Riverside Esplanade, Dundee, DD1 4EZ, Schottland, geöffnet täglich von 10 bis 17 Uhr, Eintritt frei, Eröffnungsausstellung „Ocean Liners: Speed & Style“ bis 24. Februar 2019 (vorher im V&A-Museum London), www. vandadundee.org.

Morgen windig, 13 Grad

Trotz Satellitentechnik vertrauen Meteorologen auf Wetterballons

Erst knackt es geheimnisvoll, dann öffnen sich wie von Geisterhand die Klappen an einem großen Metallkasten, und schon schwebt ein weißer Ballon geräuschlos in den Himmel. Das passiert jeden Tag auf der ostfriesischen Insel Norderney und an neun weiteren Stationen in Deutschland. In Greifswald, Bergen, Lindenberg, Essen, Meiningen, Idar-Oberstein, Kümmersbruck, Stuttgart und München werden Ballons gestartet. Fünf Stationen, auch die auf Norderney, funktionieren vollautomatisch. An ihnen befestigt sind Radiosonden, die in höheren Luftschichten Messungen durchführen und zur Bodenstation funken.

Zweimal täglich zu festgelegten Zeiten finden weltweit Radiosonden-Aufstiege statt. Dieses erfolgt meistens zu den Terminen 12 und 00 UTC (koordinierte Weltzeit), also bei uns zur mitteleuropäischen Zeit 13 und ein Uhr. In Deutschland steigen an zehn Stationen im Land jährlich rund 7500 Ballons des Deutschen Wetterdienstes in den Himmel.

Um das Wetter vorhersagen zu können, muss man vorher genau wissen, wie die aktuellen Wetterverhältnisse eigentlich sind. Und das nicht nur unten in Bodennähe, sondern vor allem in der Höhe. Wenn eine Radiosonde mit einem Ballon in den Himmel geschickt wird, bekommt man genaue Informationen über verschiedene Luftschichten in der Atmosphäre. Es werden mit der Sonde Messwerte über den Luftdruck, die Luftfeuchtigkeit, Lufttemperatur und auch zur Windgeschwindigkeit und Windrichtung in den verschiedenen Höhen erfasst. Außerdem misst sie stets durch GPS auch ihre Position und vermittelt diese an die Bodenstation. Die Messwerte werden durch die Radiosonde zur Bodenstation gesendet und anschließend ausgewertet. Die ermittelten Werte fließen in die Berechnung von Wettermodellen mit ein, die am Computer entstehen. Dabei liefern diese Werte wichtige Hinweise darüber, was in der Atmosphäre aktuell grade so los ist.

Meteorologen nutzen die Messwerte für die Wettervorhersage. So können Aussagen über die Obergrenze von Hochnebel gemacht werden oder ob es durch wärmere Luftschichten in der Höhe zum Beispiel im Winter zu Glatteisregen oder im Sommer durch Quellwolken zur Gewitterbildung kommen könnte.

Da das vom Deutschen Wetterdienst in den Ballons verwendete Gas leicht entzündliches Wasserstoffgas ist, ist Vorsicht geboten, wenn man eine solche Radiosonde mit noch aufgeblasenem Ballon findet, was aber selten der Fall ist. Je weiter der Ballon aufsteigt, das kann bis zu 35 Kilometer hoch sein, umso mehr dehnt er sich aus und platzt dann irgendwann. Mittels eines kleinen Fallschirms sinken die Sonde und Ballonreste auf den Boden zurück. Ein angebrachter Zettel erklärt, wie der Finder den Fund zu entsorgen hat. *Silvia Friedrich*


Sondenaufstieg an der Wetterwarte Norderney Bild: Friedrich

Unheilbare Gewissensbisse

Als das Buch „Heimat. Ein deutsches Familienalbum“ Ende August dieses Jahres erschien, hieß es in der Presse, es seien schon Ausgaben in elf Sprachen verabredet. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ brachte gleich eine reich illustrierte sehr positive Besprechung, die eine halbe Seite füllt. Eine Buchsensation also, die an das Echo auf Goldhagens „Hitlers willige Vollstrecker“ erinnert?

Die Autorin Nora Krug, geboren 1977 in Karlsruhe, studierte Bühnenbild, Dokumentarfilm und Illustration in Berlin und New York – mit großem Erfolg, wie jede Seite ihres Buches beweist und die Tatsache, dass ihre Bildgeschichten regelmäßig in großen Tageszeitungen abgedruckt werden. Sie ist mit einem jüdischen Kollegen verheiratet. Doch worum geht es in „Heimat“? Der Untertitel lässt es vermuten: „Heimat“ erzählt anhand von Texten, Zeichnungen und Fotografien die Geschichten einer Familie im Zweiten Weltkrieg, von elf Angehörigen ihrer Mutter und von sieben ihres Vaters.

Es ist schier unglaublich, was die Autorin alles über diese schlichten Menschen in Erfahrung bringen konnte, auch wenn Sensationelles fehlt. Welche Triebkräfte haben die Mammutrecherche ausgelöst? Sie antwortet: „Wie kann man begreifen, wer man ist, wenn man nicht versteht, woher man kommt?“ Doch ist sie insofern jetzt klüger?

Die ersten Aufnahmen zeigen die Gesichter von neun KZ-Aufseherinnen, hart, brutal, unbarmherzig. Krug ist einer Greisin begegnet, die vor Jahrzehnten einer solchen Bestie ausgeliefert war, die sich offenbar „heimlich in sie verliebt hatte“ und sie deshalb überleben ließ. Unter „1. Frühe Dämmerung“ erfahren wir: „Der Garten unseres Hauses in Karlsruhe grenzte direkt an einen amerikanischen Militärflugplatz, auf dem regelmäßig Flugzeuge starteten ..., die entgegen aller Erwartungen beschlossen hatten, uns zu verschonen.“ Darunter die Jahreszahl 1980. Nora war damals drei Jahre alt. Alles gleichsam Vorvergangenheit.

Die nächsten Seiten dienen dazu, um den Leser zu belehren, mit welchen Thesen 1945 die amerikanischen Soldaten über ihre Feinde gefüttert worden sind. Aus „Your Job in Germany“: „Die Deutschen sind nicht eure Freunde. Egal, wie leid es ihnen zu tun scheint, sie können nicht wieder in die zivilisierte Welt aufgenommen werden.“ Dann geht es um die eigene Sozialisation: „Mein Religionslehrer hat gesagt, dass die Juden Jesus getötet haben.“ Daneben sehen wir Paulinchen in Flammen aus dem Struwwelpeter. „Aus dieser Geschichte lernte ich, dass man kein Mitleid mit sich haben darf, wenn man für sein Verderben selbst verantwortlich ist.“

Es folgt eine Seite mit der Überschrift: „Auf einer Party in England.“ Zeile eins: „Jedes Mal, wenn ich als Jugendliche ins Ausland reiste, reiste meine Schuld mit mir.“ Nächste Zeile der Rat: „‚Sag doch einfach, du kommst aus Holland‘, riet meine Tante Karin mir vor jeder Reise. Ich hätte ihren Ratschlag annehmen sollen.“ Eine Karikatur zeigt die arme Karin mit einem Mitbringsel in den Händen. Die um sie herum: „Heil Hitler! Ha ha.“

Es folgen Fotos „unverzeihbarer Gräueltaten ..., die von meinem eigenen Volk begangen worden waren.“ Die letzte Zeile lautet: „Hier lag der Beweis für unsere kollektive Schuld.“ Und dieser „Beweis“ zieht sich wie ein roter Faden durch das ganze Buch und verhindert den gesunden Seelenfrieden. „Meine Verunsicherung wächst noch weiter, wenn ... ich auf einem Markt in einem vorwiegend von Russen bewohnten Teil Brooklyns angespuckt werde, während ich mich mit einem deutschen Freund unterhalte.“

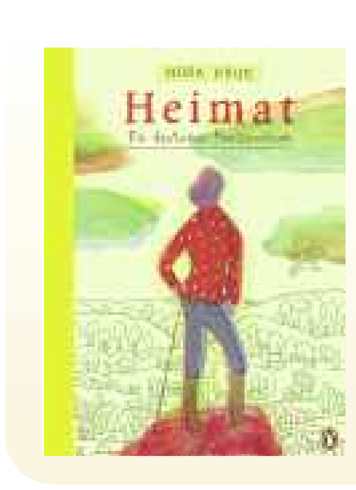
Gegen Ende ihrer Aufzeichnung schildert sie den erfolgreichen Versuch, zumindest zum Sohn jenes Mannes Kontakt aufzunehmen, der als Jude ihrem Vater im Entnazifizierungsverfahren beigestanden hatte. „‚Sie müssen sich nicht schuldig fühlen‘, sagt Walter mit weicher Stimme.“ Sie dankt ihm und ergänzt, „obwohl ich weiß, dass das Unverzeihliche unentschuldbar bleiben muss.“

Doch was ist das Unentschuldbare in Krugs Leben? Wir entdecken es nur, wenn wir dem Irrweg folgen, der die Aufschrift trägt „Kollektivschuld“.

Das NS-Opfer Alfred Grosser hat dem Kampf gegen die abscheuliche Kollektivschuld ein ganzes Buch gewidmet, und Klaus von Dohnanyi, dessen Vater kurz vor Kriegsende wegen seiner Hilfeleistungen zugunsten von Juden im KZ Sachsenhausen ermordet worden ist, erinnert: „So kam es, dass oft bis heute gegenüber den Deutschen nicht deutlich genug unterschieden wird zwischen Verantwortung und Schuld ... Und diese Verantwortung dauert auch fort für heutige – und zukünftige – Generationen.“

Was aber heißt „Schuld“? Individuelle Vorwerfbarkeit. Es gibt keine speziell deutsche Ethik, weder pro noch kontra. Wenn Krugs Erzieher es versäumt haben, ihr diese Einsicht zu vermitteln, so sind sie mitschuldig an ihrer scheinbar unheilbaren Gewissensbissen.

Liegt Mitschuld in ihrem Bekenntnis: „Meine Verunsicherung wächst noch weiter, wenn in amerikanischen Fernsehsendungen und Musicals ... regelmäßig das Klischee von Deutschland als einem ‚nordeuropäischen‘ Land bedient wird, ... wo humorlose Menschen einander in militärischem Ton herumkommandieren.“ Muss man sich derlei „Belehrungen“ zumuten? Krugs beachtliche Leistung kann in den Händen von Menschen Schaden stiften, die für Irrlehren im Bereich der Ethik empfänglich sind. *Konrad Löw*



***Nora Krug: „Heimat. Ein deutsches Familienalbum“**, Penguin Verlag, München 2018, gebunden, 288 Seiten, München 2018, 28 Euro*

Ein dunkles Kapitel der Geschichte

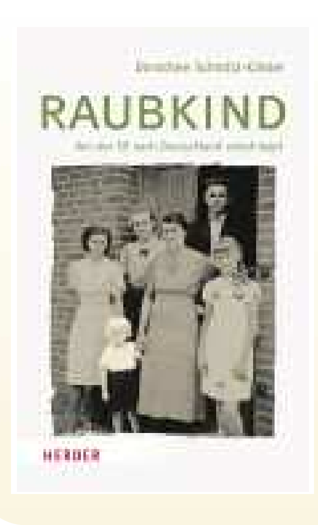
Die Dunkelziffer ist hoch, genaue Zahlen sind unbekannt. Historiker gehen von 50 000 bis 200 000 Fällen aus, in denen „arisch“ aussehende Kinder von den Nationalsozialisten im besetzten Osteuropa entführt und zur „Germanisierung“ in Kinderheime gesteckt wurden. Dorothee Schmitz-Köster will mit ihrem Buch „Raubkind“ Licht ins Dunkel bringen, indem sie einem solchen Kind eine Stimme gab. Doch wie ist es, wenn man im höheren Alter erfährt, dass das bisherige Leben nicht das richtige eigene Leben war? Wie verkraftet man solche Erfahrungen? Und will man sich überhaupt damit befassen nach all den Jahren?

Klaus B., um den es im Buch geht, ist über 70, als er durch eine Journalistin aus seinem bisherigen Leben herausgerissen wird. Seine Erinnerungen sind so gut wie weg. Doch ganz langsam kommen vereinzelt Dinge wieder in sein Bewusstsein, als er sich zögernd mit der Journalistin auf die Suche nach seiner Vergangenheit begibt. Dass er auf einem Tisch stand und schwarze Männer um ihn herum, fällt ihm plötzlich wieder ein. Doch was das bedeutete, ist ihm entfallen. Die unmenschliche Aktion, die so vielen Kindern, Eltern und Familien widerfahren ist, war Teil des sogenannten „Lebensborn-Projektes“ von Heinrich Himmler. Ziel des Programms war es, „gutes Blut“ ins Deutsche Reich zu führen, um das Land zu stärken. Man konzentrierte sich zunächst auf Kinder von Fremdarbeitern, die nach Deutschland zum Arbeiten gebracht worden waren, uneheliche Kinder und Waisenkinder. Sie kamen zuerst in Heime zur Umerziehung und des Lebensborns, danach im Idealfall in gesinnungstreue Familien.

Klaus B. ist 1943 aus dem Haus seiner Familie in Polen herausgeholt worden. Sein Großvater hatte ihn im Dachboden versteckt, was jedoch nichts nützte. Er wurde gefunden und der Großvater verprügelt. Klaus, der eigentlich Cseslaus hieß, kam in ein Übergangsheim. Sein Name wurde eingedeutscht. Der Junge vergaß seinen wahren Namen, seine Sprache und alles, was vorher gewesen war. Nach dem Heimaufenthalt wurde er in einer SS-Familie untergebracht.

Klaus B. hat im Laufe der Erforschung seiner Geschichte des öfteren Herzprobleme. Zu sehr macht ihm dieses Lebenstrauma zu schaffen. Er kommt nicht umhin, sein Leben neu zu definieren.

Einfühlsam schreibt die Autorin über ein dunkles Kapitel der deutschen Geschichte. Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man von einem spannenden Krimi sprechen. Doch es geht um das Leben so vieler Menschen, denen man die Familie und ihr echtes Leben raubte. Ein fesselndes Buch, das man so schnell nicht mehr aus der Hand legt. *Silvia Friedrich*



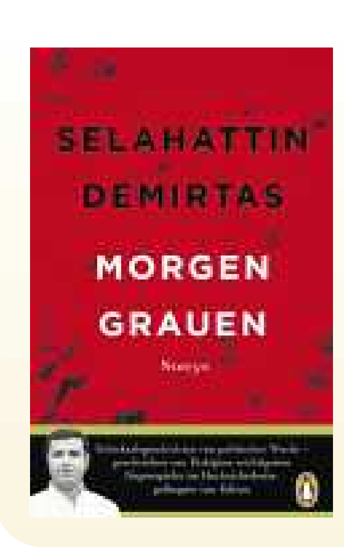
***Dorothee Schmitz-Köster: „Raubkind. Von der SS nach Deutschland verschleppt“**, Herder Verlag, Freiburg 2018, gebunden, 272 Seiten, 22 Euro*

Türkischer Autor schreibt aus dem Gefängnis

Selahattin Demirtas ist ein türkischer Oppositionspolitiker. Als ehemaliger Co-Vorsitzender der HDP, einer Partei, die sich für Minderheitenrechte und Gleichberechtigung einsetzt sowie die kurdische Minderheit vertritt, geriet Demirtas in Konflikt mit der türkischen Staatsmacht. Seit November sitzt er im Hochsicherheitsgefängnis von Edirne ein.

Im Gefängnis begann er, kleine Erzählungen zu verfassen, in denen er das Schicksal der Opfer der islamischen Türkei aufgreift, überwiegend Frauen. Es sind Geschichten, die „an die Nieren gehen“, wenn etwa ein junges Mädchen, das sich in den falschen Mann verliebt und einer Massenvergewaltigung zum Opfer fällt, vom Vater und den Brüdern getötet wird, um die Familienehre zu retten, oder wenn ein fünfjähriges syrisches Mädchen auf der Flucht mit seiner Mutter ertrinkt oder einem Mädchen nur die Flucht von zuhause bleibt, um selbst über sein Leben zu bestimmen.

Es sind durchweg traurige Erzählungen, die, wenn auch nicht in stilistischer Vollendung geschildert, dennoch berühren. Sie lassen die Trauer und Wut des Autors durchscheinen, was ihnen Authentizität verleiht. *MRK*



***Selahattin Demirtas: „Morgengrauen. Storys“**, Penguin Verlag, München 2018, gebunden, 144 Seiten, 16 Euro*

Ein Insider warnt vor radikalen Moslems

Seit dem spektakulären Aufstieg des Islamischen Staates und der Liquidierung Osama bin Ladens ist das von letzterem begründete terroristische Netzwerk al-Kaida ziemlich in Vergessenheit geraten. Sehr zu Unrecht, meint der Islamwissenschaftler Behnam T. Said, langjähriger Mitarbeiter der Hamburger Verfassungsschutzbehörde, in seinem Buch „Geschichte al-Qaidas“, das an seinen Bestseller „Islamischer Staat“ anknüpft.

Wie im letzten Werk auch beschreibt der Autor zunächst die Entwicklung der Dschihadisten-Organisation von ihren frühesten Anfängen bis zur unmittelbaren Gegenwart, wobei er sich im Falle der al-Kaida auf aufschlussreiche, mittlerweile freigegebene Dokumente stützen konnte, die in Bin Ladens Haus in Pakistan gefunden worden waren. Anschließend kommt Said auf die derzeitigen Aktivitäten der al-Kaida sowie deren Auswirkungen auf unsere Sicherheit zu sprechen. Das tut er ebenso kompetent wie detailreich – der Darstellung ist sehr deutlich anzumerken, dass sie von einem Insider aus dem Sicherheitsapparat stammt und nicht beispielsweise von einem Journalisten, der in der Regel nur allgemein zugängliche Quellen auswerten kann.

Aufgrund seines Wissens warnt Said ganz entschieden davor, die al-Kaida aus dem Fokus zu verlieren oder zu unterschätzen: Durch den Niedergang des Islamischen Staates in Syrien und dem Irak sei die verschiedentlich schon totgesagte al-Kaida zu einem Auffangbecken für viele Dschihadisten geworden, die sich auch dem Erbe Bin Ladens verpflichtet fühlen.

Darüber hinaus baue das Netzwerk seine Präsenz in vielen Regionen des Globus aus. So zum Beispiel in Form von regionalen Ablegern wie der Ansar al-Scharia auf der Arabischen Halbinsel, der al-Kaida im Islamischen Maghreb, der Al-Shabaab in Somalia und der Qaidat al-Dschihad, welche in Myanmar, Bangladesch und Indien ein Kalifat errichten will. All diesen Gruppierungen ist gemeinsam, dass sie ihre Operationsgebiete sukzessive ausdehnen, was durch diverse Bürgerkriege und die rechtsfreien Räume, welche infolge des „Arabischen Frühlings“ entstanden waren, erheblich erleichtert wird.

Das macht die al-Kaida aus Saids Sicht weiterhin brandgefährlich. Deshalb wagt er dann auch folgende durchaus realistische Prognose: Von dem Terrornetzwerk, das einst die Anschläge vom 11. September 2001 verübt habe, seien auch zukünftig spektakuläre Aktionen zu erwarten – zum einen wegen des Konkurrenzverhältnisses zum Islamischen Staat, zum anderen aufgrund der langen eigenen dschihadistischen Tradition. *Wolfgang Kaufmann*



***Behnam T. Said: „Geschichte al-Qaidas. Bin Laden, der 11. September und die tausend Fronten des Terrors heute“**, Verlag C. H. Beck, München 2018, broschiert, 239 Seiten, 14,95 Euro*

Gelungener Dresden-Krimi

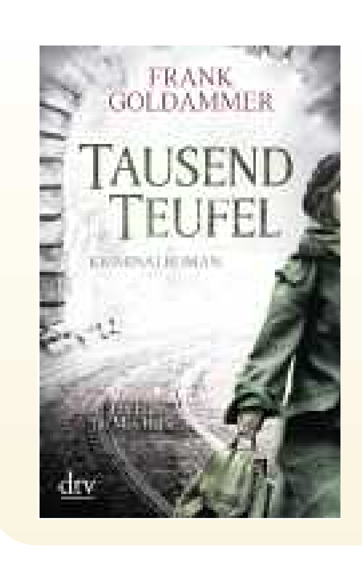
Frank Goldammer wurde 1975 in Dresden geboren. Von Beruf ist er Maler und Lackierer. Seine ersten Romane brachte er im Selbstverlag heraus. Der Erfolg kam mit der Krimiserie mit dem Dresdener Ermittler Max Heller. Die Handlung von Band eins mit dem Titel „Der Angstmann“ spielt in den beiden letzten Jahren des Zweiten Weltkriegs.

Ebenfalls in die Bestsellerlisten schaffte es Band zwei, betitelt „Tausend Teufel“. Dem Inhalt nach sind inzwischen zwei Jahre seit der Zerstörung Dresdens im Februar 1945 vergangen. Wieder meistert Goldammer bravourös die Herausforderung, einen komplexen Kriminalfall in einer für die Menschen extremen Notzeit überzeugend und spannend zu entwickeln.

Weite Teile der Innenstadt liegen in Trümmern, und die sowjetische Besatzungsmacht ist allgegenwärtig. Im eiskalten Februar 1947 ringen die Menschen unter schwierigsten Bedingungen täglich um ihre Existenz. So auch Max Heller, inzwischen Oberkriminalkommissar bei der Volkspolizei, und seine Frau, die, nachdem sie ausgebombt waren, Unterschlupf im Haus einer alten Dame gefunden haben. Diese ist schwer erkrankt, doch Penicillin können sich Deutsche meist nur über dunkle Kanäle von den Sowjets beschaffen.

An einem eiskalten Morgen wird Heller von seinem Mitarbeiter Oldenbusch über einen Mordfall in der Neustadt informiert. Im Gebüsch am Elbhang wurde die Leiche eines ermordeten Rotarmisten gefunden. Sowjetische Militärs laden den Toten gerade zum Abtransport auf ein Fahrzeug, als Heller am Fundort eintrifft. Für ihn gilt es nun, bei seinen Ermittlungen die Interessenlage der sowjetischen Geheimdienstler zu berücksichtigen. Der Fall weitet sich zu einer Mord- und Anschlagsserie mit grausigen Details aus, Prostitution ist im Spiel. Heller kommt mehreren Dresdnern auf die Spur, die darin verwickelt sein könnten, darunter eine Gruppe sogenannter Werwölfe.

Heller, der sich auch in dieser schweren Zeit nicht verbiegen lässt, fungiert in dem Krimi als Sympathieträger und Vorbild. Er ist ein mustergültiger Kommissar, klug taktierend in seinem schwierigen Dienst und pflichtbewusst bis zur Selbstaufgabe. Trotz der herrschenden Hungersnot und des allumfassenden Mangels bleibt er unbestechlich. Auch weigert er sich standhaft, um der damit verbundenen Vorteile willen der SED beizutreten. Fast schon überzeichnet ist die Geradlinigkeit dieser Figur. In dem zeitlich auf sechs Tage begrenzten Geschehen kommen die sogenannten „Tausend Teufel“ erst ziemlich spät ins Spiel. Da hat der Spannungsbogen etwas nachgegeben. Doch viel mehr kann man nicht kritisieren an diesem Band der Krimiserie. *D. Jestrzemski*



***Frank Goldammer: „Tausend Teufel. Ein Fall für Max Heller“**, dtv Verlagsgesellschaft, München 2017, broschiert, 365 Seiten, 10,95 Euro*

MELDUNGEN

Bundestag soll kleiner werden

Berlin – Der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Reiner Holznagel, fordert eine Verkleinerung des Bundestages auf maximal 500 Mitglieder. Derzeit sitzen 709 Abgeordnete im Parlament, knapp 100 mehr als 2008. Eine Wahlrechtsreform solle dafür sorgen, dass eine Obergrenze von 500 nicht überschritten werde, so Holznagel. Ansatzpunkt sei eine Änderung bei der Zweitstimme. *H.H.*

Werder-Chef droht Fans

Bremen – Der Präsident des Bundesligisten Werder Bremen, Hubertus Hess-Grunewald, droht Fußballfans, die sich gegen die Ausgrenzung von AfD-Anhängern durch den Klub wenden, mit dem Entzug der Dauerkarte. Einem Fan, der aus Protest gegen die Ausgrenzung den Verein verlassen hatte, seine Dauerkarte aber behielt, schrieb der Werder-Chef, es sei „ernsthaft“ zu überlegen, dessen Dauerkarte an jemanden zu geben, der sich mit „unseren Werten“ identifiziere. *H.H.*

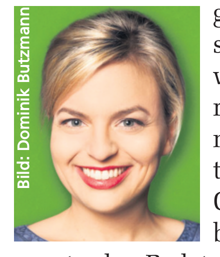
ZUR PERSON

Blondes Gift für Markus Söder

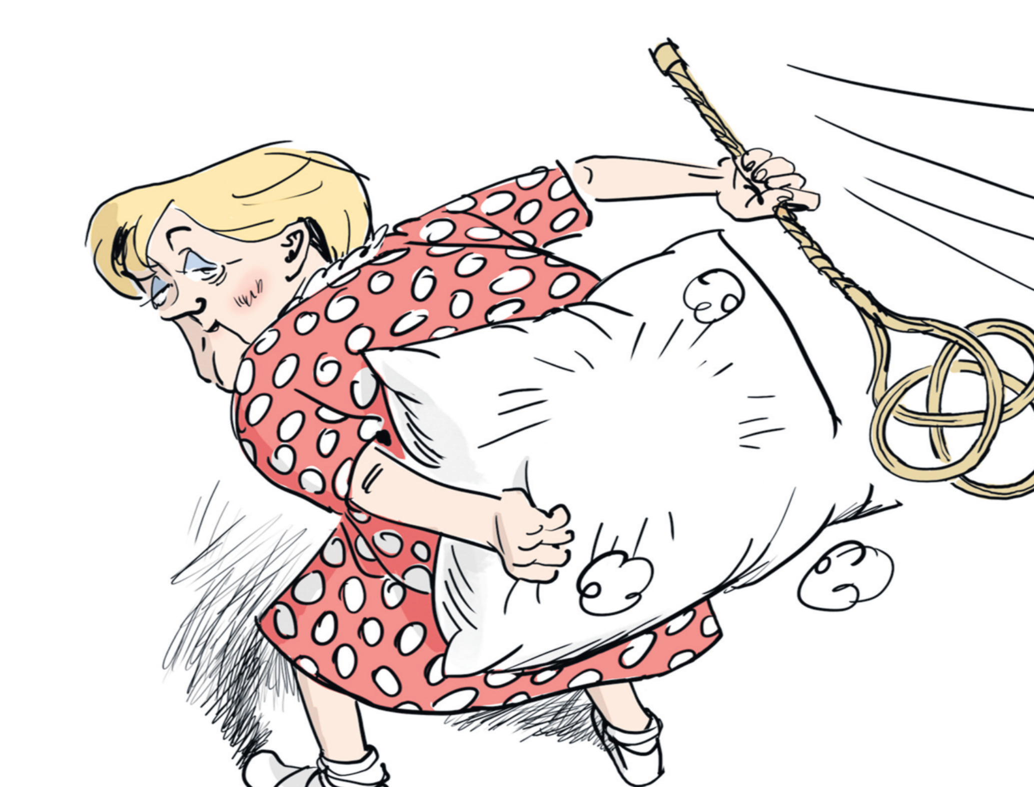
Energiebündel gegen Alphatier, blondes Gift gegen Dauergrinsen – so lautet das Duell bei den Landtagswahlen in Bayern. Dass der große Markus Söder sich von einer jungen Blondine herausgefordert sah, hätte vor dem Wahlkampf niemand für möglich gehalten. Und doch hat es die grüne Politikerin **Katharina Schulze** geschafft, dem Ministerpräsidenten von der CSU bereits in den Umfragen ein Bein zu stellen.

Bei der Wahl am Sonntag könnten die Grünen noch vor der SPD zweitstärkste Kraft in Bayern werden und zugleich dafür sorgen, dass die CSU die absolute Mehrheit verliert. Den Höhenrausch der Grünen hat die Partei vor allem der 33-jährigen Schulze zu verdanken, die wie eine Hupe unter Dauerstrom den Wahlkampf beschallte. In Bayern kennt den Jungstar fast jeder, von ihrem älteren grünen Co-Vorsitzenden Ludwig Hartmann spricht kaum einer.

Geboren in Freiburg, wuchs Schulze in Herrsching am Ammersee auf, absolvierte in München ein Studium der Psychologie, Politikwissenschaften sowie Interkulturellen Kommunikation und trat 2008 der Grünen Jugend bei. Von da an rannte das Redetalent von Erfolg zu Erfolg. Eine dritte Start- und Landebahn am Münchener Flughafen wurde auch dank ihres Engagements ebenso verhindert wie die Olympiabewerbung Münchens für 2018 und 2022.


Bild: Dominik Butzmann

Seit 2013 sitzt sie im bayerischen Landtag und macht sich im Innenausschuss für mehr Polizeikompetenz stark. „Wenn ich Innenministerin wäre, dann würde ich hier mal für Recht und Ordnung sorgen“, drohte sie in einem Bierzelt. Dass sie gleichzeitig Fördermitglied einer Antifa-Einrichtung ist und 2013 ein Trümmerfrauen-Denkmal in München verhüllte, zeigt, dass sie den politischen Spagat beherrscht. Vielleicht sogar zukünftig in einer Koalition mit der CSU. *H. Tews*



Behutsame Selbstkritik

Wir oder die Spaltung

Wie man die Welt ganz einfach entschlüsselt, warum Beweise überflüssig sind, und wieso sie jetzt Nägel mit Köpfen machen / Der satirische Wochenrückblick mit Hans Heckel

Ständig erzählt man uns, dass die Welt immer komplizierter werde. Daher sei es so wahnsinnig schwierig geworden, sich einen Reim darauf zu machen, was täglich geschieht, um die Ereignisse der Zeit richtig einzuordnen. Aber ist das wirklich so schwer? Ach was! Alles Quatsch: In Wahrheit liegen die Dinge so einfach wie schon lange nicht mehr.

Nehmen wir nur mal an, da wird irgendwer irgendwo auf der Welt in irgendein Amt gewählt und Sie wollen wissen, ob es sich beim Gewinner eher um einen „Rechten“ oder aber einen „Linken“ handelt. Früher mussten wir für diese Erkenntnis tief in die Weltanschauung des Siegers eintauchen. Das war ziemlich anstrengend und heraus kamen nicht selten nur lauter Wenns und Abers statt eines klaren Resultats.

Heute dagegen müssen Sie nur auf ein paar ganz einfache Formulierungen achten, um die Information zu erhaschen, welchem Lager der Gewinner angehört: Klagen die Medien, dass dessen Wahl „die Gesellschaft noch tiefer spaltet“, können Sie sicher sein, dass ein „Rechter“ den Sieg davongetragen hat. Lesen wir dagegen, dass die Wahlentscheidung ein „Signal für mehr gesellschaftliches Miteinander“, für „Dialog und Toleranz“ gewesen sei, dann hat mit absoluter Sicherheit ein „Linker“ gewonnen. Das ist ebenso unkompliziert wie Walter Ulbrichts berühmtes Bonmot: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben“ – und wer diesen Anspruch (der Linken) auf „alles“ in Frage stellt, der betreibt halt Spaltung.

So wie dieser fürchterliche Brett Kavanaugh in den USA. Seit den 1970er Jahren hatten die „Linken“ die Mehrheit im Richterkollegium des „Supreme Court“, des höchsten Gerichts der Vereinigten Staaten, sagen US-Medien. Mit der Wahl von Kavanaugh hätten nun erstmals seit Jahrzehnten wieder die „Rechten“ eine Fünf-zu-Vier-Mehrheit.

Entsprechend hoch ging es her in den vergangenen Wochen bis zur Entscheidung. In Erinnerung bleibt die arme Mrs. Ford, die vor mehr als 36 Jahren von damals 17-jährigen Kavanaugh auf einer Party sexuell bedrängt worden sein will, worunter sie seitdem schwer und dauerhaft gelitten habe, was ihr aber erst kürzlich wieder eingefallen ist, als bekannt wurde, dass Kavanaugh für das höchste Richteramt kandidiert.

Doch alle Vorwürfe fruchteten nicht. In typisch „rechter“ Kaltschnäuzigkeit forderten Kavanaugh und seine Komplizen „Beweise“ für die Behauptungen. Es gab keine. Aber was soll das auch: Seit wann sieht die in Jahrhunderten erprobte Jagdordnung der Hexenverfolgung „Beweise“ vor? Seit dem 15. Jahrhundert reichte die bloße Anklage, um die Hinrichtung zu rechtfertigen. Die sogenannten „Beweise“ hat die Inquisition mithilfe phantasiebegabter Zeugen und des aufgewühlten Publikums während des Prozesses aus der hohlen Hand gezaubert.

> Sie hören einfach nicht mehr zu: Trotz aller Warnungen wählen Bürger immer öfter falsch

Weiter südlich in Amerika kündigt sich ein weiteres Desaster an. In Brasilien hat es der „rechte“ Präsidentschaftskandidat Jair Bolsonaro fast geschafft, schon im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit zu gewinnen. In der „Zeit“ liefert der Brasilien-Referent der Hilfsorganisation „Adveniat“, Norbert Bolte, die einzig denkbare Analyse: „Das Ergebnis spiegelt die tiefe Spaltung der brasilianischen Gesellschaft.“ Den zweitstärksten Kandidaten, den Sozialisten Fernando Haddad („gesellschaftliches Miteinander“), ließ Bolsonaro mit 46 zu knapp 30 Prozent weit hinter sich. Am 28. Oktober treten die beiden in der Stichwahl gegeneinander an.

Die „Welt“ kann sich das Resultat überhaupt nicht erklären: „Wer hat nicht alles vor der Wahl von Jair Bolsonaro gewarnt: Die ‚New York Times‘, CNN, die inzwischen in Brasilien recht einflussreichen Auslandssender Deutsche Welle und BBC.“ Und trotzdem haben die Brasilianer den Falschen befürwortet. Das Vertrauen in die großen internationalen Qualitätsmedien scheint sich am Äquator nicht gut zu entwickeln. Die Leute wählen einfach, was sie selbst für richtig halten. Man fragt sich, wo das noch enden soll. Vielleicht muss man sich das mit der Demokratie noch mal überlegen, wenn das mit der Dressur nicht mehr klappt.

Zum Glück ist da auch schon einiges am Laufen. Schließlich haben wir kommenden Mai EU-Parlamentswahlen. Wenn die europäischen Wähler ebenso wenig auf die „New York Times“, CNN, BBC, Deutsche Welle und wen auch immer hören wie die Brasilianer, steht uns eine gehörige Spaltung ins Haus.

Der Historiker Heinrich August Winkler macht sich Sorgen, dass die „Populisten“ im EU-Parlament demnächst das Sagen haben könnten und regt daher an, das Parlament zugunsten des Europäischen Rats der Staats- und Regierungschefs weitgehend zu entmachten. Der Rat müsse die „gemeinsamen Interessen des Staatenverbundes“ gegen ein aufgrund von Volksversagen falsch zusammengesetztes Parlament vertreten. Erfreulicherweise habe der Europäische Rat das europäische Recht des Lissabon-Vertrages auf seiner Seite. Mit anderen Worten: In Form der EU haben sie sich rechtzeitig ein Machtkonstrukt geschaffen, mit dem sie notfalls auch gegen den Willen der Völker und Wähler regieren können.

Es ist dann fast wieder so schön wie vor 300 Jahren, als sich die Fürstenfamilien Europas ein Ei drauf pellen durften, was ihre blöden Völker von ihrer Politik hielten. Die hatten eh nichts zu sagen, weil die feudale Ordnung des Kontinents erfreulicherweise keine Mitsprache von unten vorgesehen hat.

Aber sind die Herrschenden wirklich so sicher vor dem Pöbel wie ihre Vorgänger im Barock? EU-Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici, ein französischer Sozialist, ist sich da nicht so sicher und möchte lieber vorsorgen.

Moscovici sieht überall in Europa oppositionelle Kräfte aufsteigen, die ihm vorkämen wie „viele kleine Mussolinis“. Bevor die an den Schranken des Palastes rütteln, will der frühere Kommunist Nägel mit Köpfen gemacht haben. Das heißt für ihn vor allem: Nehmen wir dem Pack das Geld weg!

Ein gemeinsames EU-Budget müsse so schnell wie möglich her. Moscovici will erreichen, dass die EU „mehr liefern“ kann, also sozusagen einen eigenen Sozialetat bekommt, mit dem sie die Leute bestechen und auf ihre Seite ziehen kann (mit Geld, das man den europäischen Bürgern zuvor weggenommen hat), bevor bei nationalen Wahlen immer mehr Spalter der Gesellschaft triumphieren.

Für die Euro-Zone strebt Frankreichs Präsident Emmanuel Macron dem Vernehmen nach sogar noch für dieses Jahr eine „tiefgreifende Transformation“ an, bei der ein gemeinsamer Finanzminister mit eigenem Etat herauskommen soll. Macron weiß, wie die Zeit drängt. Seine eigene Beliebtheit ist im Keller, die Franzosen haben ihn satt und könnten das nächste Mal für die Falschen stimmen. Bis dahin muss alles in trockene Tücher gewickelt werden.

Das ist schon spannend, was? Ein regelrechter Wettlauf entwickelt sich vor unseren Augen. Die Völker beginnen zu ahnen, dass man sie in Ketten zu legen gedenkt, die mit wunderhübschen Bändchen behängt sind, auf denen herrlichen Wörter stehen wie „Solidarität“, „Gerechtigkeit“, „Wohlstand“, „Toleranz“, „Weltoffenheit und Vielfalt“ und so weiter. Aber die Sprüche auf den Bändchen interessieren immer weniger Leute, weil sie das bedrohliche Funkeln der eisernen Kettenglieder darunter entdeckt haben. Daher fangen sie an, an den Ketten zu rütteln, die bislang nur unzureichend verankert sind.

Dagegen beginnen die Herrschenden eilig damit, Pflöcke in den Boden zu rammen, damit die Bürger sich nicht mehr bewegen können, wenn sie erkennen sollten, was mit ihnen geschieht.

Der türkische Machthaber Erdogan hat einmal gesagt, die Demokratie sei nur der Zug, auf dem er zur (absoluten) Macht fahre. Wenn unsere Politiker predigen, dass auch wir etwas von unseren orientalischen Nachbarn lernen könnten, meinten sie offenbar sich selbst. Und haben wenigstens dieses Mal nicht gelogen.

MEINUNGEN

Gegenüber der „Stuttgarter Zeitung“ (1. Oktober) sagte der Tübinger Oberbürgermeister ***Boris Palmer*** *(Grüne):*

„Tödliche oder lebensgefährliche Angriffe mit Messern im öffentlichen Raum sind ein Phänomen, bei dem Flüchtlinge sehr häufig als Täter auftreten. Das darf man nicht relativieren oder wegreden.“

Im Gespräch mit Roger Köppel beschreibt ***Thilo Sarrazin*** *in der „Epoch Times“ (5. Oktober), warum die* ***Regierenden*** *entgegen allen Warnsignalen so stur am Ideal von* ***„Multikulti“*** *festhalten:*

„Die Regierung verfolgt seit 30 Jahren die Strategie, dass Vielfalt strikt positiv ist. Das alte Weltbild meint, wir würden das schon regeln, der Islam wird von der Regierung nicht ernst genommen. Sich das ehrlich einzugestehen, wäre gefährlich. Die Debatte ist umfangreicher geworden. Es ist wie im März, die Eisfläche kracht, da ist es nass, da ist es trocken, dort schlammig, dort bricht jemand ein – es ist eine Phase günstiger Unordnung und Ratlosigkeit. In Bezug auf den Islam wachsen die Sorgen.“

Bodo Hombach*, Kanzleramtsminister bei Kanzler Gerhard Schröder (SPD, 1998–2005), gibt in „t-online“ (5. Oktober) einen Rat an die* ***heutige Politikergeneration*** *und die Medien:*

„Alle sogenannten gesellschaftlichen Eliten, die politischen vorneweg, dürfen sich nicht noch weiter abkapseln. Sie dürfen ihre Realität nicht mit der Lebensrealität in unserer Gesellschaft verwechseln. Politische Repräsentanten müssen geradezu realitätssüchtig sein. Medien hätten dabei eine Schlüsselrolle. Die müssen die Leute da abholen, wo sie sind und nicht da, wo man sie gerne hätte.“

Im „Tagesspiegel“ (7. Oktober) kontert ***Harald Martenstein*** *die Forderung von Immigrantenverbänden, den* ***„Tag der deutschen Einheit“*** *durch einen* ***„Tag der Vielfalt“*** *zu ersetzen mit einer leidenschaftlichen Antwort:*

„Liebe Migrantenverbände, wenn wir uns in ein Siedlungsgebiet verwandeln, in dem verschiedene Stämme vor allem ihre eigenen Interessen vertreten und sich gegenseitig beschimpfen, geht das Land kaputt ... Ihr lebt doch freiwillig in diesem Land. Es bietet eine Menge Vorteile. Ihr solltet ein wenig Respekt aufbringen für seine Bräuche, seine Feste und die positiven Aspekte seiner Geschichte.“

Der bekannte Politikwissenschaftler ***Bassam Tibi*** *schreibt in der „Basler Zeitung (8. Oktober) wenig Schmeichelhaftes über die* ***Debattenkultur in Deutschland****:*

„Seit 56 Jahren lebe ich als muslimischer Syrer in Deutschland ... Doch zu keinem Zeitpunkt erfuhr ich eine solche Vergiftung und eine derartige Links-rechts-Polarisierung, wie sie heute unter Angela Merkel zu beobachten ist. Damit korrespondiert die Vorherrschaft eines links-grünen Narrativs ... Merkwürdig ist es in Deutschland, dass normale politische Äußerungen abqualifiziert werden mit Nazi-Vorwürfen, islamophoben Einstellungen und Rassismus.“